



Plenarprotokoll

13. Sitzung

Mittwoch, 12. Dezember 2012

Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Dieter Claußen.....	864	Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW	
Aktuelle Stunde		Drucksache 18/356	
Kein Ausverkauf der Provinzial.....	865	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	877, 889
Antrag der Fraktion der SPD		Regina Poersch [SPD].....	878, 886
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	865, 872	Hartmut Hamerich [CDU].....	879
Johannes Callsen [CDU].....	867	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	880
Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	868	Oliver Kumbartzky [FDP].....	882
Wolfgang Kubicki [FDP].....	869	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	884
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	870	Flemming Meyer [SSW].....	885
Lars Harms [SSW].....	871	Hans-Jörn Arp [CDU].....	887
Tobias Koch [CDU].....	874	Lars Harms [SSW].....	888
Torsten Albig, Ministerpräsident...	874		
Bericht über die Fortführung der touristischen Neuausrichtung in Schleswig-Holstein.....	877	Beschluss: Antrag Drucksache 18/356 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.	890

Übertragung des Tarifabschlusses für Beamte	890	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	904
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/331		Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/283 (neu).....	904
Wolfgang Kubicki [FDP].....	890, 901		
Tobias Koch [CDU].....	891		
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	893, 900	Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung kommunal- rechtlicher Vorschriften	904
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	895	Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/277	
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	897		
Lars Harms [SSW].....	898	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/364	
Johannes Callsen [CDU].....	899		
Anita Klahn [FDP].....	899		
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	901		
Monika Heinold, Finanzministerin	902		
Hans-Jörn Arp [CDU].....	903		
Beschluss: Überweisung an den Fi- nanzausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss.....	903	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	905
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schles- wig-Holsteinischen Gesetzes zur Ausführung des Transplantations- gesetzes	904	Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/277...	905
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/259		Antrag zum Schutz der Vertrau- lichkeit und Anonymität der Tele- kommunikation	905
Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses Drucksache 18/332		Antrag der Fraktion der PIRATEN Drucksache 18/311	
Peter Eichstädt [SPD], Bericht- erstatteerin.....	904	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/370	
Beschluss: Verabschiedung des Ge- setzentwurfs Drucksache 18/259...	904	Barbara Ostmeier [CDU], Bericht- erstatteerin.....	905
Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfas- sung des Landes Schleswig-Hol- stein	904	Dr. Kai Dolgner [SPD], zur Ge- schäftsordnung.....	905
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 18/283 (neu)		Beschluss: Annahme des Antrags Drucksache 18/311 in der Fassung der Drucksache 18/370.....	906
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/363		Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein	906
		Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordne- ten des SSW Drucksache 18/386	

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN		Antrag der Fraktion der CDU	
Drucksache 18/399		Drucksache 18/388	
Olaf Schulze [SPD].....	906	Christopher Vogt [FDP].....	930, 930
Heiner Rickers [CDU].....	907	Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	930
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	908	Daniel Günther [CDU].....	932
Oliver Kumbartzky [FDP].....	910	Martin Habersaat [SPD].....	934
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]....	911	Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	936
Flemming Meyer [SSW].....	912	Uli König [PIRATEN].....	937
Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..	913	Jette Waldinger-Thiering [SSW]..	938
Beschluss: 1. Annahme des Antrags Drucksache 18/386		Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/371 mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
2. Antrag Drucksache 18/399 Nummern 1 bis 4 von der Antragstellerin für erledigt erklärt		2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/388.....	939
3. Überweisung des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/399 Nummer 5 an den Umwelt- und Agrarausschuss.....	916	Bericht des Stiftungsrates für 2011 nach § 6 Abs. 4 des Gesetzes über die Errichtung der „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“.....	939
Elternwillen in der Schulpolitik beachten.....	916	Bericht der Landesregierung Drucksache 18/190	
Antrag der Fraktionen von FDP und CDU		Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	939
Drucksache 18/349 (neu)		Peter Sönnichsen [CDU].....	940
Anita Klahn [FDP].....	916	Beate Raudies [SPD].....	941
Heike Franzen [CDU].....	917, 926	Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	942
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	919, 927	Anita Klahn [FDP].....	943
Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	920	Sven Krumbeck [PIRATEN].....	945
Sven Krumbeck [PIRATEN].....	922	Jette Waldinger-Thiering [SSW]..	946
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	925	Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung.....	947
Martin Habersaat [SPD].....	927		
Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft..	928		
Beschluss: Ablehnung.....	929		
Gemeinsame Beratung			
a) Bericht zur Zukunft der Lehrerausbildung.....	929		
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/371			
b) Schularthbezogene Lehrerausbildung erhalten.....	929		

* * * *

Regierungsbank:

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft

Andreas Breitner, Innenminister

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung

* * * *

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 6. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind Herr Abgeordneter Klaus Jensen und Frau Abgeordnete Angelika Beer.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben!

(Die Abgeordneten erheben sich)

Zu Beginn dieser Tagung möchte ich an unseren früheren Abgeordnetenkollegen Dieter Claußen erinnern, der am 25. November 2012 im Alter von 76 Jahren verstorben ist. Dieter Claußen gehörte dem Schleswig-Holsteinischen Landtag von 1987 bis 1992 - in der 11. und 12. Wahlperiode - als Mitglied der CDU-Fraktion an. Hier wirkte er vor allem im Wirtschaftsausschuss sowie im damaligen Eingabenausschuss mit. Überdies war er in der 12. Wahlperiode Mitglied des Sonderausschusses „Verfassungs- und Parlamentsreform“.

1936 in Lunden geboren, absolvierte Dieter Claußen eine Lehre als Gas- und Wasserinstallateur. Er arbeitete zunächst als Heizungsbauer, wagte als Installateurmeister für Gas und Wasser dann jedoch den Schritt in die Selbstständigkeit.

Ab 1987 engagierte sich Dieter Claußen als stellvertretender Landesinnungsmeister des Fachverbandes Sanitär-Heizung-Klima Schleswig-Holstein. Dort setzte sich der spätere wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion insbesondere für die Mittelstands- und Handwerkspolitik ein und vertrat die Interessen seiner Handwerksinnungen und Mitgliedsbetriebe gegenüber Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.

Dieter Claußen war ein durch und durch bodenständiger Mensch, der seiner Heimat Lunden bis zu seinem Tod fest verbunden blieb. Dort wurde er zunächst als Kommunalpolitiker selbst aktiv, um die Geschicke seiner Gemeinde zu gestalten, sich für das gute Miteinander und für ein lebenswertes Umfeld einzusetzen. Ganz gleich ob als Gemeindevertreter von 1974 bis zu seiner Wahl in den Landtag 1987, als stellvertretender Amtsvorsteher oder als Parlamentarier: Dieter Claußen sah es immer als seine selbstverständliche Pflicht, sich an der Suche nach den besten Lösungen zu beteiligen. Er konnte in der Sache hart für etwas kämpfen, war aber stets

(Präsident Klaus Schlie)

darum bemüht, dass man sich anschließend wieder fair begegnen konnte.

Meine Damen und Herren, der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt seines früheren Mitglieds Dieter Claußen in Respekt und Anerkennung. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen. Ich bitte Sie, unseres verstorbenen Kollegen in Stille zu gedenken. - Sie haben sich zu Ehren von Dieter Claußen erhoben, ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, Ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 5, 8, 9, 10, 15, 18, 19, 21, 23, 26, 29, 34, 35, 38, 42 bis 48, 56 und 57 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 6 und 14.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte: 1 a und 55, Regierungserklärung „Schleswig-Holstein für Europa“ und Europabericht der Landesregierung; 7, 33 und 58, Gesetzentwurf über die Errichtung eines Sondervermögens Hochschulsanierung und zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2011/12 sowie Antrag zum Hochschulpakt 2020 und Bericht zur baulichen Situation an den Hochschulen. Gemeinsam beraten werden sollen auch die Tagesordnungspunkte 12 und 13, die Anträge „Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum“ und „Umsetzung der Resolutionen des Forums der Parlamente der südlichen Ostsee und der Ostseeparlamentarierkonferenz“, und auch die Tagesordnungspunkte 25 und 39, Bericht zur Zukunft der Lehrerausbildung und Antrag zum Erhalt der schulartbezogenen Lehrerausbildung. Schließlich sollen noch gemeinsam beraten werden die Tagesordnungspunkte 28, 40 und 41, Anträge zum dualen Pflegestudium sowie zur Pflegeausbildung in Schleswig-Holstein, und die Tagesordnungspunkte 30 und 31, Anträge zu Diabetes in Schleswig-Holstein.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der sechsten Tagung. Wir werden heute und morgen jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause längstens bis 18 Uhr tagen. Am Freitag ist eine einstündige Mittagspause von 13 Uhr bis 14 Uhr vorgesehen. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir so verfahren.

Auf der Besuchertribüne begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule aus Wedel. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, heute ist für mindestens eine Abgeordnete ein ganz besonderer Tag. Unsere Kollegin Petra Nicolaisen hat Geburtstag. - Ganz herzlichen Glückwunsch im Namen des ganzen Hauses!

(Beifall)

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das, was wir gestern Abend vereinbart haben, kann ich aus protokollarischen Gründen erst in der Pause nachholen.

(Heiterkeit)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde**Kein Ausverkauf der Provinzial**

Antrag der Fraktion der SPD

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen haben in Kiel bei zweistelligen Minusgraden viele Beschäftigte für ihre Arbeitsplätze im Norden demonstriert. Die aktuelle Diskussion um die **Provinzial** betrifft Schleswig-Holstein mit dem Standort Kiel ganz besonders. In den vergangenen Tagen wurde eine mögliche Übernahme durch die Allianz diskutiert. Am Montag erreichte uns die Nachricht aus Nordrhein-Westfalen, dass der Sparkassenverband Westfalen-Lippe und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, die jeweils 40 % an der Provinzial Nordwest halten, bis Ende März 2013 über eine mögliche Fusion mit der Provinzial Rheinland sprechen wollen.

Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, ändert aber nichts an der grundsätzlichen Situation: Wird die Provinzial-Versicherung verkauft, stehen Tausende Arbeitsplätze in Norddeutschland auf dem Spiel. Das können wir nicht hinnehmen. Der Landtag muss sich deshalb mit diesem Thema befassen. Deshalb haben wir diese Aktuelle Stunde für heute Morgen beantragt.

Ich habe für meine Partei bereits deutlich gemacht: Die Provinzial wirbt seit Jahren mit dem Slogan

(Dr. Ralf Stegner)

„Alle Sicherheit für uns im Norden“. Das muss in erster Linie heute für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Provinzial gelten, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Bei einem möglichen **Verkauf der Provinzial** stehen neben den Arbeitsplätzen die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die regionale Verbundenheit und das damit einhergehende soziale und kulturelle Engagement der Provinzial vom Sport bis zur Feuerwehr auf dem Spiel.

Diese **soziale und gesellschaftspolitische Verantwortung**, die unsere Provinzial und auch unsere Sparkassen auszeichnet, darf nicht preisgegeben werden. Alle, die Kommunen und andere, würden das zu spüren bekommen, wenn das wegfallt und ein privater Versicherungsmulti das Ruder übernimmt.

Die Vorgänge der letzten Tage um den Vorstandschef der Provinzial, auf die man zunächst vielleicht mit Unverständnis reagiert, führen bei längerem Nachdenken allerdings eher zur Betroffenheit. Wie viel Druck muss auf jemandem gelastet haben, der für seine Mitarbeiter und deren Arbeitsplätze glaubte, auf verlorenem Posten zu kämpfen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

Einige unserer **Sparkassen** brauchen Hilfe. Eine einmalige Finanzspritze durch den Verkauf der Provinzial ist nicht die richtige Lösung. Wir wollen nämlich nicht das Ende der **öffentlich-rechtlichen Säule** in der **Finanzwirtschaft**, sondern seine Stärkung. Wir wollen die Sparkassen in der öffentlich-rechtlichen Familie halten. Wir wollen den Sparkassen helfen. Für die SPD heißt das: Privatisierungen müssen in jedem Fall vermieden werden.

(Beifall SPD)

Leider mussten wir beim Thema Glücksspiel erfahren, dass der Wettbewerbsfundamentalismus in Brüssel ein Zuhause gefunden hat. Deshalb ist immer Vorsicht geboten,

(Unruhe CDU und FDP)

wenn europäische Gerichte in Wettbewerbsfragen von uns Vorlagen erhalten.

Die SPD führt mit allen Beteiligten Gespräche, um eine Lösung für unsere Sparkassen zu finden, die **Privatisierungen** definitiv verhindern. Hierfür hat die SPD immer gestanden, anders als die Opposition, angetrieben durch die FDP, die immer Privatisierungen wollte, meine sehr verehrten Damen und

Herren. Das sollte man hier heute auch klar zum Ausdruck bringen.

Die Provinzial und die Sparkassen sind in unserem Land wichtige Arbeitgeber und gesellschaftliche Akteure. Bei ihnen steht nicht die Profitmaximierung im Vordergrund, sondern eine Verpflichtung dem Allgemeinwohl gegenüber. Sie beteiligen sich an Finanzierungen in verschiedenen Bereichen, darunter Kultur und Sport, und sind damit wichtige Unterstützer der Kommunen. Sie sind nah bei den Menschen.

Viele Mails und Briefe, die uns in diesen Tagen erreichen, zeigen: Auch die Kunden bescheinigen diesem Traditionsunternehmen Zufriedenheit. Hände weg von der Provinzial! Keine Privatisierung, weder jetzt bei der Provinzial noch später bei den Sparkassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ich kann Ihnen sagen, dass mich der Präsident des **Sparkassen- und Giroverbandes**, Herr Boll, eben angerufen und mir mitgeteilt hat, dass man unsere Haltung zur Kenntnis genommen habe und dass die Sparkassen heute entschieden hätten, einem **Verkauf der Provinzial** nicht zuzustimmen, weder jetzt noch im April 2013.

(Beifall SPD und SSW)

Ich finde, das ist ein gutes Zeichen. Es ist übrigens auch ein kluger Vertrag, den Peer Steinbrück hier seinerzeit geschlossen hat - auch gegen Ihren damaligen Widerstand, Herr Kubicki -, weil er dafür gesorgt hat, dass das auch nicht gegen den Willen der Politik geht, meine Damen und Herren. Das war gut so.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege Kubicki, Sie sind einer der wenigen, die damals schon dabei waren. Wir waren damals unterschiedlicher Auffassung, und wir sind es auch heute.

Die SPD - und ich bin sicher, das gilt auch für die Kollegen von den Grünen und des SSW - steht an der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Provinzial. Privatisierung geht mit uns nicht! Wir werden dafür sorgen, dass wir die Debatte über die Sparkassen angemessen führen.

Eines will ich zum Schluss sagen, weil ich das der Presse entnommen habe, und weil sich Herr Kollege Callsen heute Morgen auf der Kundgebung auch so eingelassen hat: Den Beschäftigten zu sagen „Wir stehen an Ihrer Seite und deswegen: Hände

(Dr. Ralf Stegner)

weg vom Sparkassengesetz!“ ist nicht die Antwort, solange noch Privatisierungsgefahren drohen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Mit denen müssen wir uns auseinandersetzen, und mit denen werden wir uns auch auseinandersetzen.

(Beifall SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Oppositionsführer, Herr Abgeordneter Johannes Callsen.

Johannes Callsen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Provinzial-Versicherung** gehört zu den traditionsreichen Versicherungsunternehmen in Schleswig-Holstein. Ich weiß, unzählige Gebäude in diesem Land sind dort seit Generationen versichert. Dies zeigt die hohe Kundenbindung der Provinzial und die tiefe Verankerung dieser öffentlich-rechtlichen Versicherung in ganz Schleswig-Holstein.

Die Provinzial ist seit Jahrzehnten Partner und Förderer für Feuerwehren, für Sport und für viele andere gemeinnützige Bereiche, kurzum für das gesamte Ehrenamt, und sie ist - das ist das Wichtigste - **Arbeitgeber** für viele Tausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kiel und überall in Schleswig-Holstein mit einem engmaschigen Vertriebsnetz, mit engen Partnerschaften zu den Sparkassen.

Deswegen ist es natürlich nicht verwunderlich, dass die Verkaufserichte und Diskussionen in den letzten Tagen auf eine so breite landesweite Ablehnung gestoßen sind. Ich will hier ehrlicherwise sagen: Auch die Solidaritätsbekundungen heute Morgen in eisiger Kälte waren schon sehr beeindruckend. Ich sage deswegen deutlich für die CDU-Fraktion: Auch wir stehen einem **Verkauf** skeptisch gegenüber. Wir möchten die Provinzial gern erhalten.

(Beifall CDU)

Aber genau deswegen erwarten wir heute von der Regierung auch Lösungsvorschläge, um ebendiesen Verkauf der Provinzial zu verhindern; denn am Ende ist es doch die Landesregierung, die - das haben wir heute auch der Zeitung entnommen - das Heft des Handelns in der Hand hat.

Nun liegt seit Montag eine **Handlungsalternative** aus **Nordrhein-Westfalen** vor. Ich habe mich bei der ersten Meldung darüber in der Tat gefragt: Wenn es denn der Landesregierung darum geht, der Provinzial und den Sparkassen zu helfen, warum hat dann nicht unser Ministerpräsident von Schles-

wig-Holstein diese Idee gehabt, warum musste es Frau Kraft sein? Ich finde, das sagt schon vieles.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Aber diese Option aus Nordrhein-Westfalen bietet eine Atempause, die genutzt werden sollte. Auch die neuen Meldungen von heute Morgen sollten dazu genutzt werden. Außerdem sollte sehr genau geprüft werden, was die jetzt angedachte Fusion mit der Provinzial Rheinland für unsere Provinzial und eben auch für die gesamte Sparkassenfamilie bringt; denn das Thema „Provinzial“, Herr Kollege Dr. Stegner, ist zu vielschichtig, um es rein isoliert zu betrachten.

Deswegen bin ich sicher - und die Ergebnisse sind ja auch so -, dass die Gremien des **Sparkassen- und Giroverbandes** heute alle diese Aspekte auch sehr verantwortungsvoll abwägen und abgewogen haben. Dahinter steckt nämlich am Ende die Kernfrage, wie den belasteten Sparkassen in diesem Land geholfen werden kann. Ich sage nur: Abschreibung HSH Nordbank. Ich sage nur: zusätzliche Verpflichtungen aus Basel III und andere Dinge, die in der Zukunft auf uns zukommen werden.

Umso mehr ist es notwendig, dass wir alles tun, um die Sparkassen zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben und die Möglichkeit zu belassen, sich selbst zu helfen. Wir sollten alles unterlassen, was den Sparkassen in diesem Land Handlungsmöglichkeiten nimmt.

(Beifall CDU und vereinzelt SPD)

Deswegen nimmt die von der Koalition angekündigte **Änderung des Sparkassengesetzes** den Sparkassen die Chance, starke Partner wie die Haspa oder andere öffentlich-rechtliche Sparkassen mit ins Boot zu holen. Sie bewirkt genau das Gegenteil dessen, was jetzt erforderlich ist, und sollte von der Koalition daher schnellstmöglich abgeblasen werden. Herr Kollege Stegner, um mit Ihren Worten zu sprechen: Wer sagt: „Finger weg von der Provinzial!“, dem sage ich ebenfalls: „Hände weg vom Sparkassengesetz!“

(Beifall CDU und FDP)

Stattdessen ist jetzt die Landesregierung gefordert, schnell zu erklären, wie die angekündigte **Verbesserung** der **Sparkassenlandschaft** erreicht werden kann. Bisher haben wir dort noch keinen brauchbaren Vorschlag gehört. Wir als CDU legen Wert auf eine umfassende Analyse, auf eine Folgenabschätzung für alle Optionen. Wir erwarten von der Lan-

(Johannes Callsen)

desregierung klare Antworten, spätestens nächste Woche im Wirtschafts- und Finanzausschuss.

Diese Aktuelle Stunde ist ein Signal, aber, Herr Dr. Stegner, sie ist am Ende kaum mehr als politische Schaumschlägerei. Es reicht eben nicht, immer nur Nein zu sagen, sondern es geht darum, auch konkrete Vorstellungen und Lösungsansätze zu offerieren.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Ministerpräsident, wer starke Sparkassen will, der muss sich auch stark dafür einsetzen. Für die CDU gilt: Wir wünschen uns den Erhalt der Provinzial. Wir brauchen eine leistungsfähige Provinzial und leistungsfähige Sparkassen. Deswegen noch einmal: Hände weg vom Sparkassengesetz, und alle Handlungsoptionen für die Zukunft auf den Tisch!

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, es war kalt heute Morgen, aber es war wichtig, dass wir gemeinsam die Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Provinzial gezeigt haben. Über 1.000 Menschen waren da. Wir konnten spüren, was es heißt, wenn man mitten in der Weihnachts- und Adventszeit eine solche Nachricht bekommt und eine solche Unruhe hat und wieder zu den Familien zurückgehen muss. Es war wichtig, dass wir heute gemeinsam da waren und auch gesagt haben: Ja, wir haben Solidarität mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und wir wollen, dass die Provinzial ein öffentlicher Versicherer bleibt.

Es geht hier um Gemeinwohl. Es geht auch darum, dass die **Sparkassen**, die vor einigen Jahren hier waren, als Sie das Sparkassengesetz geändert haben, im Übrigen uns daran erinnern haben, dass sie eine wichtige **Garantie im öffentlich-rechtlichen Kreditgeschäft** haben und dass sie auch hier eine **solidarische Funktion** haben, gerade was den Anteil der Spenden und so weiter angeht. Ich habe heute Morgen gesagt: Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wenn man als Sparkasse an die Politik herangeht und Solidarität einfordert, dann muss man

sie jetzt auch zeigen, wenn es darum geht, einen öffentlichen Versicherer zu erhalten.

Deshalb ist es wichtig und richtig, dass die Entscheidung, die heute gefallen ist, auch eine **Bestandsgarantie** für den **öffentlich-rechtlichen Finanzierungssektor** ist; denn die öffentlichen Finanzinstitute, seien es die Sparkassen oder die Volks- und Raiffeisenbanken, die Genossenschaftsbanken, sind eben jene Stabilität in der Krise, die es unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen möglich macht, weiterhin Kredite zu bekommen und am Markt erfolgreich tätig zu sein. Deshalb ist für uns wichtig, dass dieser Sektor eben auch als ein Stabilitätsfaktor für unsere Wirtschaft in Schleswig-Holstein erhalten bleibt.

Es darf nicht sein, dass die Provinzial fette Beute für einen Versicherer wird, der hier eindeutig im **Privatgeschäft** natürlich einen großen Vorteil sieht. Das Vertriebsnetz, das die Sparkassen aufgebaut haben, wo die Provinzial eine große Rolle spielt, ist natürlich hochinteressant in einem stagnierenden Versicherungsmarkt, Lebensversicherungen und so weiter gehen zurück, die Sachversicherungen nehmen zu. Deshalb gibt es ein hohes Interesse natürlich auch eines privaten Investors, da einzusteigen und sich diese Dinge zu sichern und fette Beute zu machen. Da muss man sagen, das Vertrauen, das gerade die Provinzial und die Sparkassen in der Bevölkerung genießen, hat eben auch mit diesem Geschäftsmodell zu tun. Ich erinnere an die Feuerkasse, an die vielen öffentlichen Versicherungsverträge, die es gerade bei der Provinzial gibt.

Wir sagen: Ja, es ist gut, dass wir dieses Modell haben, denn es schafft und sichert Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein, es ist nachhaltig, und es ist ein Finanzierungssystem, das wir gerade in Zeiten von Banken- und Finanzkrisen auch schützen müssen; denn dieses Finanzierungssystem sichert eine andere Art von Wirtschaft und Finanzierung und ist nah an den Betrieben, nah an den Menschen. So heißt auch der Spruch der Provinzial: „Immer nah am Menschen“. Ich finde, das ist eine Finanzierungsart, die wir gut gebrauchen können, gerade wenn wir an Schleswig-Holstein denken.

Auch mich hat die Nachricht über Herrn Rüter sehr betroffen gemacht. Wir müssen darüber nachdenken, dass Menschen in Führungspositionen unter Druck geraten können, weil sie vielleicht doch nicht so offen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern reden können. Wir müssen auch darüber nachdenken, welche Ethik wir eigentlich im Management erwarten, was wir von unseren Führungskräften erwarten, wenn sie mit Mitarbeiterinnen

(Dr. Andreas Tietze)

und Mitarbeitern reden müssen. Deshalb ist mir an dieser Stelle Folgendes wichtig: Wenn man die Provinzial und mögliche Folgen sieht, muss man sich auch damit auseinandersetzen, was da eigentlich passiert ist. Natürlich kann man nicht verbieten, dass jemand über **Verkaufsabsichten** nachdenkt, aber man muss sich die **Folgen** einmal genau anschauen. Deshalb frage ich mich: Lohnt es sich eigentlich für die Sparkassen, **Vertrauen zu verspielen**, Vertrauen, das sie immerhin noch bei der Bevölkerung haben? Das gilt auch für die Provinzial. Da sage ich: Nein, es lohnt sich nicht, dieses Vertrauen zu verspielen.

Ich bin gestern einmal auf Facebook gewesen. Ich weiß nicht, ob Sie es verfolgt haben: 21.500 Unterstützer waren es, die auf dieser Facebookseite die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner aufgefordert haben, ihre Konten bei den Sparkassen für den Fall zu kündigen, dass die Provinzial verkauft wird. Dies ist eine Folge, an der wir alle sehen, was ein Shitstorm von Verbraucherinnen und Verbrauchern auslösen kann, wenn etwas passiert, was die Menschen nicht nachvollziehen können. Die Botschaft, die sie in der Weihnachtszeit gehört haben, dass 2.000 Arbeitsplätze bedroht sind, macht deutlich, dass **Verbraucherinnen und Verbraucher** eine deutliche **Definitionsmacht** haben. Die Sparkassen sollten ihr Erfolgsmodell nicht leichtfertig verspielen.

Ich möchte Folgendes deutlich machen. Für meine Fraktion gilt: Erstens. Wir brauchen eine Stärkung des öffentlichen Finanzverbundes, keine Schwächung. Zweitens. Der Verkauf des Tafelsilbers würde nur kurzfristig Verbindlichkeiten und Löcher stopfen, aber langfristig nicht nachhaltig sein. Drittens. Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein. Viertens. Die Provinzial ist ein gesundes Unternehmen. Deshalb war für uns der Verkauf nie nachvollziehbar. Fünftens. Die Sparkassen müssen die Chancen entdecken, die sie mit diesem Versicherungsverbund haben, auch für das Thema Vertrauen, Verlässlichkeit in einer unruhigen Zeit des Finanzmanagements.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP hat deren Fraktionsvorsitzender, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich Herrn Dr. Stegner bei einem Punkt danken, und zwar, dass Sie die Situation um den Vorstandsvorsitzenden der Provinzial Nord, Herrn Rüther, heute anders beschrieben haben als in der öffentlichen Erklärung, die Sie abgegeben haben. Wir müssen uns schon die Frage stellen, ob man den **Druck, der auf Führungskräften** lastet, dadurch mindert, dass man sie sofort ad personam in Frage stellt, wenn deutlich wird, dass sie mit ihren psychischen Problemen nicht ohne Weiteres fertig werden.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU - Zuruf SPD)

- Ja, bisher hat es keiner gesagt. Einer muss es vielleicht einmal tun. Insofern wundert es mich, dass es Sie wundert, dass ich mich bei Herrn Dr. Stegner bedanke, dass er das heute ein bisschen gerade gerückt hat. - Noch einmal: Wenn sich jemand ein Bein bricht, dann akzeptieren wir das, wenn jemand mit seinen psychischen Problemen nicht ohne Weiteres fertig wird, sagen wir: Der Mann - oder die Frau - muss weg. Das kann in einer Gesellschaft, die immer stärker unter Stress leidet, nicht richtig sein. Ich spreche da auch pro domo.

(Beifall FDP und CDU)

Ich würde auch dafür plädieren, dass wir bei der Frage, ob sich diese Auseinandersetzung tatsächlich für einen politischen Disput eignet, vielleicht ein bisschen deeskalieren; denn niemand von uns stellt in Frage, dass es Sinn macht, die Provinzial zu erhalten, dass es Sinn macht, um jeden einzelnen Arbeitsplatz und auch um das Headquarter in Kiel zu kämpfen. Schleswig-Holstein ist sonst kein Land mehr, das mit Unternehmen von überregionaler Bedeutung gesegnet ist und wo Entscheidungen hier und nicht woanders getroffen werden.

Ich sage dies, Herr Dr. Stegner, weil ich mich noch sehr genau daran erinnern kann, dass nicht Sie es damals waren, sondern die Opposition, die dafür Sorge getragen hat, dass wir eine **Nachbesserungsklausel** beim **Verkauf der Provinzial** an die **Sparkassen** vereinbart haben. Zunächst einmal, Herr Dr. Stegner, haben die Sozialdemokraten die Provinzial an die Sparkassen verkauft, der Not gehorchend. Wir haben damals gesagt: viel zu preiswert. Weil darüber ein Disput entstanden ist, ist eine Nachbesserungsklausel hineinverhandelt worden, die jetzt die Möglichkeit eröffnet, dass der Landtag und die Landesregierung erklären können, wir wol-

(Wolfgang Kubicki)

len bestimmte Entwicklungen bei der Provinzial nicht.

Wir tun den Beschäftigten keinen Gefallen, Herr Dr. Tietze, wenn wir hier Sonntagsreden halten und dann möglicherweise nicht beobachten, dass bei der angedachten **Fusion** mit der **Provinzial Rheinland** unter Umständen diese Klausel in dem Fusionsvertrag nicht mehr enthalten sein könnte. Gehen Sie einmal davon aus, dass unsere nordrhein-westfälischen Freunde zunächst auch an sich denken und nicht an uns und die Gemeinsamkeiten. Die Situation der Sparkassenverbände in Nordrhein-Westfalen ist noch dramatischer als die Situation der Sparkassen bei uns in Schleswig-Holstein.

Aus der Vergangenheit kenne ich eine Reihe von Verträgen, die das Land mit Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen geschlossen hat, bei denen wir heute sagen können, Herr Dr. Stegner, dass diese nicht zugunsten unseres Landes waren. Denken wir allein an den Verkauf der HDW-Anteile, an die Wohnungsübertragung und an den Verlust von mehreren 100 Millionen €. Dabei hat man nicht daran gedacht, bei einem Weiterverkauf der Wohnungen **Schleswig-Holstein angemessen zu beteiligen**. Worauf müssen wir also achten? Wir müssen darauf achten, dass wir nicht über den Tisch gezogen werden. Sie können davon ausgehen, dass die Opposition unter Einschluss aller Beteiligten sehr sorgfältig darauf achten wird, dass den großen Reden auch die richtigen Taten folgen werden.

Herr Dr. Tietze, ich habe das mit der Beute nicht richtig verstanden. Bisher habe ich vernommen, dass die **Sparkassen** aus purer Not nach einer Möglichkeit suchen, ihre Eigenkapitalbasis zu stärken. Nicht die Allianz hat beschlossen, die Provinzial zu kapern. Vielmehr waren die Sparkassenverbände in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein der Auffassung, dass es möglicherweise Sinn ergeben kann, Kasse zu machen, Liquidität zu produzieren, um die Eigenkapitalbasis zu stärken.

Wie ist das zustande gekommen? Sie müssen jetzt **Abschreibungen** auf ihre Anteile bei der **HSH Nordbank** hinnehmen, die sie nur widerwillig übernommen haben. Bitte erlauben Sie mir diesen kleinen Schlenker: Die Geschäfte, um die es geht und die die jetzigen Abschreibungen verursachen, sind in einer Zeit entstanden, Herr Dr. Stegner, in der Sie im Aufsichtsrat saßen. Wenn wir schon über Verantwortung reden, dann sollten wir auch diesen Punkt ansprechen.

(Beifall FDP und CDU)

Das betrifft nicht nur die HSH Nordbank. Die Sparkassen müssen auch Abschreibungen die **Landesbank Berlin** betreffend übernehmen, und zwar in einer erheblichen Größenordnung. Auch die Abwicklung der WestLB - noch so ein gigantisches Projekt der deutschen Bankenlandschaft - kostet das Land Nordrhein-Westfalen und die dortigen Sparkassenverbände immense Summen mit der Folge, dass sie schlicht und ergreifend und der Not gehorchend nach Möglichkeiten suchen, ihre Kapitalbasis zu stärken oder zumindest zu erhalten.

Deshalb werden wir uns ganz genau anschauen, was Sie mit dem Sparkassengesetz in Schleswig-Holstein machen wollen. Wo soll es denn herkommen für die Sparkassen in Schleswig-Holstein, wenn Sie ihnen die Möglichkeit nehmen wollen, dass sich die Haspa beteiligen kann? Wo soll es denn herkommen, Herr Dr. Stegner? Das fällt doch nicht vom Himmel. Es ist nichts in der Kasse.

Insofern sollten Sie etwas herunterkommen und deeskalierendere Formulierungen wählen. Vielleicht revidieren Sie auch einmal Ihre Vorurteile und suchen gemeinsam mit uns nach pragmatischen Lösungen, die es ermöglichen, diesen stabilen Zweig der Betriebswirtschaft aufrechtzuerhalten und die Versorgung der Wirtschaft sicherzustellen. Im Zweifel sollten Sie auch dafür Sorge tragen, dass die Menschen in Schleswig-Holstein nicht nur über Weihnachten, sondern auch im nächsten Jahr ruhig schlafen können, weil sie von der Provinzial ordentlich versichert werden, wie ich es übrigens auch bin. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda.

(Zuruf FDP: Wohnt der auch hier?)

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist immer schlecht, wenn man als Vorletzter spricht; denn dann kann man nur Wiederholungen anbringen. Deswegen erspare ich mir einiges.

Vieles von dem, was ich eben gehört habe, ist richtig. Die **Solidaritätsbekundung**, die wir heute Morgen geschlossen geleistet haben, war notwendig und richtig. Vieles von dem, was der Kollege Tietze gesagt hat, unterstreiche ich ausdrücklich. Das ist so.

(Wolfgang Dudda)

Ich möchte den Blick auf einen anderen Aspekt richten, nämlich auf die aus meiner Sicht schlimme **Arbeitgeberkultur**, die wir seit Helios beobachten. Wir mussten feststellen, wie mit 2.000 bis 3.000 Mitarbeitern bei der Provinzial umgegangen worden ist, die eine Woche lang ein Wechselbad der Gefühle mitmachen mussten, das man sich selbst auf keinen Fall wünscht.

Vor diesem Hintergrund ist die **Arbeitnehmerkultur**, die ich heute Morgen erlebt habe, als sich die Mitarbeiter der Provinzial ausdrücklich zu Herrn Rütter bekannt haben, umso bemerkenswerter. Das war menschliche Größe. Diese wünsche ich mir insbesondere von Arbeitgebern gegenüber Arbeitnehmern, wie es hier bei der Provinzial geschehen ist.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Provinzial** ist ein öffentlicher Versicherer und wird von mir immer als ein **seriöses Regulativ** im **Versicherungsmarkt** bezeichnet. In kultureller und sportlicher Hinsicht leistet sie unheimlich viel für uns. Außerdem ist die Provinzial ein großer Arbeitgeber. Ferner braucht die Stadt Kiel dringend die 9 Millionen € Steuereinnahmen aus dem Lebensversicherungsgeschäft, das hier zentral angesiedelt ist. Das ist eine öffentliche Versicherung. Mit dem Auftrag der **Gemeinwohlorientierung** unterscheidet sich die Provinzial erheblich von dem, was eine private Versicherung machen würde.

Vor diesem Hintergrund braucht das Land die Provinzial. Das Land braucht die Mitarbeiter. Deshalb brauchen die Provinzial und deren Mitarbeiter unsere Solidarität, die wir heute Morgen gezeigt haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich im Namen des SSW meinen Respekt davor zollen, dass sich die Beschäftigten heute bei diesen Temperaturen nicht nur für sich selbst, sondern auch für ihr Unternehmen eingesetzt haben. Das ist eine großartige Leistung, die die Beschäftigten heute an den Tag gelegt haben.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir heute über die Provinzial reden, dann reden wir eigentlich über zwei Themen. Einerseits reden wir über die Zukunft der **Provinzial NordWest**. Andererseits reden wir über die **Finanznot der Sparkassen**, die die Ursache dafür ist, dass man überhaupt über Verkäufe redet.

Heute wurde deutlich, dass es im Zusammenhang mit der Provinzial um die Förderung von Sport, Feuerwehr, Kultur und vielem mehr geht. Das ist aber nur möglich, wenn man einen **öffentlich-rechtlichen Status** hat, wenn man am Markt nicht so agiert, wie dies die großen Versicherungskonzerne tun. Das haben der Fußballverband, der Feuerwehrverband und kulturelle Organisationen bereits im Vorfeld deutlich gemacht. An dieser Stelle ist der gesellschaftliche Wert einer öffentlichen Einrichtung ganz deutlich zu sehen, meine Damen und Herren. Deshalb ist es natürlich klar, dass wir ein sehr großes Interesse daran haben, die Provinzial in dieser Rechtsform weiter aufrechtzuerhalten.

Darüber hinaus tragen wir natürlich auch Verantwortung für die rund **3.000 Arbeitsplätze** bei uns im Land. Das ist uns klar.

Um es einmal deutlich zu sagen: Die Allianz sitzt in München und nicht in Kiel. Wenn ein so großer Konzern unsere Provinzial übernimmt, dann müssen wir damit rechnen, dass Arbeitsplätze verlagert werden, und zwar in Richtung Süden. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Deshalb ist es gut, dass wir als Landtag versuchen, uns dagegen zu wehren.

Meine Damen und Herren, eine **Fusion** mit der **Provinzial Rheinland** hätte möglicherweise den gleichen Effekt. Der Kollege Kubicki hat gerade auf die Nöte in Nordrhein-Westfalen hingewiesen und damit auch auf die Nöte der Provinzial Rheinland, die zwar kleiner ist als unsere Provinzial Nordwest. Da der Anteil der Nordrhein-Westfalen jetzt schon wesentlich größer ist als unser Anteil, würde der **Einfluss der Nordrhein-Westfalen** aber noch weiter gestärkt werden. Es wird sicherlich so sein, dass dieser Einfluss auch dazu führen kann, dass Arbeitsplätze bei uns infrage gestellt werden.

Deswegen erscheint eine Fusion zwar zunächst einmal sinnvoll. Eine Fusion hilft auch, die Provinzial im Vergleich zu anderen großen Unternehmen auf stabilere Füße zu stellen. Wir sollten aber nicht blauäugig in diese Verhandlungen hineingehen und denken, dass das ein Selbstläufer ist. Vielmehr haben wir als Land Schleswig-Holstein die Verpflich-

(Lars Harms)

tung, uns dafür einzusetzen, dass die Arbeitsplätze hier im Land bleiben, meine Damen und Herren.

Selbst dann, wenn wir das so mit der Provinzial hinbekommen würden, ist damit nicht das Problem der **Sparkassen** gelöst. Das ist die eigentliche Ursache, warum wir überhaupt darüber reden. Das **Finanzproblem** der Sparkassen - insbesondere bei uns, mit Blick auf die Volumina in größerem Maße aber auch in Nordrhein-Westfalen - ist der eigentliche Ursprung dieser Verkaufsverhandlungen.

Lassen Sie es mich einmal so sagen: Ich komme aus einem Gebiet der Nospa, und der Nospa geht es nicht gut. Die haben Druck. Außerdem gibt es drei Sparkassen in Schleswig-Holstein, die einem enormen Finanzdruck ausgesetzt sind. Auch an dieser Stelle tragen wir Verantwortung, meine Damen und Herren. Wenn wir sagen, dass die Provinzial nicht verkauft werden darf - dahinter stehen wir alle -, dann müssen wir auch sagen, wie wir den Sparkassen helfen wollen.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und Beifall Wolfgang Kubicki [FDP])

Das bedeutet, dass wir dringend mit den Sparkassen darüber reden müssen, wie wir eine mögliche **Novelle** des **Sparkassengesetzes** gestalten

(Beifall Serpil Midyatli [SPD] und Dr. Ralf Stegner [SPD])

und wie es mit Fusionen aussieht, und zwar auch hier bei uns.

Für den SSW kann ich sagen, dass wir das völlig ideologiefrei angehen, weil wir die Notwendigkeiten sehen. Wir kennen auch die Notwendigkeiten in Bezug auf die **HSH Nordbank**, bei der wir Anteilseigner sind. Auch das gehen wir ideologiefrei an.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass uns das Problem sonst wieder einholt, nämlich spätestens im März 2013, sollten wir jetzt mit den **Sparkassenvertretern** ins **Gespräch** kommen. Mit diesen sollten wir in Ruhe und sachlich besprechen, wie ein zukünftiges Sparkassengesetz aussehen muss, damit die Sparkassen in der Lage sind, sich selbst zu helfen. Dabei sollte auch darüber diskutiert werden, was die Sparkassen selbst dazu beitragen können in Bezug auf Fusionen und ähnliches, um - wenn man so will - sich selbst am eigenen Schopfe aus dem Elend herausziehen zu können.

Meine Damen und Herren, deshalb sichern wir selbstverständlich den Beschäftigten der Provinzial unsere Unterstützung zu, gerade auch als SSW. Das machen wir auf allen Ebenen solidarisch.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber auch mit den Sparkassen Gespräche führen. Ich kann Ihnen sagen, dass wir das tun werden. Ich bin davon überzeugt, dass auch die Landesregierung dies tun wird. Wenn die Landesregierung diese Gespräche führt, wird es möglicherweise Resultate geben. Diese Resultate müssen wir im Parlament besprechen, um zu gucken, dass die Sparkassen tatsächlich aus der Not herauskommen. Wenn die aus der Not herauskommen, ist mir um die Provinzial nicht mehr bange.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Präsident Klaus Schlie:

In der zweiten Runde hat zunächst der Fraktionsvorsitzende der SPD, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zwei Anmerkungen zur Debatte machen. Erstens. Weil das ja protokolliert wird und nicht das stehen bleiben soll, was **historisch** anders war in der **Debatte** um die **Provinzial**: Seinerzeit hat die FDP eine Vollprivatisierung gefordert und von Milliarden Erlösen geredet. Wir waren immer gegen Privatisierungen. Die Nachbesserungsklausel hat Peer Steinbrück ausgehandelt. - Das nur, damit wir da nicht auf der falschen Seite sind.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie sollten Protokolle auch einmal lesen!)

Zweitens. Zum **Sparkassengesetz**, und das ist der wichtigere Punkt. Beim Sparkassengesetz wird gesagt: Hände weg vom Sparkassengesetz. Kollege Kubicki sagt, man müsse das vorurteilsfrei angehen. Ich möchte Sie gern mit einem Zitat aus dem Januar 2009 erfreuen. Da hat die FDP erklärt, wie sie sich das mit dem Sparkassengesetz vorstellt. Sie verfolge seit Jahren das Ziel, die Sparkassen zu privatisieren, sie in Aktiengesellschaften umzuwandeln und mit 49,9 % privates Kapital zuzulassen. Dazu erklärte Ihr Vorsitzender Kubicki im Landtag:

„Ich will sagen, dass meine Fraktion selbstverständlich als Second-best-Lösung dem Beitritt der Haspa zum schleswig-holsteinischen Sparkassenmarkt zustimmen wird ... Wir sind uns nämlich definitiv sicher, dass dies der Einstieg in die weitere Öffnung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein sein wird.“

(Dr. Ralf Stegner)

Das heißt Privatisierung über europäische Klagen. Das wollen wir in diesem Haus nicht, und das werden wir auch verhindern.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich gehöre nicht zu denen, die die Haspa als Bösewicht ansehen; sie ist auch keine Wohltäter, sondern sie ist eine Sparkasse und ein Unternehmen. Wenn sie sich hier engagiert, ist das in Ordnung, allerdings darf das nicht mit dem Risiko passieren, dass man die Tür öffnet, irgendeiner klagen kann, und am Ende die Deutsche Bank oder sonst irgendjemand dabei ist und unser Sparkassen- und dreigliedriges Bankenwesen tot ist.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Dr. Stegner, gestatten Sie eine Anmerkung oder Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Nur eine Frage, weil mir ja klar ist, dass Sie Entwicklungen und Diskussionen kaum zur Kenntnis nehmen, Herr Dr. Stegner. Können Sie mir erklären, warum Sie als Aufsichtsrat der Beteiligung von **Flowers** bei der **HSH Nordbank** zugestimmt haben, einer „Heuschrecke“, wie Sie heute erklären würden, und damals erklärt haben, dass es eine herausragende Leistung sei, dass sich Private an der HSH Nordbank beteiligten und damit deutlich machen würden, wie erfolgreich das Geschäftsmodell der HSH Nordbank sei?

- Wie immer sind Ihre Fragen mit Unterstellungen gespickt, die nicht zutreffen, und es ist mir ein Vergnügen, das hier richtigzustellen. Zum einen ging es seinerzeit um den Verkauf der WestLB-Anteile an der HSH Nordbank. Wir hätten liebend gern an die Haspa verkauft. Das Land war aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, diese Anteile zu kaufen. Ich habe mitnichten erklärt, wie toll es sei, dass da ein privater Investor kommt, sondern im Gegenteil gesagt, dass wir das bedauern und uns andere Lösungen gewünscht hätten, die leider nicht zur Verfügung standen. Das ist die Wahrheit. Wir sind im Gegensatz zu Ihnen nämlich nicht Freunde von **Privatisierungen im öffentlichen Bankenwesen**. Das unterscheidet uns voneinander. Dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, das noch einmal rich-

tigzustellen, dafür danke ich Ihnen in der Adventszeit herzlich. Es ist immer wunderbar, wenn man die Unterschiede herausstellen kann.

(Beifall SPD)

Zurück zu den **Sparkassen!** Ich habe in den letzten Wochen viele Gespräche mit den Sparkassen geführt. Die Situation der einzelnen Sparkassen ist sehr unterschiedlich. Da besteht natürlich Reformbedarf. Aber etwas zu tun, was mit mehr Gefahren für denjenigen verbunden ist, dem es schlecht geht, können wir nicht machen. Weder der Notausgang, nämlich zu sagen, wir verscherbeln die Provinzial - was ja jetzt glücklicherweise vom Tisch zu sein scheint -, ist eine Lösung noch zu sagen, wir lassen jemanden rein, und durch die Hintertür versucht dann jemand anderes, das Sparkassenwesen kaputt zu machen. Denn manche private Banken haben sich ja erst für Privatkunden interessiert, als sie gemerkt haben, ihr Investmentbanking taugt nichts, und dann wollten sie das, was für Genossenschaftsbanken und Sparkassen erfolgreich war, für sich selbst entdecken und da Rendite machen. Das können wir so nicht zulassen.

Die Sparkassen haben unsere Unterstützung. Wir reden mit ihnen. Aber Ihr schlechtes **Gesetz**, das Sie mit einer Einstimmenmehrheit hier im Landtag durchgezogen haben, zu verteidigen und zu hoffen, was Sie ja klar erklärt haben - „Second-best-Lösung“ -, man kriege so die **Privatisierung** hin, für so dumm sollten Sie weder den Landtag noch die Bevölkerung in Schleswig-Holstein halten. Das werden wir nicht machen.

Wir stehen an der Seite der Sparkassen, und zwar mit einer Lösung, die ihre **Gemeinnützigkeit** sichert und nicht private Renditeinteressen befördert und Risiken erhöht. Das ist mit uns nicht zu machen. Das gilt für die gesamte Koalition.

Deswegen haben wir in unseren Vertrag hineingeschrieben: Wir überprüfen das Sparkassengesetz in dem Sinne. So werden wir miteinander diskutieren - vielleicht mit Ihnen an unserer Seite, aber zur Not auch mit unserer Mehrheit gegen Sie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer weiß, wie lange Sie noch die Mehrheit haben, Herr Stegner! - Weitere Zurufe CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Tobias Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niemand in diesem Haus möchte, dass die **Provinzial** verkauft wird. Niemand in diesem Hause möchte, dass der Sitz der Provinzial in Kiel verloren geht. Erst recht möchte niemand in diesem Hause, dass die 3.000 Mitarbeiter der Provinzial im Land arbeitslos werden.

(Beifall)

Ich gehe aber genauso davon aus, dass niemand in diesem Hause möchte, dass weitere **Sparkassen** im Land Schleswig-Holstein zu **Stützungsfällen** werden. Ich gehe genauso davon aus, dass niemand in diesem Haus möchte, dass die Sparkassen ihre Funktion als Finanzierer von Mittelstand und Handwerk, als gemeinwohlverpflichtete Organisation in diesem Land nicht mehr wahrnehmen können. Ich gehe erst recht davon aus, dass niemand in diesem Haus möchte, dass sich die über 8.000 Mitarbeiter der Sparkassen Sorgen um ihre Arbeitsplätze machen müssen.

(Beifall CDU und FDP)

Den Verkauf der Provinzial abzulehnen, ist das eine. Herr Dr. Stegner, Sie hätten in dieser **Klarheit** auch schon vor einer Woche kundtun können, dass die Regierungsfractionen dem Verkauf nicht zustimmen werden.

(Zurufe)

Das hätte auch der Ministerpräsident schon vor einer Woche in dieser Klarheit sagen können. Dann wären die Mitarbeiter der Provinzial jetzt in der Vorweihnachtszeit nicht wochenlangen Unsicherheiten ausgesetzt gewesen. Dieses Nein hätten Sie von vornherein klar und deutlich erklären können.

(Beifall CDU und FDP)

Stattdessen beantragen Sie heute eine Aktuelle Stunde, und die Botschaft ist: Wir wollen den Sparkassen helfen.

Meine Damen und Herren, Sie sind jetzt Regierungsfractionen, Sie sind nicht mehr Opposition, Sie sind Regierung. Es ist ein wenig dürftig für eine Regierungsfraction, eine derartige Floskel hier als Botschaft des Tages auszusenden. Wo ist Ihr Lösungsansatz?

(Beifall CDU und FDP)

Dazu haben wir heute nicht ein Wort von Ihnen gehört - außer dem altbekannten Dialog, den Sie zu führen beabsichtigen.

Die **Fusion** der Provinzial Nordwest mit der Provinzial Rheinland ist ohne Zweifel hilfreich für die Provinzial selber, weil sie es ihr ermöglichen wird, auf dem Versicherungsmarkt besser zu bestehen. Den **Sparkassen** im Land hilft das aber überhaupt nicht, im Gegenteil, das kann für die Sparkassen sogar kontraproduktiv sein. Denn bei einer solchen Fusion wird ja auch überprüft werden müssen, mit welcher Bewertung die Provinzial bislang in den Büchern der Sparkassen steht. Wenn man weiß, dass in den letzten Jahren zum Ausgleich der **HSH-Abschreibungen** die **Provinzialbewertung** immer noch ein Stückchen weiter angehoben wurde, kann es durchaus im Rahmen einer solchen Fusion dazu kommen, dass sich auch ein Abschreibungsbedarf auf den Anteil der Sparkassen an der Provinzial ergeben wird. Dann verschärft sich für die Sparkassen das Problem sogar.

Wir haben jetzt ein gravierendes Problem bei den Sparkassen. Deshalb ist nicht die Aktuelle Stunde heute die richtige Antwort des Parlaments, sondern unser Antrag, sich im Wirtschafts- und Finanzausschuss - im Zweifelsfall in nicht öffentlicher Sitzung - mit den entscheidenden Daten und Fakten zu beschäftigen.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist die angemessene Reaktion des Landtags, sich wirklich um die Sache zu kümmern, um Lösungsansätze zu ringen und hier nicht nur öffentliche Schaubetten zu führen.

(Beifall CDU und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Landesregierung hat der Ministerpräsident Torsten Albig das Wort.

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir eine Lehre aus der Finanzkrise ziehen, dann die, dass der starke und in Deutschland durch die Krise tragende Pfeiler der **öffentlich-rechtliche Finanzsektor** war, und zwar in seiner Gesamtheit, sowohl was die Sparkassenfamilie angeht als auch was die öffentlich-rechtlichen Versicherer angeht. Wenn diese Lehre richtig ist, muss unser aller Bemühen sein, den öffentlich-rechtlichen Sektor zu stärken, wo immer es geht, und ihn nicht zu schwächen. Es muss unser Anliegen sein, dass wir da, wo im Sektor Konsolidierung herbeigeführt werden kann, helfend zur Seite stehen. Aber überall da, wo wir den öffentlich-rechtli-

(Ministerpräsident Torsten Albig)

chen Sektor öffnen, um ihn für Private zugänglich zu machen, müssen wir wachsam sein.

Denn die Privaten haben in der Finanzkrise gezeigt, dass sie nicht so erfolgreich sind, wie viele immer glaubten, als sie Gesetze auf den Weg brachten, die nur genau das bezwecken. Das sieht man, wenn wir uns das Sparkassengesetz in Schleswig-Holstein anschauen. Dieses ist kein geeigneter Weg, den öffentlich-rechtlichen Sektor voranzubringen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es gibt einen guten Grund, dass die **Sparkassenfamilie** in Schleswig-Holstein das, was ihnen hier an **Sparkassengesetz** übergeben wurde, für nicht geeignet hält.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)

Es gibt einen guten Grund, warum sie hier vor dem Landtag gegen dieses Gesetz demonstriert hat.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es gibt einen guten Grund, warum uns der Sparkassen- und Giroverband sowie der DSGV sagen: Seht euch das bitte genau an! Wir glauben, dass es kein geeigneter Weg war, den die alte Landesregierung gegangen ist. Seien Sie versichert, wir werden uns diese Fragen mit den Sparkassen ganz genau anschauen, um nach Antworten zu suchen. Und diese werden besser sein als die, die Sie gegeben haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Es erstaunt schon, dass die Antworten, die in den letzten fünf Jahren gegeben wurden, doch so dürftig sind, dass die Sparkassen sofort zu uns kommen und sagen: Helft uns, einen besseren Weg zu finden. Das, was wir jetzt haben, ist bei Weitem nicht ausreichend in Schleswig-Holstein.

(Zurufe Dr. Ralf Stegner [SPD] und Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das sagt der Sparkassen- und Giroverband des Landes, Herr Kollege.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Uns gegenüber nicht, Herr Albig!)

- Mir gegenüber; das reicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe)

Wir nehmen das sehr ernst, weil wir natürlich sehen - das hat die Debatte gezeigt -, dass wir in beiden Bereichen die Not haben und darüber nachdenken

müssen, wie wir mit den Problemen umgehen. Auch wenn es eine starke Säule ist, hat sie Schwierigkeiten, die in ihrer Struktur begründet liegen, sowohl im Sektor der Versicherer als auch im Sektor der Sparkassen. Das ist uns bewusst.

Der Sparkassenbereich hat - und das hat viel damit zu tun, was wir an anderer Stelle diskutiert haben - seine Probleme vor dem Hintergrund der Entwicklung der **HSH Nordbank**. Wenn es uns gelingt, die HSH Nordbank gemeinsam durch die Krise zu führen, sie zu stabilisieren, dann tun wir sehr viel für unsere Sparkassen in Schleswig-Holstein, weil wir sie im Hinblick auf ihre Bücher von den weiteren Risiken befreien könnten.

(Zuruf Johannes Callsen [CDU])

Natürlich ist das ein Problem. Das sehen wir auch.

Die Antwort, die jetzt aus Westfalen gegeben werden sollte, zu schauen, ob es uns hilft, eine Beteiligung einzugehen - möglicherweise mit der **Allianz**; öffentlich ist das, glaube ich, noch nie bestätigt worden -, scheint eine Antwort zu sein, die nicht erfolversprechend ist. Es ist gut zu sehen, dass dieses Hohe Haus, als es **2004** darüber nachgedacht hat, wie wir unsere Provinzial in dem **Fusionsprozess** gegenüber der Provinzial NordWest stärken können, sich sehr weise aufgestellt und einem Vertrag zugestimmt hat, der sie sehr stark macht. Sie wissen das.

Auch wenn es komischerweise heute noch nicht angesprochen wurde, bringe ich es noch einmal in die Debatte ein: Dieser **Vertrag** stellt sicher, dass das Gesamtkonstrukt Provinzial NordWest über Con-Sozial-Vereinigungen nie weniger als einen Anteil in Höhe von 74,9 % öffentliche Hand haben darf. Dieser Vertrag, den Sie unterzeichnet haben, den Sie im Übrigen im Internet als Drucksache 15/3797 finden, stellt sicher, dass die Anteile der schleswig-holsteinischen Provinzial, also unsere 18 %, die an der Provinzial Nordwest gehalten werden, nie mehr als zu 24,9 % ohne Ihre Zustimmung in ein anderes Konstrukt überführt werden dürfen. Das heißt, der Landtag hat sich in weiser Voraussicht vor dem Hintergrund der Bedeutung der Provinzial in der öffentlich-rechtlichen Familie viele Sicherungen vorbehalten. Das ist gut, und das war klug.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Callsen?

Torsten Albig, Ministerpräsident:

Sehr gern.

Johannes Callsen [CDU]: Herr Ministerpräsident, der Kollege Koch hat - glaube ich - in seinem Beitrag schon auf diese rechtlichen Dinge hingewiesen. Wenn diese so sind - und sie sind in der Tat so -, frage ich mich, warum diese Landesregierung die Diskussion nicht schon vor einer Woche oder zehn Tagen abgeblasen hat. Warum lassen Sie zu, dass tausende Mitarbeiter, obwohl Sie am Ende das Zustimmungsrecht haben, mit Unsicherheit über ihren Arbeitsplatz heute Morgen demonstrieren?

(Beifall CDU und FDP)

- Herr Callsen, das Zustimmungsrecht haben Sie. Der Landtag hat das Zustimmungsrecht.

(Zuruf: Nein, beide!)

Nur mit Zustimmung des Landtags kann dieser Vertrag geändert werden.

(Johannes Callsen [CDU]: Sie haben doch die Mehrheit! - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Das sehen Sie vielleicht anders! - Weitere Zurufe)

- Sehr geehrter Herr Callsen, ich halte es für absolut notwendig, dass ich in solchen Situationen - wir haben uns ja eben gegenseitig bekundet, wie sehr wir Provinzial und Sparkassen schätzen - die, die über solche Wege nachdenken, zumindest einmal zu mir bitte und sage: Erklärt mir, was dort gerade passiert. Ich kommentiere das nicht. Das ist möglicherweise etwas, was ein Gebot für die Opposition ist, auf der Basis von **Zeitungsmeldungen** solche Vorgänge zu kommentieren. Aber ich kommentiere das erst recht nicht auf der Basis von Zeitungsmeldungen, in einer Situation, in der die handelnden Personen der Verschwiegenheitspflicht unterliegen und gar nicht in der Lage sind, öffentlich zu reden. Darum noch einmal: Es ist heute noch gar nicht öffentlich gesagt worden, dass es die Allianz ist.

Mir war wichtig - und das war am Montag der Fall -, dass Herr Boll die Gelegenheit hatte, mit mir ein Gespräch zu führen, um mir seine Sicht der Dinge darzustellen. Es war mir dann möglich, ihm meine Sicht der Dinge darzustellen. Er kennt auch sein **Vetorecht**. Gegen den Willen der **Sparkassen** in Schleswig-Holstein ist keine Veränderung in der Provinzial NordWest möglich. Das ist etwas, das 2004 ausgehandelt wurde. Es ist gut so, dass das ausgehandelt wurde.

Nichtsdestotrotz gibt es ja erkennbare Gründe dafür, sowohl in Westfalen als auch bei uns, darüber nachzudenken, wie es in der Struktur weitergeht. Es geht mit der Struktur immer nur über uns weiter. Aber eben haben Sie alle deutlich gemacht, dass wir miteinander die Diskussion darüber führen müssen, wie wir sie aufstellen wollen.

Der Weg, nur einmal Erlöse zu erzielen, glauben wir - und ich freue mich sehr, dass der Vorstand das einstimmig genauso sieht; so hat er heute entschieden -, ist kein geeigneter Weg. Denn die dahinterstehenden überdeckenden Probleme unserer Sparkassenfamilie werden durch **Einmalzahlungen** nicht gelöst. Wir werden uns also auf den Weg machen - auch in der Revision des Sparkassengesetzes - mit allen, vor allem aber gemeinsam mit den Sparkassen in Schleswig-Holstein, um Antworten auf die Frage zu suchen: Wie können wir nachhaltig die strukturellen Probleme lösen? Sie werden nicht dadurch gelöst, dass sie an einer Stelle - fraglich ist, ob das kartellrechtlich überhaupt geht; und wir haben an einem Fall gesehen, dass es nicht geht - einen Zugang für eine Haspa ermöglichen, über die dann Private, möglicherweise auch in unseren Sparkassensektor, eindringen. Das wollen wir nicht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau!)

Das will auch die Sparkassenfamilie nicht. Das werden wir zu verhindern wissen. Deswegen werden wir im Dialog mit den Sparkassen im nächsten Jahr offen für alle denkbaren Stärkungen des öffentlich-rechtlichen Sektors nach Lösungen suchen. Wir werden sie finden. Von dieser Stelle auch das Signal in Richtung Sparkassenfamilie: Das wird aber nicht gehen, ohne dass die **Sparkassenfamilie** auch für sich Position bezieht und mitteilt, wie sie sich selbst aufstellt. Dort haben wir ja durchaus unterschiedliche **Positionsbeschreibungen**.

Die Landesregierung ist bereit zu unterstützen, und die Landesregierung ist bereit zu helfen. Allerdings muss die Sparkassenfamilie für diese Hilfe auch eine Antwort auf die Frage geben, wo sie sich in Zukunft sieht. Wenn uns das gelingt, werden die Regierung und die sie tragenden Parteien sehr gern mit ihnen gemeinsam Antworten finden, wie man in Schleswig-Holstein eine moderne Sparkassenlandschaft so baut, dass solche Diskussionen, wie die zur Provinzial, in Zukunft nicht mehr notwendig sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Bericht über die Fortführung der touristischen Neuausrichtung in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/356

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen hier und heute über einen **Kernbereich der Wirtschaft** in Schleswig-Holstein: traditionell und modern zugleich, ein großer Arbeitgeber, eine bedeutende Wohlstandsquelle, prägend für das Ansehen des Landes außerhalb unserer Grenzen. Wir reden von 170.000 Arbeitsplätzen: nicht exportierbar, häufig im ländlichen Raum und damit strukturbestimmend. Wir reden von einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt für Schleswig-Holstein, der bei knapp 6 % liegt, also echte Wertschöpfung.

Und wir reden über eine **Wachstumsbranche**. Der Deutschlandtourismus boomt. 2012 wird erstmals die Grenze von 400.000.000 Übernachtungen in Deutschland erreicht. An diesem Kuchen wollen wir nicht nur ein bisschen teilhaben. Wir wollen mit an der Spitze dieser Entwicklung sein, denn da gehört Schleswig-Holstein im Tourismus hin.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ich bin fest davon überzeugt: Schleswig-Holstein kann mehr, insbesondere im Tourismus. Wir müssen und können uns auch besser aufstellen. Die jüngsten Zahlen im **Tourismus** sind für **Schleswig-Holstein** nicht berauschend. Die Übernachtungen lagen hier 2011 bei

plus 0,2 %, deutschlandweit bei plus 3,6 %. In diesem Jahr - bis zum September - sehen die Zahlen wie folgt aus: Schleswig-Holstein minus 0,1 %, Deutschland insgesamt plus 4 %. Mit anderen Worten: Deutschland boomt, Schleswig-Holstein stagniert. Wir müssen uns die Frage stellen: Wie kann das erklärt werden?

Mangelnde **Wettbewerbsfähigkeit** hängt nicht nur mit dem Wetter zusammen, sondern auch mit Angeboten und Service und nicht zuletzt mit der Frage: Wo wollen wir hin mit dem Urlaubsland Schleswig-Holstein? Welche Strategie haben wir?

Manches in der Vergangenheit war gut gemeint, wurde aber möglicherweise mit falschen Partnern durchgeführt. Stichwort: Roland Berger. Leider wurde auch sehr viel Geld dafür ausgegeben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Elan wurde erzeugt, dann wurde aber auch abrupt abgebrochen. Die Ergebnisse zur Evaluierung der **touristischen Neuausrichtungen** lagen seit Februar 2012 in der Schublade. Die **Verunsicherung der Touristiker** in Schleswig-Holstein ist spürbar. Die Finanzierung des zentralen Marketings über die **TASH** wurde gekürzt und noch einmal gekürzt. Es gab kein Angebot für neue Gesellschafter, die mitfinanzieren - jedenfalls kein echtes Angebot.

Meine Damen und Herren, wir brauchen neuen Schwung, neue Begeisterung für die Branche. Das gelingt aber nur mit politischem Vertrauen. Dafür werbe ich bei allen Beteiligten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, angesichts meiner letzten Funktion in Mecklenburg-Vorpommern, einem Erfolgsland im Tourismus, werde ich häufig gefragt: Was ist denn der Erfolgsfaktor dafür gewesen? Ich kann nur - das habe ich an dieser Stelle auch schon einmal festgestellt - sagen: Das ist der **politische Grundkonsens** auch im Landtag, dass Tourismus wichtig ist. Das gilt zum Beispiel in Mecklenburg-Vorpommern - man höre und staune - von der CDU bis zur PDS. Ich wünsche mir für den Landtag hier in Schleswig-Holstein, dass auch wir einen solchen Grundkonsens herstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, was tun? Ich glaube, die **Evaluierung** ist eine wichtige Grundlage. Wichtige Leitprojekte wurden bestätigt, aber auch der Bedarf

(Minister Reinhard Meyer)

zur Nachjustierung wurde klar benannt. Best Ager, anspruchsvolle Genießer und Familien als Zielgruppen sind gut und schön, wir müssen aber auch die aktuellen Trends und Themen im Tourismus berücksichtigen. Dazu gehören der Naturtourismus, der Gesundheitstourismus, der Städtetourismus und der Kulturtourismus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, das Thema „**Service und Qualität**“ müssen wir weiter voranbringen. Das ist das A und O für die Zukunftsmärkte. Wir brauchen auch **Strukturen**, die schlanker und besser sind. Das gilt für die TASH und für die regionalen Strukturen Ostsee, Nordsee und Binnenland, aber auch für den LTO-Prozess, die lokalen Tourismusorganisationen. Hier ist es vor allen Dingen wichtig, dass wir alle davon überzeugen, dass das die richtigen Strukturen sind.

Meine Damen und Herren, wir werden mit allen Beteiligten den **Kommunikationsprozess** führen. Wir haben ihn auf dem Tourismustag in Damp am 22. November 2012 als Aufbruchsignal begonnen. Wir wollen hin zu einer Tourismusstrategie, und es ist ganz wichtig, meine Damen und Herren, dies auch im Dialog zu machen. Dazu gehört Sicherheit beziehungsweise eine **TASH-Finanzierung** mit 1,53 Millionen €, die auch stabil gehalten werden muss. Weiter gehören dazu **Rahmenbedingungen** wie zum Beispiel - statt einer Bettensteuer - eine Tourismusabgabe in Zusammenarbeit mit dem Innenminister. Auch eine Bäderregelung gehört dazu, die ihren Namen verdient.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dazu gehört natürlich auch die Förderung. Wir haben Schwierigkeiten bei der **EU-Förderung**. Die Diskussion werden wir weiter führen und einiges möglich machen. Auch in diesem Bereich wollen wir Modernisierung durch nachhaltige Wertschöpfung.

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch Mut. Wir brauchen eine Dachmarke Schleswig-Holstein, die durch den Tourismus lebt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie uns, meine Damen und Herren, gemeinsam mehr wagen für das Urlaubsland Schleswig-Holstein. Es lohnt sich. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Regina Poersch für die SPD-Fraktion.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister! Zunächst einmal herzlichen Dank für Ihren Bericht. Gleich vorweg: Es ist gut, in diesem Land wieder einen Wirtschafts- und Tourismusminister zu haben, der sich nicht nur für sein Aufgabengebiet, die daraus erwachsende Wertschöpfung für unser Land und die hier gebundenen Arbeitskräfte interessiert, sondern der auch noch etwas von Tourismus versteht. Sie haben unserem Tourismusland wirklich gefehlt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wir haben in den **Jahren 2006 bis 2009** - das war während der Großen Koalition; deswegen geschah das auch, ich sage das ausdrücklich - mit unserer Unterstützung den **Tourismus** in Schleswig-Holstein **neu ausgerichtet**. Wir konnten lokale Strukturen straffen und mit der Zielgruppenausrichtung erstmals Marktforschungselemente erfolgreich installieren. Andere Bundesländer schauten durchaus neugierig auf das, was wir hier - zunächst auch ganz erfolgreich und vorbildlich - starteten. Dann aber passierte etwas, worauf wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von Anfang an hingewiesen beziehungsweise wovon wir gewarnt hatten. In den Jahren danach - 2010 und 2011 - passierte leider gar nichts. Die lokalen Akteure wurden sich selbst überlassen, Strukturen verwischten, Aufgaben waren nicht mehr klar geregelt, vereinbarte Leitprojekte wurden nicht weiterverfolgt. Die Folge - der Minister hat es beschrieben - war eine **Stagnation** bei den Gästezahlen. In dieser Situation sollten die Mittel für das landesweite Marketing auch noch auf Null reduziert werden.

Das Problem dabei ist, dass die Kritik - egal, ob sie von den Gutachtern oder aus der Tourismusbranche kam - an der Vorgängerregierung einfach abprallte. Wir waren 2006 mit einem damals wirklich vorbildlichen Prozess gestartet. Jetzt erfahren wir, dass der Abbruch der Kommunikation nach 2009 ein echtes Problem wurde. Aus der anfänglichen Eu-

(Regina Poersch)

phorie - das haben wir auch auf dem Tourismustag gehört - wurde Enttäuschung.

Es ist allerhöchste Zeit, die Ergebnisse der **Evaluierung** anzupacken. Es geht nicht darum, alles neu zu erfinden; aber die bisherige Strategie gehört in Teilen nachjustiert. Als Beispiel nenne ich die Zielgruppen und Themen. Der Marketing-Mix macht es. Wir sollten weder auf das Thema noch auf die Zielgruppe noch auf die Destination verzichten. Auf keinen dieser Wege sollten wir verzichten. Unsere Zielgruppen sollen hier den Urlaub machen, den sie sich wünschen. Gerade um die Zielgruppenwünsche geht es ja. Natürlich soll geradelt, gesegelt, gegolft und genossen werden. Es sollen **zielgruppengerechte Angebote** entwickelt werden. Das ist die Aufgabe. Nur wurde das nicht kommuniziert. Fragen Sie einmal die Leistungsanbieter im Land. Es ist die Aufgabe von **Marketing**, unseren Gästen klarzumachen, dass man auf der Welt nirgendwo so gut radeln, segeln, golfen und genießen kann wie bei uns in Schleswig-Holstein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das **dwif**, welches die Neuausrichtung untersucht hat, kommt somit auch zu dem Ergebnis, dass wir den Anteil der umworbenen Zielgruppen deutlich steigern konnten. Es wurden aber auch „Auflösungserscheinungen“ ausgemacht. Genau das gilt es doch zu verhindern. Die Tagungs- und Geschäftsreisenden passen hervorragend in die Zielgruppenstrategie - auch der Minister hat das erwähnt -, die sich eigentlich am Erholungsurlaub orientiert. Davon wiederum profitieren sowohl unsere großen als auch unsere kleinen Städte. Die kamen aber in der bisherigen Strategie nicht vor.

Wofür wir als Tourismusland Schleswig-Holstein stehen, das wird auch die Debatte um das Thema „**Dachmarke Schleswig-Holstein**“ zeigen. Ich finde Ihre Ansätze und Gedanken dazu wirklich mutig, Herr Minister. Sie sind auf dem Tourismustag mit großem Beifall aufgenommen worden. Jetzt geht es darum, das Bewährte fortzusetzen und das, was nicht gut gelaufen ist, nachzujustieren: Dazu haben Sie heute eine Menge gesagt, Herr Minister. Ich wünsche uns allen, dass wir diesen Schwung mitnehmen und mit den Akteuren gemeinsam darüber diskutieren. Ich verweise auf all Ihre Gedanken, die Sie dazu auch auf dem Tourismustag vorgetragen haben. Eigentlich möchte ich dazu nur die „Lübecker Nachrichten“ zitieren, die am Tag nach dem Tourismustag kommentierten: „Mensch Meyer, klasse!“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hartmut Hamerich.

Hartmut Hamerich [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, erst einmal herzlichen Dank für den Bericht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Danke!)

Ganz viel Neues hat er uns, die wir am Tourismustag in Damp dabei waren, nicht gebracht, aber sicherlich dem Plenum hier.

Eines zum Anfang: Der Grundtenor, die **Einigkeit über Parteigrenzen** hinweg hat bislang bei den tourismuspolitischen Sprechern der Fraktionen immer bestanden. Ich glaube auch nicht, dass sich das grundlegend ändern wird, weil die Wichtigkeit des Tourismus als Wirtschaftsfaktor für dieses Land allen Parteien wohl bewusst ist.

Als die Große Koalition 2005 Rot-Grün abgelöst hat, war die Situation im Tourismus bei uns in Schleswig-Holstein in fast allen Bereichen besorgniserregend. Der von Rot-Grün propagierte sanfte Tourismus als Aushängeschild unter einer Dachmarke war nichts anderes als das Eingeständnis kläglichen Scheiterns. Es gab keine Ideen, es gab keine Konzepte.

Das wurde geändert: Seit 2005 sind über 200 Millionen € in die Entwicklung der touristischen Infrastruktur wie Seebrücken, Strandpromenaden et cetera geflossen. Wir haben die Qualität der touristischen Infrastruktur und das Ansiedlungsmanagement verbessert.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Wir sind damals aus gutem Grund vom Themenmarketing auf ein Zielgruppenmarketing umgestiegen. Sicherlich ist da etwas nachzujustieren. Das ist auch uns bewusst. Wir haben das Thema Barrierefreiheit nach vorn gebracht. 2005 fanden rund 22 Millionen Übernachtungen in den größeren Beherbergungsstätten des Landes und auf Campingplätzen statt. Im Jahr 2011 waren es 24,5 Millionen Übernachtungen. Das ist eine jährliche Steigerung - krisenunabhängig - von 1,5 %. Das ist unsere Bilanz nach sechs erfolgreichen Jahren der Umsetzung der **Tourismusstrategie**.

(Hartmut Hamerich)

Das alles haben wir erreicht, weil auch die **TASH** 2005 als Anschubfinanzierung mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet wurde. Wir haben im Ergebnis das Marketing auf solide Füße gestellt. Die TASH schwebt aber auch heute - also ein Jahrzehnt später - nicht im luftleeren Raum. Der Landeshaushalt steht nach wie vor vor harten Spareinschnitten zur Konsolidierung. Deshalb war die von der alten Landesregierung geplante Zurückführung auf einen Sockelbetrag ab 2015 grundsätzlich richtig. Als Touristiker freue ich mich natürlich über die Zusage des Landes über circa 1,5 Millionen € Finanzierung für die TASH.

(Lars Harms [SSW]: Hättet ihr auch machen können!)

- Lieber Kollege Harms, ich bin aber auch auf die Zauberkünste dieser Landesregierung gespannt, wie sie dieses frische Schuldengeld dauerhaft bei der Einhaltung der Schuldenbremse bereitstellen will.

(Serpil Midyatli [SPD]: Weihnachten passieren immer Wunder!)

- Weihnachten passieren immer Wunder, Frau Kollegin. Darauf warten wir dann herzlich gern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem, was Sie als **Tourismusstrategie** hier feiern, stellen die gleichen Leute **alte „Kampfbegriffe“** des schleswig-holsteinischen Tourismus gegenüber. Da wird laut über Tourismusabgaben, Bettensteuer, Öffnungsverbote an Sonntagen und die Wiederbelebung der alten Dachmarkenstrategie nachgedacht. Das hatten wir alles schon einmal.

Meine sehr verehrten Damen und Herren aus der regierungstragenden Koalition, das Einzige, was diese Koalition bis jetzt durch ihre Politik der Ankündigung von Grausamkeiten erreicht hat, ist eine tiefe Verunsicherung in den touristischen Orten. Die Beschäftigten haben Angst um ihre Arbeitsplätze, die Touristen sind verunsichert, weil sie nicht wissen, ob sie nun Gäste oder Melkkühe bei uns sind. Kurz, diese Koalition benimmt sich wie eine Herde Elefanten im Porzellanladen und versucht dann, den Leuten weiszumachen, dass alles gut wird in Schleswig-Holstein, wenn nun endlich die Dachmarke kommt.

(Lachen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ihre Sensibilität ist sprichwörtlich! - Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Koalition versteht unter einer Dachmarke nichts anderes als ein einheitliches und **zentral organisiertes Marketing** für Schleswig-Holstein, und

das zulasten der TMO und LTO. Dazu kann ich nur klar sagen: Es wäre weder vernünftig, noch würde es den Zielen des Tourismus im Land entsprechen, wenn die touristischen Bedürfnisse zentral erfüllt würden. Es geht Ihnen einzig und allein darum, all das zurückzunehmen, was Schwarz-Gelb hier in Schleswig-Holstein umgesetzt hat.

Für die CDU machen gerade unsere **diversen Eigenheiten** Schleswig-Holstein so außergewöhnlich reich. Da stellt sich doch dann die Frage: Verarmt Schleswig-Holstein im Auge möglicher Urlauber nicht, stülpt man über seine **Vielfalt** das Dach einer Marke und versucht, es mit ein paar mehr oder weniger schlagenden Begriffen zu charakterisieren?

Herr Minister Meyer, Sie werden nicht müde zu behaupten, dass man von Mecklenburg-Vorpommern bei der Dachmarkenentwicklung lernen könne. Wenn ich bei Google eingebe „Mecklenburg Urlaub“ oder „Mecklenburg Hotel“, dann wird weit und breit keine Dachmarke „MV tut gut“ sichtbar. Wenn ich dasselbe hingegen für Schleswig-Holstein eingebe, komme ich direkt zur „sh-tourismus“-Seite und der Wahrheit näher. Die Marke Schleswig-Holstein gibt es längst, und zwar soweit das Auge reicht. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und schließe meinen Vortrag.

(Beifall CDU und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Dr. Andreas Tietze.

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Tourismus ist der **stärkste Wirtschaftsfaktor** Schleswig-Holsteins mit fast 8 Milliarden € Umsatz im Jahr 2011. Was mir besonders gefällt: Die Wertschöpfungskette im Tourismus sichert Arbeitsplätze vor Ort, denn Tourismuswirtschaft lässt sich nicht exportieren.

Im **November 2006** beschloss die damalige Landesregierung die Neuausrichtung des Tourismus. Der Grund war: Schleswig-Holstein fiel hinter Bayern, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern zurück. Es fehlte eine **landesweite Strategie**. Das Neue an der Neuausrichtung war Zielgruppenmarketing: Familien, anspruchsvolle Genießer und Best Ager standen im Fokus.

(Dr. Andreas Tietze)

Es wurde auch eine **Evaluierung** der Zielerreichung und Ableitung von Handlungsempfehlungen der Neuausrichtung beschlossen. Man muss sagen, dass es eine gute Entscheidung war, dass man etwas auf den Weg gab und man sich auch noch einmal selbst prüfen und evaluieren wollte, ob es auch wirklich so gut ist, wie man denkt. Die Gutachter führten die Erhebungen zwischen Oktober und Dezember 2011 durch. Am 20. Dezember 2011 fand die Präsentation der Zwischenergebnisse statt. Ende Januar 2012 wurde der Ergebnisbericht an das Ministerium - damals verantwortlich der Minister Jost de Jager - gesendet.

Ich frage mich, warum der Bericht erst jetzt, ein Jahr später - ich möchte mich ausdrücklich bedanken, dass Sie das jetzt dem Parlament vorlegen -, vorgelegt wird.

(Regina Poersch [SPD]: Gute Frage!)

Ich finde es wenig souverän von der Vorgängerregierung, wenn man den beschlossenen Evaluationsauftrag nicht ernst nimmt.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwischen 2006 und 2012 fielen Gesamtkosten von 10 Millionen € für die Neuausrichtung an, hinzu kamen ungefähr 8 Millionen € Fördermittel. Das Investitionsvolumen in die öffentliche Infrastruktur betrug 81,6 Millionen €, das Investitionsvolumen der einzelbetrieblichen Förderung immerhin 232 Millionen €. Dadurch kam es zu reichlich Mitnahmeeffekten.

Ich muss dem Kollegen Hartmut Hamerich auf die Sprünge helfen, weil er einen blinden Fleck in seiner Rede hat erkennen lassen: Wenn wir von den berühmten Leuchttürmen reden, die gefördert wurden, kann ich als Sylter sagen: Es gibt ein Desaster auf meiner Insel - in Keitum -, an dem ich oft vorbeifahre. Das ist ein Mahnmal, wie man es eben nicht macht: die **Keitum-Therme**, ein PPP-Modell. Da wurden fast 13 Millionen € in den Sand gesetzt - völlig versemelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Wer hat den Antrag gestellt?)

Das ist ein Beispiel völlig verirrter **Tourismusförderung** und auch ein Beispiel, wie Heuschrecken, die an diesen Modellen partizipieren, Gelder abzocken, sich die Taschen vollstopfen. Die Einzigen, die daran verdient haben, waren die Anwälte in Deutschland und New York, die diese Gutachten und Verträge ausgearbeitet haben.

Der Bericht sagt, die **touristischen Leitprojekte** seien nicht gut umgesetzt worden. Ein Beispiel: Leitprojekt Informationspolitik. Das wurde nach 2009 abgebrochen. Das Leitprojekt Tourismus-Fachinformation war sehr teuer und wurde wenig genutzt. Es wurde zu wenig Personal eingesetzt für die Umsetzung des Handlungskonzeptes. Wir lesen in dem Gutachten auch, der Prozess sei ins Stocken geraten. Der Gutachter konzidiert Stillstand und Frustration bei den Akteuren. Es fehlen Kriterien für die Bewertung der Ziele.

Ich komme also auf meine Ausgangsfrage zurück, warum wir so lange darauf haben warten müssen. Ich kann es verstehen: Vor der Wahl wollten Sie das nicht gern präsentieren. Sie hätten nämlich als CDU/FDP-Regierung Ihr Komplettversagen in der Tourismuspolitik erklären müssen.

(Beifall SPD - Christopher Vogt [FDP]: Ach, Herr Tietze, das ist doch harte Polemik!)

Statt einer Lernkurve, die ich gut fände, kann man nur Lernversagen feststellen. In der Schule würde man sagen: Setzen, Sechs! Ich stelle fest: Im Land besteht nach wie vor ein erheblicher Nachholbedarf. Leitprojekte sind nicht abgeschlossen. Das Ministerium ist gefordert.

Meine Fraktion möchte, dass dieses Urlaubsland ein starkes Urlaubsland für einen **nachhaltigen Tourismus** wird - ökonomisch, ökologisch und soziokulturell. Dieser Dreiklang ist uns wichtig. Wir wollen auch die Förderprogramme strategisch darauf ausrichten. Wir sagen, dass das eine Riesenchance für Schleswig-Holstein, ein wichtiger Baustein für einen Green New Deal und im Übrigen eine große Chance für die Modellregion Schleswig-Holstein ist, denn der Urlaub fängt tatsächlich schon an der Haustür mit einer klimafreundlichen Reise an.

Wir wollen auch ein **ganzheitliches Tourismuskonzept**. Ich weise auf die Zielgruppe der LOHAS hin, Lifestyle of Health and Sustainability - mittlerweile 15 Millionen Deutsche -, die in ihrem Urlaub Nachhaltigkeit, Entschleunigung suchen und im Übrigen ein hohes finanzielles Potenzial haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Wir brauchen mehr LOHAS!)

Wir wollen eine **dialogorientierte Weiterentwicklung**. Wir setzen auf einen neuen Politikstil. Wir werden diese Branche nicht so vor den Kopf stoßen, wie Sie es getan haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Andreas Tietze)

Schleswig-Holstein wird sich unter unserer Regierung zum Nachhaltigkeitsurlandsland Nummer 1 entwickeln.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ach, Quatsch!)

Für uns steht eine kluge **Förderpolitik** im Mittelpunkt. Es wird jetzt wichtig sein, die Fehler, die Sie gemacht haben, zu korrigieren, weg mit Leuchttürmen und Gieskannen, hin zu einer nachhaltigen Förderpolitik, bessere, vor allem strategische Ziele, vor allem Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Energieeffizienz, Ressourceneffizienz - all diese Dinge müssen strategisch gebündelt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Erziehungsurlaub!)

Deshalb sagen wir auch: Es ist die Aufgabe unserer Koalition, die erfolgreichen Prämissen für die Tourismuswirtschaft im 21. Jahrhundert zu finden und auszurichten. Deshalb sagen wir Ihnen auch: Wir werden vieles anders machen, als Sie es gemacht haben, aber vor allem werden wir es besser machen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auf diesem Weg wird meine Fraktion Sie, Herr Meyer, solidarisch unterstützen. Aber seien Sie sicher, wir werden auch im Sinne eines grünen Kakthus in der Tourismuspolitik manchmal stechen, wenn es nicht so läuft, wie wir es uns im Sinne der Nachhaltigkeit vorstellen.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abgeordneten Christopher Vogt?

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr gern.

Christopher Vogt [FDP]: Vielen Dank, Herr Kollege.

Meine Redezeit ist eh abgelaufen.

- Ich gebe Ihnen Verlängerung, weil es bisher so schön war.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Was war daran schön?)

- Ich bin später reingekommen; es tut mir leid. - Herr Kollege Dr. Tietze, Sie haben gesagt, Sie wollen die Tourismuswirtschaft massiv unterstützen. Das freut mich zu hö-

ren. Wie wollen Sie denn die Tourismuswirtschaft bei der Frage der **Bäderregelung** konkret unterstützen?

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Auf Sylt bleiben die Geschäfte offen!)

- Ich bin der Auffassung, dass es immer mehr Menschen gibt, die gerade deshalb unser Urlaubsland Schleswig-Holstein aufsuchen, weil sie Entschleunigung suchen, weil sie Ruhe suchen.

(Oliver Kumbartzky [FDP]: Die müssen nicht einkaufen gehen!)

Wenn Sie mich auf die **Sonntagsruhe** ansprechen, sage ich: Wir werden das **Ausnahme-Regel-Verhältnis** in einen vernünftigen Bezug bringen. Es ist besser, wir entscheiden in der Politik auf Augenhöhe mit den Akteuren, als dass Gerichte entscheiden. Wir wissen, dass der Sonntag verfassungsrechtlich geschützt ist. Wir wissen nicht, was bei Gerichtsentscheidungen herauskommt, gegebenenfalls sogar eine schlechtere Regelung als die, die wir haben, oder das, was jetzt in Mecklenburg-Vorpommern durch das dortige Verfassungsgericht entschieden worden ist.

Ich sage Ihnen: Wir setzen auf **Dialog**. Das ist ein neuer politischer Stil. Wir sind auch auf der Auffassung, dass wir das ausbalancieren können. Wir brauchen ein Ausnahme-Regel-Verhältnis, das Bestand hat, das vielleicht auch länger als nur fünf oder zehn Jahre Bestand hat, um gerade den Akteuren Sicherheit zu geben. Ich bin mir sehr sicher, dass wir diesen Ausgleich finden werden, dass dieser Dialog erfolgreich sein wird. Deshalb wird unsere Politik an diesem Punkt erfolgreicher sein als Ihre Politik. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir Kursteilnehmer der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein und eine weitere Gruppe der Ernst-Barlach-Gemeinschaftsschule Wedel auf der Besuchertribüne. - Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Abgeordneter Oliver Kumbartzky.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke auch ich ganz herzlich für den Be-

(Oliver Kumbartzky)

richt. Ich freue mich, dass wir heute über das Thema Tourismus diskutieren. Herr Minister, Sie werden feststellen, dass wir auch beim Thema Tourismus enger beieinander liegen, als Sie vielleicht ursprünglich gedacht haben.

Liebe Freunde von der Koalition, in Ihrer Richtung will ich zunächst einmal sagen, dass ich mich darüber freue, dass Sie sich in Ihrem Koalitionsvertrag in Sachen **TASH-Finanzierung** im FDP-Wahlprogramm bedient haben.

(Beifall FDP und vereinzelt Lachen SPD)

- Es ist ja so. Dafür bedanke ich mich. Das war eine weise und richtige Entscheidung.

(Serpil Midyatli [SPD]: Wir kündigen nicht nur an, wir setzen auch um, was wir ankündigen!)

- Wir unterstützen Sie gern dabei. Das sage ich auch ganz klar.

(Vereinzelter Beifall FDP)

Auch für uns ist das Papier „TASH Optimierte“, vom Wirtschaftsministerium und Touristikern erarbeitet, der richtige Weg. Deswegen unterstützen wir auch in den Haushaltsberatungen die Punkte zur TASH-Finanzierung.

(Beifall Serpil Midyatli [SPD] und Regina Poersch [SPD])

Wir tun das ohne Bauchschmerzen und ohne schlechtes Gewissen. Ich weiss, dass es den Kollegen von Grünen und SSW durchaus anders gehen wird. Noch vor der Wahl haben die Grünen gesagt, 500.000 € seien auskömmlich. Der SSW war sogar so dreist, den Touristikern 2,6 Millionen € zu versprechen.

(Lars Harms [SSW]: Ihr wolltet gar nichts geben!)

In den Koalitionsverhandlungen haben Sie dann wahrscheinlich andere Prioritäten gesetzt und ziehen sich nun auf eine andere Forderung zurück.

Wie dem auch sei, das **Tourismuskonzept**, dessen Zielrichtung die FDP teilt, ist mit neuer Dynamik zu versehen und aktiv weiterzuentwickeln. Wir begrüßen, dass eine Zwischenevaluation über die Umsetzung der Leitprojekte initiiert wurde. Und wir begrüßen auch, dass die Ergebnisse der Öffentlichkeit endlich zugänglich gemacht worden sind.

Aus den Ergebnissen lassen sich weitergehende Schritte und Konkretisierungen ableiten, die umgesetzt werden müssen. Bei diesem Punkt hätte ich

mir, Herr Minister - bei allem Lob, das ich sonst für Sie habe - konkretere Worte in Ihrer Rede zum **Umsetzungsmanagement** gewünscht. Wir fordern Sie auf, zügig ein echtes Umsetzungsmanagement zu installieren, das die Ergebnisse der Zwischenevaluation bewertet und diese dann in einem weiteren Schritt entsprechend implementiert. Wir möchten, dass künftig alle Akteure, auch die LTO, in den Prozess der Umsetzung umfassend eingebunden werden. Das Umsetzungskonzept könnte man beispielsweise direkt beim Tourismusverband ansiedeln.

In den kommenden Jahren sollten die Schwerpunkte auf den Bereichen **Qualität und Qualifizierung** sowie der Verbesserung der touristischen Infrastruktur liegen. Hierbei sind die in dem Tourismuskonzept 2007 und in den regionalen Tourismuskonzepten definierten Zielgruppen besonders zu betrachten. Des Weiteren spielt natürlich die wachsende Gruppe der Tagesausflügler eine ganz wichtige Rolle. Auch das Thema Gesundheitstourismus ist immens wichtig, wie auch der Wochenend- und Jugendtourismus.

Was ich Ihnen noch ans Herz legen möchte, Herr Minister, ist die **ressortübergreifende Zusammenarbeit** in der Landesregierung. Diese muss optimiert werden. Das Tourismusreferat im Wirtschaftsministerium muss aus unserer Sicht als Schaltzentrale agieren. - Ich sehe, Sie sitzen schon neben dem Richtigen und klären das wahrscheinlich gerade. Sämtliche touristische Maßnahmen sollten im Tourismusreferat abgestimmt werden.

Damit kommen wir zu dem ganz wichtigen Punkt der Bündelung der unterschiedlichen **Etatansätze** für die Tourismusförderung. Meine lieben Damen und Herren von der Koalition, ich bin gespannt, wie Sie folgenden Satz aus Ihrem Koalitionsvertrag umsetzen werden:

„Hierfür wird das touristische Marketing mit dem Regionalmarketing aus dem Bereich Landwirtschaft sowie die Marketingmittel aus dem Kulturtourismus unter dem Dach der TASH zusammengelegt.“

Schau ich mir den Haushaltsentwurf an, stelle ich fest, das ist noch nicht umgesetzt. Ich nehme aber an, dass wir in den weiteren Beratungen des Finanzausschusses sehen werden, wie Sie das umsetzen werden.

(Christopher Vogt [FDP]: Das glaube ich nicht!)

(Oliver Kumbartzky)

Meine Damen und Herren, zum Thema Marke möchte ich noch sagen, dass sich die **Marke SchleswigHolstein** nicht in wenigen Jahren auf-beziehungsweise ausbauen lässt. Wir reden über einen dauerhaften Prozess, welcher grundsätzlich nie beendet wird, sondern permanenter neuer Aktivitäten bedarf.

Bis zum Jahr 2020 können wichtige Schritte auf dem Weg zur Markenbildung erreicht werden. Die übergeordnete Botschaft dieser Marke muss unserer Meinung nach sein: Schleswig-Holstein - das Land zwischen den Meeren - kann mehr. Schleswig-Holstein bietet mehr als klassischen Urlaub, wir reden über Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle bei neuen Produkten und neuen Qualitätsstandards.

Herr Minister Meyer, auf Ihnen liegen große Hoffnungen der Tourismusbranche, das wissen Sie. Wir werden Sie nach besten Kräften unterstützen. Ich hoffe inständig, dass Sie auch bei Punkten wie der **Bäderregelung** den Koalitionsvertrag, auf dem Ihr Handeln fußt, wie Sie immer sagen, ebenso neu geschickt interpretieren, wie Sie das beim ÖPNV und der A 20 getan haben. Dann wären wir auf einem guten Weg. Liberale Öffnungszeiten nämlich spielen eine immens wichtige Rolle - genauso wie die **Infrastruktur**. Deswegen brauchen wir schnell den Ausbau der A 20, den Ausbau der B 5. Denn Schleswig-Holstein kann wirklich mehr. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Johannes Callsen [CDU])

Präsident Klaus Schlie:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, begrüßen Sie gemeinsam mit mir auf der Besuchertribüne die Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes, Frau Anke Schwitzer. - Frau Schwitzer, im Namen des gesamten Hauses gratuliere ich Ihnen ganz herzlich zu Ihrem heutigen runden Geburtstag. Alles Gute!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat deren Vorsitzender, Herr Abgeordneter Dr. Patrik Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch bei dem Thema Tourismus ist es gut, dass wir PIRATEN einen kritischen Blick sowohl auf die Aktivitäten der alten wie auch der neuen Landesregierung werfen können, ohne Rücksicht nehmen zu müssen auf Große Koalitionen und frühere oder ak-

tuelle Regierungsbeteiligungen. Das ist gerade beim Thema Tourismus auch nötig.

(Christopher Vogt [FDP]: Das wird auch in Zukunft so bleiben!)

Denn die Bilanz ist durchwachsen. Herr Minister, Sie haben vieles Richtige gesagt. Was die **Bedeutung** des **Tourismus** für Schleswig-Holstein angeht, will ich ergänzen: Die regionale Bedeutung ist teilweise sehr viel höher als die genannten 6 %. An der Westküste haben wir zum Beispiel 37,5 % des Volkseinkommens, das sich aus dem Tourismus schöpft, auf den Inseln liegt es sogar bei einer Größenordnung von 80 bis 90 %.

Richtig ist aber auch, dass wir im Vergleich zu anderen Bundesländern zurückliegen. Deshalb müssen wir über die **Ausrichtung** der **Landesaktivitäten** streiten. Sie haben es angesprochen, auch über die **Strukturen** müssen wir streiten. Das Gutachten sagt ganz klar, was ich unterstreichen will: Es fehlen verbindliche Vereinbarungen zur **Aufgabenteilung** zwischen TASH und Tourismusverband einerseits und den lokalen Organisationen und dem Tourismusverband andererseits. Wer ist eigentlich für den Vertrieb zuständig? Wer ist für welche Märkte zuständig? Dieses **Vier-Ebenen-Modell**, bestehend aus örtlicher Organisation, lokaler Organisation, Tourismusverband und Tourismusagentur, ist für ein kleines Bundesland wie Schleswig-Holstein kaum zukunftsfähig. Deshalb könnte das optimierte Konzept der TASH in der Tat eine Lösung sein. Diese wird jedoch offensichtlich auf die lange Bank geschoben. Wenn ich Sie heute richtig verstehe, dann wird dieses Konzept dann, wenn Sie von einer dauerhaften Förderung in gleicher Höhe sprechen, überhaupt nicht mehr umgesetzt. Dies kann unter dem Gesichtspunkt der Strukturen nicht die richtige Lösung sein.

Ein weiteres Problem besteht bei den **Inhalten** der **Tourismusförderung**. Sie haben richtig gesagt, dass der Start mit einem **Gutachten**, das bei einer Beratungsfirma in Auftrag gegeben wurde, die vorher im Auswahlverfahren aussortiert worden war, unglücklich war. Ich frage mich: Welchen Sinn macht die Auswahl dann überhaupt? - Aber auch innerhalb der Leitprojekte wurden Gutachten an ein Unternehmen vergeben, bei dem personelle Verflechtungen der Entscheidungsträger bestanden. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Vergaberecht. So geht das nicht.

Es gab erfolgreiche Projekte, es gab aber auch erfolglose Projekte wie zum Beispiel das Ansiedlungsmanagement. An dieser Stelle möchte ich un-

(Dr. Patrick Breyer)

terstreichen, was die Gutachter uns ganz klar ins Stammbuch geschrieben haben: Die Projekte sollten in ihrem definierten Leistungs- und Aufgabenspektrum so angelegt werden, dass am Ende der Förderperiode ein konkretes Ergebnis erzielt und die Maßnahme abgeschlossen werden kann. Es sollten keine Folgekosten entstehen. Strukturen und Netzwerke sind sinnvoll, dürfen vom Land aber nur eine Startfinanzierung benötigen. In diesen Fällen muss es von Beginn an Bestandteil des Aufgabekatalogs sein, eine **von Landesförderung unabhängige Fortsetzung** der Aktivitäten zu gewährleisten. Das gilt zum Beispiel für Projekte wie das Gastronomiekonzept, das Designkontor oder Servicequalität Deutschland. All das sind Dinge, die sich selbst tragen müssen, zum Beispiel aus Zertifizierungsgebühren. Das ist im Moment noch nicht der Fall.

Es wurde ebenfalls richtig gesagt: Wichtige Themen sind noch nicht Gegenstand dieser bisherigen Strategie gewesen. Ein Beispiel dafür ist nachhaltiger Tourismus, dieser umfasst nicht nur Naturtourismus. Dazu gehört aber auch der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf den Tourismus. Die Zielgruppen wie Städtetouristen, Geschäftsreisende oder auch jugendliche Gäste sind bisher noch nicht berücksichtigt worden. Auch das ist bereits gesagt worden.

In einem Punkt bin ich ganz bei den Kollegen von der CDU: Nicht überzeugt hat mich die Idee einer übergreifenden **Dachmarke** für Tourismus und Wirtschaft. Hier wurde kein Konzept vorgelegt, das den Mehrwert wirklich darlegen würde. Es gibt andere Ideen, die ich interessant finde, zum Beispiel, die **Marke** Schleswig-Holstein auf **Produkten aus der Region** anzubringen. Das ist bisher aber leider noch nicht aufgegriffen worden.

Herr Dr. Tietze, Sie haben es kurz angerissen: Auch im Tourismusbereich muss gelten, dass wir eine **Stärkung von Strukturen** statt eine **Subventionierung einzelner Betriebe** brauchen. Bäder oder gar Ruinen in die Landschaft zu setzen, bringt uns im Zusammenhang mit dem Tourismus nicht weiter. Hier steht die Umsetzung des Koalitionsvertrags leider genauso aus wie in anderen Bereichen. Ich sehe nämlich nicht, dass auf die einzelbetriebliche Förderung verzichtet werden soll.

Es wurde schon gesagt: Die Einschränkung der **Bäderregelung** ist nun wirklich das Gegenteil von einer Tourismusförderung.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Herr Minister, mit Ihnen haben wir jetzt einen Fachmann am Ruder. Damit sind natürlich sehr große Erwartungen verknüpft. Wir PIRATEN werden Sie konstruktiv, aber auch kritisch begleiten, denn zu einem gut abgestimmten und nachhaltig tragfähigen Tourismuskonzept, wie es Schleswig-Holstein als Urlaubsland braucht und verdient, ist es doch noch ein weiter Weg.

(Beifall PIRATEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Für die Abgeordneten des SSW hat Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Entscheidung war seinerzeit richtig, durch ein Gutachten zu ermitteln, welche Kundengruppen für uns als Tourismusland besonders interessant sind und wie die Strukturen in der Tourismusbranche geändert werden müssen. Es geht darum, herauszukristallisieren, was der potenzielle Gast will und erwartet, wenn er hier im Land seinen Urlaub verbringt, und darum, dem Gast möglichst viele seiner Wünsche zu erfüllen. Der Tourismus ist eben ein genauso knallhartes Geschäft wie jeder andere Wirtschaftszweig auch. Deshalb müssen wir hier professionell handeln und unsere Kräfte und unsere finanziellen Mittel bündeln.

Daher sind die Ergebnisse und die Schlussfolgerungen, die das **Berger-Gutachten** für unser Land zieht, richtig. Wir müssen uns um die Hauptzielgruppen kümmern und die Strukturen im Land auf neue Beine stellen; wohl wissend, dass wir noch sehr dicke Bretter zu bohren haben.

Doch jedes Gutachten wird zum Selbstzweck, wenn es keine **Evaluation der Maßnahmen** nach sich zieht. Daher ist es gut, dass wir uns heute endlich mit dem Gutachten zur Evaluierung befassen. In dem Gutachten ist nachzulesen, dass der Abgleich zwischen den messbaren Zielvorgaben und dem tatsächlich erreichten Stand teilweise zu einem positiven Ergebnis kommt. Die angestrebten Veränderungen bei den Kennzahlen sind überwiegend eingetreten. Das Gutachten macht deutlich, wo positive Effekte und Erfolge zu verzeichnen sind.

Es geht aber auch deutlich aus dem Gutachten hervor, dass in vielen Bereichen noch nachjustiert werden muss. Trotz der Erfolge gibt es immer noch Bereiche, in denen die Ziele nicht erreicht wurden.

(Flemming Meyer)

Dies gilt beispielsweise für die Tourismusstrukturen oder die Strukturierung und Transparenz der tourismusbezogenen Förderpolitik. In vielen dieser Bereiche sieht der Gutachter weiteren Handlungsbedarf. Dieser Handlungsbedarf lässt sich jedoch nur mit entsprechenden Mitteln bewältigen.

(Beifall SSW)

Dies wird in Zukunft schwer genug. Daher ist es umso erfreulicher für Schleswig-Holstein und für den Tourismus hier im Land, dass sich diese Koalition klar zur TASH bekennt und sie wieder auf dem Stand von 2012 fördert.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Angesichts der **Neuausrichtung der TASH** ist die TASH, was den Aufgabenumfang und die Personalausstattung angeht, erheblich angewachsen. Eine Verringerung der Fördermittel würde den Neuausrichtungsprozess und die Erfüllung der Aufgaben mehr als nur gefährden. Erreichte Erfolge würden zur Disposition gestellt und einem Rückschritt gleichkommen. Die TASH ist nicht nur eine Buchungsplattform oder eine Organisation, bei der man Informationen über Schleswig-Holstein erhalten kann. Sie ist viel mehr. Sie ist die wichtigste Tourismusmarketingorganisation, die wir haben. Natürlich muss es auf örtlicher und subregionaler Ebene Werbung und Quartiervermittlung geben. Wenn wir aber wirklich überregional und womöglich im Ausland mitreden wollen, dann müssen wir die TASH stärken. Hier haben wir das Know how, um dort Erfolg zu haben, wo örtliche und subregionale Werbung nichts bewirken können. Daher nochmals: Es ist gut und richtig, dass wir den Zuschuss für die TASH erhalten.

In diesem Zusammenhang ist auch die **Dachmarkenstrategie** zu sehen. Es ist wichtig, Schleswig-Holstein unter einer Dachmarke zu führen und nach außen einheitlich zu präsentieren. Die dafür bereitgestellten Mittel sind sehr gut angelegt.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Wenn du wüsstest, worüber du redest!)

- Das weiß ich. - Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, dass die Neuausrichtung des Tourismus in Schleswig-Holstein mit großem Erfolg dazu beigetragen hat, dass die Tourismusbranche nach außen allgemein mehr Aufmerksamkeit und Anerkennung bekam. Es wurden uns aber auch Hausaufgaben ins Buch geschrieben. So werden Handlungsempfehlungen aufgezeigt und ein Acht-Punkte-Programm zur Neuausrichtung vorgestellt.

Auch wenn es nicht einfach wird, dies alles umzusetzen, so sehen wir die Neuausrichtung des Tourismus in Schleswig-Holstein in guten Händen, denn der Tourismus in Schleswig-Holstein hat einen erfahrenen Tourismusminister bekommen. Darüber sind wir sehr froh.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Gemäß § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erhält Frau Abgeordnete Regina Poersch von der SPD-Fraktion zu einem Dreiminutenbeitrag das Wort.

Regina Poersch [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrter Herr Kollege Hammerich! Jetzt sitzen Sie hinter mir im Präsidium. Das ist ein bisschen schwierig. Wenn ich jetzt trotzdem in den Saal hineinrede, dann richtet sich das auch an Sie.

Ich habe es sehr schade gefunden, dass Sie mit Ihrem Beitrag ein Stück weit das aufgekündigt haben, was wir in den letzten Jahren gemeinsam und mit gemeinsamem Schwung sowie mit einem gemeinsamen Vorangehen für den Tourismus erreichen wollten. Wenn jetzt jemand die **Tourismusbranche verunsichert**, dann sind es leider Sie;

(Christopher Vogt [FDP]: Immer die anderen! Das ist doch klar!)

denn Sie haben Begriffe verwendet, die kein Mensch vonseiten der Regierung oder der Koalitionsfraktionen je in den Mund genommen hat. Ich tue es jetzt einmal und dann nie wieder: das sind „Bettensteuer“, „Öffnungsverbote“ und „Melkkühe“. Solche Begriffe werden Sie von der Koalition nicht hören, weil sie auch falsch sind.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben gestern die Weihnachtsfeier der SPD-Landtagsfraktion gehabt. Ich habe da über Melkkühe gelernt, dass man in Norwegen den Kühen für die Nachtruhe eine Matratze anbietet. Das ist in Norwegen gesetzlich geregelt. Um das Bild einmal auf Schleswig-Holstein und den Tourismus zu übertragen, ist die Koalition diejenige, die die Matratze mitbringt.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Christopher

(Regina Poersch)

Vogt [FDP]: Wer hat denn bei Ihnen das letzte Mal eine Matratze bekommen?)

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis zur **Tourismusagentur**. Die Tourismusagentur in Schleswig-Holstein ist seit dem Sommer 2010 mit nichts anderem beschäftigt gewesen als damit, die Nulllösung der Vorgängerregierung abzuwenden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jetzt bringen wir da mit einer soliden, verlässlichen und auskömmlichen Grundfinanzierung Ruhe hinein.

Ich freue mich natürlich über das Lob des Kollegen Kumbartzky und muss sagen: An der Stelle, Herr Kollege Hamerich, hätten Sie wirklich bei dem Kollegen Kumbartzky in die Lehre gehen können. Der hat nämlich konstruktive Vorschläge gemacht.

(Beifall SPD und FDP)

Wir kommen doch nur voran, wenn wir miteinander diskutieren, was wir aus der Evaluierung lernen wollen.

Nun vielleicht ein Satz zur **Bäderregelung**. Es geht darum, den Tourismus zu fördern und zwischen Sonntagsruhe, Öffnungszeiten und Tourismusförderung ein austariertes und gutes Gleichgewicht zu finden. Das ist die Aussage im Koalitionsvertrag, und daran arbeiten wir. Wo ist denn da ein Öffnungsverbot?

Wer sich auf dem Tourismustag bei einer Tasse Kaffee oder auch beim Snack mit den Tourismusakteuren, egal von welcher Ebene, unterhalten hat, hat eine ganze Menge Lob und Zuspruch erfahren. Die Menschen haben Lust, Tourismus in Schleswig-Holstein wieder mitzugestalten. Das sollten wir alle aus der heutigen Debatte mitnehmen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Oliver Kumbartzky [FDP])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat jetzt Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp von der CDU-Fraktion.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, ich bin enttäuscht von Ihrer Rede. Das wird Sie wahrscheinlich nicht wundern.

(Zurufe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW: Oh!)

- Ja, von Ihnen bin ich sowieso enttäuscht; darüber brauchen wir erst gar nicht zu diskutieren. Das hängt aber schon mit Ihrem Benehmen zusammen. Ich dagegen möchte jetzt einmal einen Dialog mit dem geschätzten Minister führen.

Herr Minister, Sie haben in keiner Weise darauf hingewiesen, dass der **Tourismus** der **größte Arbeitgeber** Schleswig-Holsteins ist. Alleine dieser Hinweis hätte zu einem Bericht des Tourismusministers gehört. Der Tourismus ist nämlich mit Abstand der größte Arbeitgeber in Schleswig-Holstein. Das ist der erste Punkt.

(Zuruf SPD: Hasta la vista!)

Jetzt diskutieren wir einmal über Inhalte. Vor 15 Jahren haben wir gemeinsam, Frau Poersch, das Thema **Dachmarke** Schleswig-Holstein aufgegeben, nämlich aus dem einfachen Grund, dass wir es nicht bezahlen können. Die Dachmarke Schleswig-Holstein hat mit zwei- bis dreistelligen Millionenbeträgen zu tun. Baden-Württemberg hat das einmal gemacht; Sie können sich sicherlich daran erinnern. Die haben Züge auf die Bahnhöfe gestellt mit Sprüchen wie diesem: „Es ist schön hier. Aber waren Sie schon einmal in Baden-Württemberg?“ Oder denken Sie an den Spruch: „Wir können alles, außer Hochdeutsch“. Das war die Dachmarken-Diskussion, die man geführt hat, mit der man in Schleswig-Holstein damals schon unter Rot-Grün angefangen hat. Allerdings hatte man damals noch auf den sogenannten sanften Tourismus gesetzt, der bedeutete: Eigentlich stören Touristen. Nicht anderes war damit gemeint.

Wenn Sie diese Diskussion jetzt wieder wollen, dann werden Ihnen die Touristiker sehr schnell die Freundschaft kündigen, die Sie noch haben. Eine Dachmarken-Diskussion in Schleswig-Holstein zu führen ist kontraproduktiv. Die drei großen Destinationen, die es in Deutschland in Verbindung mit Urlaub gibt, sind Alpen, Nordsee und Ostsee. Von diesen dreien haben wir zwei, wie Sie wissen. Nord- und Ostsee sind die großen Urlaubsdestinationen. Die stellen Sie jetzt infrage mit einer Dachmarken-Diskussion. Ich sage Ihnen: Sie haben weder das Geld noch den Rückhalt dafür, das ist falsch.

Ein zweites Thema, das für uns sehr wichtig ist, ist die Ferienregelung. Die Ferienregelung, die Sonntagsregelung, die **Öffnungsregelung** in den **Ferienorten**, die heute 90 Gemeinden für sich in Anspruch nehmen, das wollen Sie reduzieren.

(Hans-Jörn Arp)

(Zuruf Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN])

- Herr Tietze, Sie sind hier nicht als Präses der Kirche, sondern wir reden hier über **Wirtschaftspolitik**, und davon haben Sie nun wirklich gar keine Ahnung.

(Beifall CDU und FDP)

Herr Meyer, wir reden darüber, statt der 90 Gemeinden, die das für sich in Anspruch nehmen, statt der Unternehmer, die das für sich in Anspruch nehmen, am Ende nur 12 bis 15 Gemeinden oder Unternehmen noch das Recht dazu zu geben. Wer die anderen sind, können Sie doch gar nicht entscheiden. Was ist das für eine Arroganz von Ihnen! Das ist für mich unverständlich.

Dann kommen Sie auf die glorreiche Idee und sagen: Ja gut, mit alldem fangen wir an und führen jetzt auch noch eine **Tourismusabgabe** ein. Die Tourismusabgabe, die dann zukünftig von dem Apotheker, von dem Anwalt, von dem Kaufmann, von dem Handwerker in den Orten eingenommen wird, unter anderem auch von den Hotelunternehmern, und die Sie dazu verwenden wollen, zusätzliche Betriebe anzusiedeln, führt doch dazu, dass die dort bestehenden Unternehmen diejenigen fördern müssen, die als neue Konkurrenten von ihnen hinzukommen. Bei dieser Diskussion wünsche ich Ihnen viel Erfolg.

(Beifall CDU und FDP)

Gleichzeitig haben Sie in Ihrem Koalitionsvertrag gesagt, dass Sie die **einzelbetriebliche Förderung** abschaffen wollen. Wenn überhaupt irgendetwas einen Sinn ergeben hat, um den Wettbewerbsnachteil zu Mecklenburg-Vorpommern abzubauen, dann war das die Tatsache, dass wir Vier- und Fünf-Sterne-Betriebe in Schleswig-Holstein angesiedelt haben. Fragen Sie einmal Ihre Mitarbeiter. Ohne einzelbetriebliche Förderung wären die alle nicht nach Schleswig-Holstein gekommen. Wenn wir den Tourismus wirklich verbessern wollen, dann brauchen wir auch für diese Betriebe wieder die einzelbetriebliche Förderung. Wenn Sie darauf verzichten, werden Sie nicht einen Betrieb hinzugewinnen.

(Beifall CDU)

Diesen gemeinsamen Konsens, den es bisher parteiübergreifend zwischen Regierung und Opposition gab, haben Sie heute aufgekündigt mit all Ihren Ankündigungen. Viel Erfolg bei dem Irrweg, den Sie gehen wollen.

(Beifall CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Lars Harms vom SSW.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich noch einmal einen deutlichen Unterschied machen möchte zwischen dem, was die jetzige Koalition macht, und dem, was uns durch die alte Koalition drohte.

Der Kollege Hamerich hatte gerade eben wunderbar erklärt, wie toll doch Promenaden und so etwas gefördert worden sind. Das ist auch alles wunderbar, nur wäre da nie einer hingegangen, wenn wir kein **Marketing** gemacht hätten; es hätte nämlich nie einer erfahren, meine Damen und Herren, dass es hier so schöne Promenaden gibt.

(Beifall SSW und SPD)

Es war ein Kardinalfehler, überhaupt darüber nachzudenken, die **TASH** auf Null zu setzen und die TASH wirklich jahrelang damit zu beschäftigen, wie sie dieses Elend vermeiden kann. Das war eine Katastrophe.

Herr Minister Meyer hatte gerade eben noch einmal deutlich gemacht, zu was für einem Effekt das geführt hat. Der Effekt war nämlich, dass wir in Schleswig-Holstein jetzt schlechter dastehen als der Durchschnitt der Länder in der Bundesrepublik Deutschland - und das in einem Land, das wirklich vom Tourismus lebt. Es war eine Katastrophe, was hier in den letzten drei Jahren passiert ist.

(Beifall SSW und SPD)

Deswegen ist es wichtig, dass wir für diesen Zweck wieder 1,5 Millionen € in die Hand nehmen.

Zweitens die **Bäderregelung**. Man kann sich darüber mokieren, wie man will. Es gibt einen Verfassungsartikel, der die Sonntagsruhe vorschreibt, und den haben wir zu beachten. Wenn einer das nicht gut findet, dann kann er im Bundestag, wenn er denn dort vertreten ist - und die FDP ist da ja derzeit noch vertreten -, einen Antrag zur Änderung des Grundgesetzes stellen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wenn er denn dafür tatsächlich eine Mehrheit findet, dann haben wir eine andere Situation. Solange die Situation aber so ist, wie sie ist, und uns eine Klage mit wirklich katastrophalen Folgen droht, so lange ist es die Pflicht einer Regierung zu gucken,

(Lars Harms)

wie man die Kuh vom Eis kriegt, und zwar im Dialog mit den Kirchen und den Touristikern. Ich glaube, dass die Regierung insoweit genau auf dem richtigen Weg ist.

(Beifall SSW und SPD)

Dritter Punkt. Es ist richtig, dass wir **Zielgruppenmarketing** gemacht haben und weiterhin machen werden. Es ist natürlich auch klug zu gucken, wie man die Bereiche Natur, Kultur, Städtetourismus und Ähnliches in diesen Bereich einbaut. Auch dazu hat der Herr Minister schon vieles gesagt.

Es ist aber auch wichtig, dass wir tatsächlich eine **Dachmarke** bekommen, dass wir unser Land vermarkten. Das, was der Herr Minister mit seinen 500.000 € macht, ist ja erst der Anfang. Ich gebe Ihnen recht, lieber Herr Kollege Arp, dass das erst der Anfang ist, und dass das gern mehr sein kann.

(Beifall SSW und SPD)

Aber irgendwann muss man einmal den Anfang machen. Sie haben den Anfang nie gemacht. Sie haben es nie gewagt, überhaupt an solche Strukturen heranzugehen, sondern Sie haben sich immer weggeduckt, Sie haben immer gesagt, Sie wollten kein Geld ausgeben. Wenn wir jetzt einmal ein kleines bisschen Geld in die Hand nehmen, dann ist das für Sie schon wieder eine Katastrophe. Das ist es aber eben genau nicht. Es ist keine Katastrophe, sondern es ist wichtig, dass wir eine Dachmarke bekommen, und zwar nicht nur für den Tourismus, sondern für den gesamten Bereich Wirtschaft, wenn man so will, für das gesamte Land Schleswig-Holstein. Wir brauchen eine Dachmarke, wie es sie in anderen Bundesländern schon gibt. Insoweit macht der Minister jetzt den ersten Schritt, und genau das ist richtig.

(Beifall SSW und SPD)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer.

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schön, dass man fünf Minuten für einen solchen Bericht hat. Dass man da nicht alles hineinpacken kann, ist selbstverständlich. Auf dem Tourismustag war ein bisschen mehr Zeit. Herr Hamerich, Sie haben darauf hingewiesen. Ich habe sehr ausführlich

dazu Stellung genommen, was wir in den nächsten Jahren vorhaben.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das fanden die Leute klasse!)

Herr Arp, mitnichten habe ich die **Bedeutung des Tourismus** für die **Wirtschaft** in Schleswig-Holstein in irgendeiner Weise in Zweifel gezogen, ich habe auch auf die Arbeitsplätze hingewiesen. Dies zu unterstellen, ist wirklich ein starkes Stück.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber vielleicht noch drei Punkte, die mir wichtig sind. Erstens. Herr Kumbartzky, Sie haben danach gefragt, und ich will gern darauf antworten: Wir haben einen **Steuerungskreis im Tourismus**, wo wir als Wirtschaftsministerium mit den wichtigen Akteuren im Tourismus in einem kleinen Kreis zusammensitzen. Wir haben eine neue Runde, die wir auch schon mit der Evaluierung befasst haben, wo alle Akteure im Tourismus, vor allen Dingen die LTO-Mitglieder, dabei sind. Wir haben den Tourismustag. Wir haben auf dem Tourismustag gesagt, wir werden in verschiedenen themenspezifischen Workshops dieses Thema gemeinsam angehen. Man kann nur mit den Akteuren zusammen eine neue Strategie entwickeln.

Der zweite Punkt: **Tourismusabgabe**. Ich bin viel im Land unterwegs. Alle touristischen Akteure, vor allen Dingen auf der kommunalen Ebene, Herr Arp, fragen mich: Wann kommt die Tourismusabgabe? Dies geschieht vor dem Hintergrund der kommunalen Finanzlage. Wir brauchen dieses Instrument. Hören Sie sich um. Es wird kommen. Wir werden eine vernünftige Lösung zusammen mit dem Innenministerium finden.

Der dritte Punkt, der uns in der Tat ein Anliegen ist und mit dem wir uns ein bisschen länger befassen werden, ist der Prozess hin zu einer **Dachmarke**. Es geht um einen Anfang. Es geht nicht um eine wie in Baden-Württemberg, wo 7 Millionen € in eine solche Kampagne gesteckt werden. Das können wir gar nicht, das machen auch andere Länder nicht. Aber es geht um ein Bewusstsein für Schleswig-Holstein. Wir wollen Partner dafür gewinnen, dass wir gemeinsam für das Tourismusland, für das Urlaubsland Schleswig-Holstein werben. Ich will nicht die Ostsee oder die Nordsee als Marke verdammen. Aber wir wollen eine Ostsee Schleswig-Holstein, sie soll erkennbar sein, und ich will nicht eine Ostsee allgemein, wo der Kunde aus Bayern nicht genau weiß, ob er gerade in Mecklenburg-Vorpommern oder bei uns ist. Er soll zu uns kom-

(Minister Reinhard Meyer)

men. Das ist der Punkt, an dem wir die Marke schärfen müssen. Darum dieser Prozess.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, ganz zum Schluss erlauben Sie mir eine persönliche Bemerkung. Ich glaube, diese Debatte war doch keine Sternstunde der Gemeinsamkeit der Touristiker. Wir brauchen sie aber! Erlauben Sie die Bemerkung von jemandem, der von außen in dieses Land kommt: Ich glaube, die politische Kultur in Schleswig-Holstein braucht an den wichtigen Punkten, die uns wirklich alle interessieren, ein bisschen mehr Gemeinsamkeit. Ich werbe hier noch einmal dafür. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Klaus Schlie:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/356 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Ein Antrag ist nicht gestellt worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Übertragung des Tarifabschlusses für Beamte

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/331

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Da ich das letzte Mal gehört habe, dass Herr Kollege Dr. Stegner auf den Dokortitel so viel Wert legt, hatten wir Herrn Dr. Garg angekündigt. Aber ich hoffe, Sie sind auch mit mir zufrieden, Herr Dr. Stegner.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage es gleich vorweg. Die ersten Verlierer der finanzpolitisch falschen Prioritätensetzung von Rot-Grün-Blau sind die Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein. Ich prophezeie es, obwohl man schon seit der

Antike weiß, dass der Überbringer schlechter Nachrichten gesteinigt wird und nicht der Verursacher: Die Zahl der Verlierer dieser Politik wird in den kommenden Jahren exponentiell ansteigen. Wenn im Entwurf der Landesregierung in einem 9,6-Milliarden-€-Haushalt lediglich 5,3 Millionen €, durch die Nachschiebeliste, Frau Ministerin, jetzt 9,3 Millionen €, die **Grenze zur Verfassungswidrigkeit** ausmachen, dann wäre „unverantwortlich“ noch eine schmeichelhafte Beschreibung eines solchen Vorgehens. Dieser extrem schmale Grat bedeutet nämlich auch, dass jedes Tarifiergebnis für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, das über 1,5 % im Jahre 2013 hinausgeht, nicht mehr entsprechend finanziell unterlegt werden kann, ohne gegen die Verfassung zu verstoßen.

Die Landesregierung, Frau Ministerin Heinold, Herr Minister Breitner und der Ministerpräsident, haben also von vornherein eine Schlechterstellung der Beamtinnen und Beamten aus unserer Sicht in Kauf genommen. Sie haben von vornherein in Kauf genommen, dass die **zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifiergebnisses** für die **Beamtinnen und Beamten** in Schleswig-Holstein nicht vollzogen werden kann, denn jeder von ihnen konnte bei der Haushaltsaufstellung das Verhandlungsergebnis für die Bundesbeamten aus dem Frühjahr dieses Jahres, wonach die Bundesbediensteten allein für das Jahr 2012 eine Erhöhung von 3,3 % erhalten. Die aktuelle Forderung der Arbeitnehmerseite macht Ihre Planung von 1,5 % umso unrealistischer, und Sie wissen das auch.

In Kenntnis dieses Ergebnisses und der zu erwartenden Abschlüsse beim Tarifvertrag Länder haben Sie den Haushalt aufgestellt. Wenn der Ministerpräsident jetzt erklärt, man müsse erst einmal das **Verhandlungsergebnis** im kommenden Frühjahr abwarten, bis man über eine Übertragung sprechen könne, ändert das nichts an der Tatsache, dass Sie für alles, was über die eingestellten 1,5 % hinausgeht, schlicht kein Geld mehr haben. Das sollten Sie, Herr Ministerpräsident, dem DBB auch genau so sagen. So viel Transparenz und Wahrheit können die Beamtinnen und Beamten von dem Ministerpräsident unseres Landes erwarten.

Liebe Sozialdemokraten, das **Signal**, das Sie mit diesen 1,5 % aussenden, ist übrigens für eine sozialdemokratische Landesregierung bemerkenswert. Sie zeigen damit, dass Sie der Ansicht sind, die **Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes** in Schleswig-Holstein hätten ganz offensichtlich im kommenden Jahr nicht mehr Geld

(Wolfgang Kubicki)

als diese 1,5 % verdient, denn sonst hätten Sie einen ausreichenden Puffer geschaffen.

(Beifall FDP - Zuruf SPD)

- Ja, das Einzige, was wir in den letzten zwei Jahren dokumentieren konnten, war, dass wir die Tarifanpassungen zeitnah und wirkungsgleich vorgenommen haben, denn wir haben den Beamtinnen und Beamten - nicht nur wir, sondern auch die Vorgängerregierungen in Schleswig-Holstein - schon Erhebliches zugemutet.

Ich möchte allerdings die Sozialdemokraten nicht alle über einen Kamm scheren. Einzig und allein der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dr. Hein -

(Heiterkeit FDP und CDU)

- Dr. Ralf Stegner -, hat in der gesamten Debatte eine nachvollziehbare und gradlinige Haltung an den Tag gelegt. Das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich hervorheben. Herr Dr. Stegner, Sie dürfen das gerne posten. Wir sind nicht nur immer von den Worten des Kollegen Stegner überrascht, sondern auch darüber erfreut, wenn sie in die richtige Richtung gehen, und daran sollten Sie sich halten. Herr Dr. Stegner hat bereits im September dieses Jahres die Wichtigkeit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes für unser Land herausgehoben. Am 26. September 2012, das ist keine drei Monate her, hat er Folgendes erklärt:

„Gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst müssen flexibel und loyal auf Strategieänderungen reagieren; gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter übrigens, die seit vielen Jahren keine Reallohnsteigerung mehr hatten; und gerade die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, deren Arbeitsbelastung ständig zunimmt, und diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen zu gern vorgeworfen wird, sie würden auf Kosten der wirklich arbeitenden Bevölkerung leben.“

(Vereinzelter Beifall SPD)

Auch einige Tage später, nämlich am 16. November 2012, hat Herr Dr. Stegner gegenüber dem „sh:z“ klipp und klar erklärt, dass eine Nullrunde für die Beamtinnen und Beamten mit der SPD nicht zu machen sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Dr. Stegner, ich kann Ihnen da nur beipflichten. Ich will für meine Fraktion sagen - wir haben es bei unseren Haushaltsansätzen dokumentiert -: Wir stehen zu unseren Versprechen einer wirkungsreichen und zeitna-

hen Anpassung der Anhebung der Beamtenbesoldung gegenüber den Vereinbarungen im Tarifvertrag der Länder, die jetzt noch verhandelt werden. Darauf kann man sich verlassen. Es wäre schön, Herr Dr. Stegner, wenn sich die Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein auch auf Sie verlassen könnten. Das wollen wir jedenfalls hoffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Dr. Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wer hätte das gedacht: Ausgerechnet eine SPD-geführte Landesregierung will den Landesbeamten die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung in Form von angemessenen Besoldungserhöhungen verweigern.

(Beifall CDU und FDP - Lars Winter [SPD]:
Das unterstellen Sie!)

Unsere Polizisten, unsere Richter, unsere Lehrer, Staatsanwälte, die Beamten in der Steuerverwaltung und die Beamten in den Landesbehörden, all diese rund 38.000 Menschen im aktiven Dienst und auch die fast 30.000 Pensionäre haben ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung bereits geleistet.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zuruf SPD: Gezielte Empörung!)

Um rund 100 Millionen € wird der Landeshaushalt seit 2007 Jahr für Jahr durch die Kürzung beziehungsweise vollständige **Streichung der Sonderzuwendungen** wie des Weihnachtsgeldes entlastet. Mit dem Verlust von bis zu einem Monatsgehalt leisten die Beamtinnen und Beamten ein Sonderopfer, wie dies kein anderer Teil der Bevölkerung Schleswig-Holsteins erbringt.

(Vereinzelt Beifall CDU)

Damit aber nicht genug. Hinzu kommt noch die zu leistende **Mehrarbeit** sowohl durch die Anhebung der Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden als auch durch die Arbeitsverdichtung infolge des Personalabbaus. All diese Maßnahmen waren für die Sanierung des Landeshaushalts notwendig. Es besteht leider kein Spielraum, diese Entscheidung rückgängig zu machen.

(Tobias Koch)

Der Landesrechnungshof hat dazu bereits in seinen diesjährigen Bemerkungen folgende mahnenden Worte formuliert:

„Damit dürften die verfassungsrechtlichen Grenzen gem. Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz bereits heute erreicht sein. Schon mit den bisherigen Gesetzesänderungen erhöht der Gesetzgeber das Risiko, dass amtsangemessene Besoldung und Versorgung nicht für alle Beamtengruppen sichergestellt sind.“

Umso wichtiger war es, den Landesbeamten gleichzeitig **Verlässlichkeit** und **Berechenbarkeit** zu gewährleisten. Zu Zeiten der beiden CDU-geführten Vorgängerregierungen konnten sie darauf vertrauen, dass die Tarifabschlüsse zeit- und wirkungsgleich für die Beamtinnen und Beamten übernommen werden.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Und jetzt, Herr Dr. Stegner? Was macht der Albig da bloß? Er lässt die Beamten im Regen stehen. Er verweigert die Zusage zur Übernahme des Tarifvertrags - und das als sozialdemokratischer Ministerpräsident.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gespielte Empörung! Das nimmt Ihnen doch niemand ab, was Sie da gerade aufführen!)

Meine Damen und Herrn von SPD, Grünen und SSW, mit einer Zustimmung zu dem vorliegenden Antrag würde weder der Landtag noch der Ministerpräsident den **Tarifverhandlungen** vorgreifen. Bitte verstecken Sie sich deshalb also nicht länger hinter dieser Floskel!

Vonseiten der CDU-Fraktion erwartet niemand, dass Sie sich schon heute zur möglichen Höhe des Tarifabschlusses äußern. Erst recht erwarten wir nicht, dass Sie bereits jetzt einen entsprechenden Betrag in den Haushalt einstellen.

(Zuruf Abgeordneter Lars Harms [SSW])

Angesichts der Gewerkschaftsforderungen nach Lohnerhöhungen um 6,5 % wäre das in der Tat keine gute Verhandlungstaktik für die bevorstehende Tarifrunde. Wir erwarten aber von der Landesregierung das klare Bekenntnis, dass sie den dann ausgehandelten Tarifabschluss zeit- und wirkungsgleich auf die Landesbeamten übertragen wird. Außerdem erwarten wir, dass Sie einen Haushalt aufstellen, der den dafür erforderlichen Spielraum bietet.

(Vereinzelt Beifall CDU - Zuruf SPD: Haben Sie schon einmal etwas vom Nachtrag ge-

hört? - Christopher Vogt [FDP]: Ja, Nachtragshaushalt! Sehr gut!)

- Auch mit einem **Nachtragshaushalt** stoßen Sie an die Kreditobergrenze, die Sie bereits jetzt voll ausschöpfen. Wenn Sie das bereits jetzt tun und dabei nur 1,5 % für Tarif- und Besoldungserhöhungen einplanen, dann geht jede Tarifierhöhung von mehr als 1,5 % für die Angestellten automatisch zulasten der Beamten.

Legt man den bereits erfolgten Tarifabschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden zugrunde, dann würde bei einer Tarifierhöhung für die Angestellten von knapp 3 % für die Beamten lediglich noch finanzieller Spielraum für die Besoldungserhöhung von rund 1 % verbleiben. Herr Dr. Stegner, das wäre dann zwar keine Nullrunde, aber die Beamtenbesoldung in Schleswig-Holstein würde damit nicht nur gegenüber anderen Bundesländern, sondern auch gegenüber den Beamten von Bund und Gemeinden innerhalb Schleswig-Holsteins immer weiter auseinanderklaffen.

Herr Ministerpräsident und meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, deshalb fordere ich Sie auf, ehrlich zu unseren Landesbediensteten zu sein.

(Christopher Vogt [FDP]: Wo ist der Ministerpräsident eigentlich?)

Ich kann mich gut erinnern, dass im grünen „Mittmach-Haushalt“ schon einmal der Vorschlag enthalten war, die Pensionen der Landesbediensteten zu kürzen.

Wenn Sie also der Auffassung sein sollten, dass unsere Beamten zu viel verdienen, dann sagen Sie das auch offen und ehrlich! Wenn Sie aber ebenso wie der Präsident des Landesrechnungshofs der Auffassung sind, dass wir nicht am Personal, sondern am Personalumfang sparen sollten, dann sorgen Sie für Klarheit und stimmen Sie dem vorliegenden Antrag zu!

Unsere Landesbeamten haben Anspruch darauf, dass diese Landesregierung fair und gerecht mit ihnen umgeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Bevor ich dem Herrn Abgeordneten Stegner das Wort erteile, bitte ich Sie, zusammen mit mir den ehemaligen Kollegen Günter Neugebauer auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Landeshaus in Kiel!

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

(Beifall)

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner von der SPD-Fraktion.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man Sie so reden hört, dann merkt man einerseits den Phantomschmerz der verlorenen Regierungsbeteiligung. Andererseits schaffen Sie es, mühelos an das anzuknüpfen, was vor 2009 gewesen ist. Wenn ich diesen Antrag lese, dann frage ich mich, was Sie zu Zeiten Ihrer Regierungsverantwortung gemacht haben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Genau das!)

Das Thema Ehrlichkeit ist angesprochen worden. Die Kürzung der Sonderzuwendungen, die Streichung des Urlaubsgeldes, Beihilfeverschlechterungen und andere **einschneidende Maßnahmen** - davon hat die SPD in ihrer Regierungsverantwortung der Großen Koalition einiges mitgetragen. Das ist uns damals aber nicht leichtgefallen. Wir haben mühsam abgewogen. Wir wissen, was den Beamten zugemutet worden ist. Ich sage ausdrücklich, dass das Ende der Fahnenstange in vielen Bereichen erreicht ist. Leider gab es oftmals keine Alternative, die finanziell verantwortbar gewesen wäre. Allerdings haben wir immer versucht, auf die soziale Ausgewogenheit zu achten. Im Übrigen ist es die SPD gewesen, die dafür gesorgt hat, dass für unsere Besoldungsgruppen andere Regelungen getroffen worden sind, sodass es zum Teil sogar zu Erhöhungen gekommen ist. Zu dieser Verantwortung stehen wir auch heute, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die FDP wirft uns vor, wir wären gegenüber unseren Beamtinnen und Beamten zu geizig und würden gleichzeitig das strukturelle Defizit des Landeshaushalts nicht abbauen. Sie schlagen uns vor - so habe ich es einer Pressemitteilung entnommen -, die vorgesehenen Mittel für PROFI den Beamtinnen und Beamten zuzugestehen. Ich vermute, selbst wenn wir das täten, würde Ihr Vorwurf heute lauten: Rot-Grün-Blau tut zu wenig für die Wirtschaft und die Energiewende. - So ist das immer bei Ihnen.

Sie haben mit brutalstmöglicher Härte das Blindengeld gekürzt. Der Kollege Garg, der heute leider nicht anwesend ist, fragt uns dann tatsächlich im Parlament, warum unsere Erhöhung beim Landesblindengeld so gering ausfalle. Das ist schon ein

merkwürdiger Kurs, der mit opportunistisch ganz sanft beschrieben wäre.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Um nicht zu sagen: Eine solche Haltung ist scheinheilig und diskreditiert sich selbst.

Ihren Respekt vor den Beschäftigten konnte man daran erkennen, dass Sie nichts Besseres zu tun hatten, als die Regelungen des **Mitbestimmungsgesetzes** einzuschränken. Wir hatten sehr gute Regelungen. Wir kehren nun zurück zu einem ordentlichen Mitbestimmungsgesetz, das die Mitwirkung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anders bewertet, als Sie das tun. Das haben wir angekündigt, und das werden wir auch einhalten.

Gerade was dieses Thema angeht, werden Sie erleben, dass ein Politikwechsel bei uns so aussieht, dass wir den **Dialog** suchen. Sie hingegen verhindern den Dialog. Wir verstehen etwas von guter Arbeit. Sie wollen sie abschaffen. Immer dann, wenn wir über gute Arbeit reden, sind Sie in jedem Einzelfall dagegen.

Lieber Herr Kollege Koch, Sie haben mich etwas verblüfft. Wenn ausgerechnet Sie von Ehrlichkeit reden, dann will ich Sie daran erinnern, dass sich die Pinocchio-Plakate nicht gegen unseren Parteivorsitzenden gerichtet haben, sondern gegen Ihren Parteivorsitzenden und damaligen Ministerpräsidenten, weil das Ausdruck Ihres Umgangs mit den Beschäftigten in diesem Land gewesen ist, sehr verehrter Herr Kollege Koch.

(Johannes Callsen [CDU]: Sagen Sie doch einmal etwas zum Thema!)

Fragen Sie einmal die Gewerkschaften, was diese von der Union bei dieser Frage halten. Deshalb sollten Sie ganz still und bescheiden hier auftreten und nicht solche Dinge sagen.

Wir werden - wie angekündigt - respektvoll das **Tarifergebnis** im Frühjahr 2013 abwarten. Ich habe im Übrigen selbst schon Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst geführt und weiß deshalb, wie man das vernünftigerweise tut. Dann werden wir gemeinsam zu einer Regelung für die Beamtinnen und Beamten kommen. Ich bin sicher, das wird in Einigkeit geschehen.

Wir haben - wie immer in der Vergangenheit - eine gewisse Vorsorge im Haushalt getroffen. Die Forderung der Gewerkschaften zeigt aber auch, dass das ein schwieriger Weg werden wird. Für uns wird es darum gehen müssen, auch für den Rest der Le-

(Dr. Ralf Stegner)

gislaturperiode Perspektiven für die Beschäftigten hier zu diskutieren.

Ich sagen Ihnen aber auch eines, weil das hier als Schreckgespenst dargestellt worden ist: Eine **Nullrunde** wird es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Land Schleswig-Holstein nicht geben. Eingriffe in die Pensionen wird es übrigens auch nicht geben, um das einmal klipp und klar hier festzustellen. Beides wird hier nicht stattfinden.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Vieles andere hätten Sie in Ihrer kurzen Regierungszeit durchaus lernen können.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Von Ihnen?)

Die Pose des Arbeitervertreters steht Ihnen beiden übrigens denkbar schlecht. Da muss man schon mehr bieten denn als Opposition einfach nur zu sagen: Lasst uns einfach jede Forderung erheben; das schadet ja nichts; denn das kostet nix. Wir sind schließlich in der Opposition, daran misst uns niemand.

- Wenn der Kollege Koch etwas sagen oder fragen möchte, dann gern, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat jetzt Herr Koch das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Herr Kollege Dr. Stegner, ist Ihre gerade gemachte Zusage, dass es keine Nullrunde für die Beamten geben werde, aus Ihrer Sicht eingehalten, wenn Sie die Beamten mit einer Besoldungserhöhung von 1 % abspeisen?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das ist eine sehr interessante Frage. Wir sollten versuchen, uns über die Bedeutung des Wortes „Nullrunde“ zu verständigen. Ich habe mich zum Thema der Nullrunde geäußert, weil Sie das hier angesprochen haben. Dazu habe ich gesagt, dass es mit uns keine Nullrunde geben wird.

Außerdem habe ich gesagt, dass wir uns das **Tarifergebnis** anschauen werden, sobald dies vorliegt. Die Verhandlungen haben aber noch nicht einmal begonnen. Wir schauen uns das an. Dann werden die regierungstragenden Fraktionen und die Regierung darüber reden, was das für die Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein heißt. Dann werden wir Ihnen das vorschlagen. Das wird aber nicht bei Nacht und Nebel geschehen, sondern ganz öffentlich.

Ich freue mich jetzt schon auf die darauf folgenden Kommentare des „Arbeiterführers Koch“ und seines Kollegen Kubicki, wenn diese sich dazu äußern, was sie alles für die Beschäftigten in diesem Lande tun würden, die übrigens mit dafür gesorgt haben, dass Sie da sitzen, wo Sie sitzen, nämlich auf der Oppositionsbank, sehr verehrter Herr Kollege Koch. Das ist aus guten Gründen so geschehen, wenn ich an den Respekt im Umgang mit den Beschäftigten denke.

Lassen Sie mich einmal eine Gruppe herausgreifen, die mir bei den Beamtinnen und Beamten einfällt. Wir denken jetzt einmal an die Beschäftigten an der Universität Lübeck, die Beamtinnen und Beamten dort.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW - Zurufe)

Das ist nur ein kleines Beispiel. Die bedanken sich für die Fürsorge, die sie bei Ihnen genossen haben, sehr verehrter Herr Kollege Koch. Die wünschen sich eine andere Politik, und die kriegen sie von uns auch.

(Tobias Koch [CDU]: Ich interpretiere Ihre Antwort einmal als Ja! - Zurufe FDP)

- Seien Sie doch nicht so ungeduldig! Die Legislaturperiode hat gerade erst begonnen. Sie werden noch lange warten müssen. Die Legislaturperiode dauert diesmal wirklich fünf Jahre.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir kriegen eine Entscheidung des Verfassungsgerichts!)

- Ja, das warten wir ab. Was wir jetzt aber zunächst abwarten, ist das Tarifergebnis. Das tun wir, das ist gute Sitte. Es ist doch schön, wenn wir uns vor Weihnachten an die eine oder andere gute Sitte erinnern.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Wir werden das abwarten und hier anschließend einbringen. Dann diskutieren wir darüber und werden Ihnen einen sachgerechten Vorschlag machen.

(Unruhe CDU und FDP)

Dafür steht die Finanzministerin dieses Landes, die auch in dieser Frage unser Vertrauen genießt.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, gestatten sie eine weitere Zwischenfrage oder Anmerkung des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Mit einem solchen Vergnügen, dass ich es kaum zurückhalten kann.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat der Kollege Kubicki das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Bleiben Sie trocken, Herr Stegner!)

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Dr. Stegner, ist es Ihnen eigentlich nicht peinlich, mit wie vielen Worten Sie hier versuchen zu erklären, dass es keine Übernahme des Tarifergebnisses geben wird? Wir greifen doch nicht in die Tarifverhandlungen ein, wenn wir sagen, das Ergebnis werde auf die Beamten übertragen. Es würde ein Satz reichen, Sie können einfach Ja oder Nein sagen.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Das kann ich, aber wir sind hier nicht im Prozess und Sie nicht Verteidiger oder Staatsanwalt und ich nicht Angeklagter, sondern Sie fragen, wie Sie mögen, und ich antworte, wie ich es für richtig halte.

(Christopher Vogt [FDP]: Leider!)

Meine Antwort lautet: Erstens finde ich es großartig, welche Redezitate von mir Sie hier vorgelesen haben. Ich hätte mich das in meiner Bescheidenheit gar nicht getraut. Ich bedanke mich sehr dafür. Alles, was Sie gesagt haben, war richtig, und meine Fraktion hätte beinahe geklatscht.

Zweitens finde ich es kluge Politik, wenn man sich nicht von vornherein festlegt, was man tun wird, wenn irgendetwas geschieht, von dem man gar nicht weiß, was geschieht, sondern dass man es sich anguckt, wenn es geschehen ist, und dann das Richtige tut. Das ist der Unterschied zwischen uns und Ihnen. Dieser Unterschied zeigt ja auch, warum wir in der Regierung und Sie in der Opposition sind. Vielen herzlichen Dank für die schöne Aufmerksamkeit von Ihnen!

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Frau Abgeordneter Eka von Kalben das Wort.

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein **Unternehmen** ist nur so gut wie **seine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen**. Das gilt für jeden kleinen Handwerksbetrieb, das gilt umso mehr für dieses Land mit seinen vielen tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Polizistinnen und Polizisten, Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, im Strafvollzug und vieles mehr. Ob Arbeiter, Angestellte oder Beamte - wir wertschätzen sie außerordentlich, und uns ist sehr daran gelegen, dass sie dies auch spüren.

Wie viele von Ihnen wissen, bin ich selbst Beamtin. Ich habe viele Jahre in der Hamburgischen Verwaltung gearbeitet und weiß von der **Arbeitsverdichtung**, von den **Belastungen** durch immer mehr Krankheitsausfälle, durch frei bleibende Stellen und durch die steigenden Ansprüche durch Politik und Gesellschaft. Ich weiß auch um das Engagement vieler im öffentlichen Dienst, ganz egal, welcher Statusgruppe mensch angehört. Häufig nervt da die ungleiche Behandlung zwischen Beamten und Angestellten, wenn exakt die gleiche Arbeit getan wird.

(Beifall PIRATEN)

Da gibt es auf der einen Seite die **Privilegien der Beamten** wie die Arbeitsplatzsicherheit, die private Krankenversicherung und die Aussicht auf eine Pension, die oft über der entsprechenden Rente der Angestellten liegt, aber es gelten eben auch nicht die gleichen **tarifrechtlichen Möglichkeiten** wie im Angestelltenbereich, und es ist nicht immer im Voraus möglich abzusehen, ob alle Vereinbarungen, die in den Tarifaueinandersetzungen verhandelt werden, eins zu eins übernommen werden können. Die Situation von Angestellten und Arbeitern auf der einen und Beamten auf der anderen Seite ist de facto unterschiedlich.

Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst sind für das Jahr 2013 terminiert. Ich rate allen zur Gelassenheit. Die Koalitionsfraktionen sind sich der Leistungen der Beamten sehr wohl bewusst und werden dies auch zum Ausdruck bringen. Eine **Vorfestlegung** zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur Übernahme eines Tarifabschlusses werden wir heute nicht treffen, ich gehe auch nicht davon aus, dass eine Vorgängerregierung dies jemals getan hat.

(Widerspruch CDU und FDP)

Sie haben in den vorherigen Haushalten auch nicht höhere Beiträge eingestellt. Das wäre auch unklug, wenn ich in Beratungen gehe und dort vielleicht

(Eka von Kalben)

reinschreibe, es könnten auch 6,5 % werden. Was ist das denn für eine Verhandlungsposition, wenn ich das so in den Haushalt hineinschreibe!

(Christopher Vogt [FDP]: Es gab einen Spielraum! - Unruhe CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Frau Kollegin, gestatten Sie eine Anmerkung des Herrn Abgeordneten Koch?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Bitte, Herr Koch!

Tobias Koch [CDU]: Frau Kollegin, würden Sie mir zustimmen, dass in den **Haushalten 2011 und 2012** über die eingestellte **Tarifvorsorge** hinaus ein Sicherheitspuffer zur maximalen Kreditobergrenze vorhanden war, der es ermöglicht hätte, darüber hinausgehende Tarifabschlüsse zu übernehmen?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Koch, ich kann Ihnen auf jeden Fall sagen, dass auch Sie für Tarifverhandlungen nur 1,5 % hineingeschrieben haben. Das ist auch klug und richtig so, weil es offenlässt, welcher Abschluss zustande kommt. Es ist niemals klug, vor Verhandlungen eine höhere Summe einzustellen, wenn ich nicht von vornherein über den Tisch gezogen werden will. Es wäre doch absurd, wenn ich von vornherein einen höheren Prozentsatz einbauen würde.

(Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Winter [SPD] - Christopher Vogt [FDP]: Aber die Möglichkeit!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Gestatten Sie eine weitere Nachfrage des Kollegen Koch, Frau von Kalben?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Dann hat Herr Koch noch einmal das Wort.

Tobias Koch [CDU]: Vielen Dank. - Dann frage ich umgekehrt: Lässt Ihr Haushaltsent-

wurf eine Besoldungserhöhung von mehr als 1,5 % zu?

Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Selbstverständlich wird, wenn die Tarifergebnisse höher abgeschlossen werden, auch in unserem Haushalt mit unserer Finanzministerin gemeinsam geguckt werden, an welcher Stelle Kürzungen vorgenommen werden müssen, damit die Angestellten, Beamten und Arbeiter im öffentlichen Dienst nach Recht und Gesetz bezahlt werden. Das ist völlig klar. Ein Tarifvertrag gilt und muss dann ausgefüllt werden, ja.

(Zurufe)

Die allermeisten Beamtinnen und Beamten in unserem Land wissen um die prekäre **Finanzsituation des Landshaushalts**. Sie wissen, dass der Druck, den Stellenabbau im öffentlichen Dienst voranzutreiben, umso größer wird, je enger der Landshaushalt gestriekt werden muss.

Ich kann mich noch genau daran erinnern, als es eine zweiprozentige Tarifierhöhung in Hamburg gab und ich damals als kleine Orga-Beamtin dafür zuständig war, genau in diesem Umfang Stellenstreichungen umzusetzen, damit das finanziert werden konnte. Viele Beamtinnen und Beamte - für mich machte das damals 15 € mehr im Monat aus - waren not amused, dass Nachbarstellen, Stellen der Kolleginnen und Kollegen, nicht nachbesetzt werden konnten, damit die Tarifierhöhung eins zu eins umgesetzt werden konnte.

Insofern dürfen wir hier nicht nur über Kosten und Tarife sprechen, sondern müssen insgesamt über die **Situation des öffentlichen Dienstes** reden. Wir müssen bedenken, dass wir in Zeiten des demografischen Wandels zukünftig gar nicht das Problem haben werden, unseren Personalabbaupfad zu erreichen, sondern überhaupt genug junge Leute in den öffentlichen Dienst zu bekommen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Deshalb brauchen wir eine **angemessene Entlohnung**, insbesondere für die Laufbahnen mit besonders niedrigen Einkommen. Da teile ich die Auffassung von Herrn Altmann, dass man aufpassen muss, dass gerade in den Laufbahnen so viel bezahlt wird, dass man davon leben kann. Deshalb brauchen wir **attraktive Arbeitszeiten**, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen um den öffentlichen Dienst für junge Familien attraktiv zu machen. Wir brauchen ein gutes **Führungskräftemanagement**, um die Arbeit attraktiv

(Eka von Kalben)

zu machen. Wir müssen die Aufgaben des öffentlichen Dienstes überprüfen, damit die Balance zwischen Aufgabenfülle auf der einen Seite und zur Verfügung stehendem Personal auf der anderen Seite gewahrt bleibt. Herr Koch, es reicht eben nicht nur, an der Personalfülle zu sparen, sondern es müssen natürlich auch Aufgaben wegfallen. Sonst haben wir unter Umständen Tarifierhöhungen, aber lauter Menschen mit Burnout, die gar nicht mehr wissen, wie sie ihre Arbeit überhaupt leisten sollen. Das wollen wir nicht. Wir wollen Tarifpolitik und Förderung des öffentlichen Dienstes ganzheitlich und nach Augenmaß.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

Wolfgang Dudda [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass wir uns heute mit der Übernahme des Tarifabschlusses für die Beamten beschäftigen müssen, ist ein sehr, sehr schlechtes Signal für die Beamten im Land.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Es erzeugt Verunsicherung bei denjenigen, denen in den nächsten Jahren so viel abverlangt wird, wie es noch nie geschehen ist. Der von Ihnen geplante **Personalabbau** ist in seiner Größenordnung einmalig. Er ist erforderlich, er ist nötig, da bin ich bei Ihnen, aber genau vor diesem Hintergrund hätte ich mir heute gewünscht, dass ein klares Wort zur Übernahme des Tarifabschlusses gekommen wäre, weil die Beamten es brauchen.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Wer den Personalabbau mit Beamten durchführt, die sich nicht anständig bezahlt fühlen, nimmt billigend in Kauf, dass das Gemeinwesen zumindest nur bedingt funktionsfähig sein wird.

Nie zuvor waren gute und hochmotivierte Mitarbeiter, wie sie dieses Land in den nächsten Jahren brauchen wird, wenn sich die Arbeit in den Landesverwaltungen zwangsläufig **verdichten** und ein enormes Maß an **Flexibilität** gefragt sein wird, nötiger. Wer das bei dieser Diskussion vernachlässigt, spart nicht, der spart kaputt. Wer Menschen mehr Arbeit aufbürdet und dieses nicht anständig vergü-

tet, wird mit der inneren Kündigung seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestraft werden.

Diese Binsenweisheit wäre ja entbehrlich, wenn es nur um die Landesregierung ginge, aber das müssen die Menschen im ganzen Land ausbaden. Darüber müssen wir ernsthaft reden. Denn es gilt immer noch das gute alte Wort von Bismarck: Mit schlechten Gesetzen und guten Beamten lässt sich immer noch regieren. Bei schlechten Beamten aber helfen uns die besten Gesetze nicht.

Wie schlimm es um ein Gemeinwesen bestellt ist, dessen Verwaltung nicht funktioniert, zeigt uns das **Beispiel Griechenland**. Dort hat ein nach unseren Vorstellungen mangelhaftes Verständnis von einer funktionierenden Verwaltung dazu geführt, dass der Staat handlungsunfähig geworden ist. Weiteres Geld aus Europa ist daran geknüpft, dass Griechenland seine Hausaufgaben bei der öffentlichen Verwaltung so macht, dass der Staat funktioniert und nicht nur existiert.

Von derartigen Zuständen sind wir hierzulande noch weit entfernt, und da können wir uns für einen hochqualifizierten und leistungsfähigen öffentlichen Dienst ernsthaft bedanken. Der **öffentliche Dienst** bei uns hat einen ganz maßgeblichen Anteil am Wohlstand dieses Landes. Er garantiert uns allen eine rechtstreue Anwendung von Regeln, die wir uns selbst geben. Er steht für die **Verlässlichkeit unseres Staats**. Im Wissen um die Notwendigkeit dieser besonderen Verlässlichkeit hat unser Staat das Modell des Dienst- und Treueverhältnisses mit Beamten ohne Streikrecht etabliert, indem er den Beamten eine amtsangemessene Alimentation garantiert. Genau vor diesem Hintergrund wurde bisher die Anpassung der Beamtenbesoldung an die Tarifabschlüsse praktiziert. Wer davon abweichen will, nimmt mehr als nur die schlechte Stimmung auf Behördenfluren in Kauf, der spielt mit dem Feuer, der spielt auch mit der Stabilität dieses Landes.

An dieser Stelle möchte ich vor allem einmal den **Zoll** anführen, der ab 2014 seinen Teil zum Personalabbau bei unserer Finanzverwaltung beitragen wird, wenn er dann die **Erhebung der Kfz-Steuer** übernimmt. Dem Zoll fehlen für das öffentlich-rechtliche Inkasso, das zu seinen Aufgaben gehört, zurzeit 3.600 Mitarbeiter, deren Fehlen uns alle - wie in der „Süddeutschen“ nachzulesen ist - täglich 11 Millionen € kostet. Der Zoll spielt ernsthaft mit dem Gedanken, die Bagatellgrenze für die Zwangsvollstreckung von 25 € auf 100 € heraufzusetzen, um irgendwie Herr seiner Rückstände zu werden.

(Wolfgang Dudda)

Stellen wir uns bitte einen Moment vor, welche Folgen es hätte, wenn sich unsere Finanzverwaltung in Schleswig-Holstein dem anpassen müsste. Stellen wir uns bitte einen Moment vor, was hier los wäre, wenn mit unserer Verwaltung nichts mehr los wäre.

Für eine sichere, geordnete und berechenbare Zukunft brauchen wir gute Beamte, die sich anständig bezahlt fühlen. Der Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein braucht eine leistungsfähige, am Service orientierte, kundenfreundliche Verwaltung. Wer den Beamten - wie sonst regelmäßig praktiziert - die Übernahme des Tarifabschlusses verweigern will, der ist allerdings konsequenterweise auch in der Pflicht, dem einseitig **aufgekündigten Dienst- und Treueverhältnis** das **Streikrecht** folgen zu lassen

(Beifall PIRATEN)

und ihren Status entsprechend zu verändern.

Ich bin davon überzeugt, dass beispielsweise der Finanzobersekretär beim Finanzamt Elmshorn, der nach Abzug von Steuern und Krankenversicherung etwa 1.600 € netto verdient und laut Mietspiegel im Hamburger Speckgürtel durchschnittlich 6,62 € für den Quadratmeter Miete zahlen muss, dann entweder ausreichend streikmotiviert ist oder den Wechsel in eine Steuerberatungskanzlei vollzieht. Er hat sich die Übernahme des Tarifabschlusses im wahren Sinne des Wortes redlich verdient. Seien wir also so redlich und geben ihm das, was ihm zusteht.

(Beifall PIRATEN und Tobias Koch [CDU])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Abgeordneten des SSW erteile ich Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei all dem, was wir über die Haushaltsberatung jetzt schon vorwegnehmen, möchte ich sagen, dass es jetzt nichts nützt, über Haushaltsanträge oder ähnliches zu debattieren, weil ich der Auffassung bin, dass wir genau das tun, was wir auch in der Vergangenheit - also unter verschiedenen Regierungen - getan haben, nämlich 1,5 % zusätzlich auf die derzeit notwendigen Personalkosten zu veranschlagen. Es war immer so, dass alle Regierungen abwarten mussten, wie die **Tarifverhandlungen** ausgingen. Das ist etwas, das wir natürlich auch tun werden. Das kann gar nicht anders sein.

Danach wird es sich zeigen, ob Erhöhungen für die Beamtinnen und Beamten möglich sind, auf welche Art sie möglich sind, und wie sie gegenfinanziert werden können. Es wird auch darauf ankommen, mit welchen Vorschlägen wir - nicht nur wir als Regierungsfraktion, sondern auch die Opposition - kommen und mit welchen Vorschlägen eine entsprechende Finanzierung des wünschenswerten Übernehmens der Tarifabschlüsse dann möglich gemacht werden kann.

Es ist kein Geheimnis, dass die **Beamten** in der Vergangenheit, also unter den Vorgängerregierungen, **Abstriche** machen mussten. Immer wieder wurde bei ihnen gekürzt und gestrichen. Dass dies keine einfache Lage ist, dürfte jedem klar sein. Immerhin haben die Beamten allein durch die Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgelds auf rund 10 % ihres Einkommens verzichten müssen, und das dauerhaft. Insofern dürfte klar sein, dass weitere Eingriffe in die Beamtenbesoldung eigentlich nur die letzte Option sein können.

Jetzt muss aber erst einmal der **Tarifabschluss im Angestelltenbereich** abgewartet werden. Wenn dieser vorliegt, kann man entscheiden, wie es mit dem Tarifabschluss weitergeht und wie dieser weitergegeben werden kann. Dem SSW wäre es natürlich am Liebsten - und das gilt wahrscheinlich für alle in diesem Hohen Haus -, wenn ein solcher Tarifabschluss in 2013 möglichst übernommen werden könnte. Eine Entscheidung darüber können wir aber seriös erst treffen, wenn wir wissen, wie hoch der Tarifabschluss sein wird - die Forderung der Gewerkschaft liegt bei 6,5 % - und welche weiteren Inhalte über die reine Lohnsteigerung hinaus dieser Tarifabschluss beinhaltet. Es geht ja nicht nur um Prozente, sondern um vieles mehr, was in einem Tarifvertrag entsprechend geregelt wird.

Wir wollen über die aktuelle kurzfristige Diskussion hinaus für unsere Beamtinnen und Beamte **Planungssicherheit** schaffen. Das sage ich gerade auch vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage, die sich in den nächsten Jahren eher verstärken wird. Auch das müssen wir wissen. Wir sind eigentlich noch in dem guten Jahr 2013, wenn man denn von guten Jahren sprechen will. Aber die Jahre werden härter für uns, und damit wird es auch für uns notwendig sein zu gucken, ob für die Beamtinnen und Beamten Perspektiven geschaffen werden können. Eine solche Perspektive ist dann nur im **Dialog** mit den **Gewerkschaften** und den beteiligten Arbeitnehmern möglich. Trotz der dauerhaft prekären Haushaltslage wollen wir gerade für unsere Beamtinnen und Beamte eine Lösung finden, die

(Lars Harms)

möglicherweise dann auch längerfristig gilt, vielleicht für die gesamte Wahlperiode. Das ist dann auch eine verlässliche Perspektive, die für andere Bereiche im Landeshaushalt so nicht gilt. Das ist möglicherweise auch etwas Positives. Wir sollten nicht nur auf das Jahr 2013 blicken, sondern auch auf die nächsten fünf Jahre, welche Perspektiven wir da den Beamtinnen und Beamten bieten können.

Die **angespannte Haushaltslage** ist nichts Neues. Das Gleiche gilt auch für die Arbeitsverdichtung bei den Beamten. Neben einem fairen Umgang mit Überstunden muss zukünftig zum Beispiel die **Beihilfe** schneller ausgezahlt werden und der Kollege Stegner hat gerade eben auch die **Mitbestimmung** angesprochen. Auch das ist wichtig. Diese Rahmenbedingung wollen wir auch angehen, denn das schafft auch Motivation. Die wiederum kommt vielen Bürgerinnen und Bürgern in Schleswig-Holstein zugute.

Wer beim Personalbudget aber etwas verteilen will - das muss man dann auch ehrlich sagen -, muss im Rahmen des Personalbudgets sagen, wie er das bewerkstelligen will. Hier ist auch die Opposition gefragt darzustellen, wie das sichergestellt werden soll.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Regieren wir oder ihr?)

- Lieber Kollege Kubicki, da sind von uns allen seriöse Antworten gefordert. Wir werden versuchen, die richtigen Antworten zu finden und werden das auch im Dialog mit den Betroffenen machen.

Klärungsbedarf gibt es aber erst einmal - das möchte ich dann trotzdem noch einmal sagen - in Bezug auf den **Tarifabschluss**. Sobald die Tarifpartner ein entsprechendes Resultat erreicht haben, werden wir eine vernünftige Perspektive für die Beamtinnen und Beamten im Land anstreben. Wir sollten dieses Thema deshalb im Fachausschuss zu Ende beraten und dabei dann auch den konkreten Tarifabschluss im Angestelltenbereich erst einmal abwarten. Dann freue ich mich über jeden konstruktiven Vorschlag, der den Beamten so gut wie möglich entgegenkommt. Denn das ist unser aller Bestreben.

(Vereinzelter Beifall SSW und SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem Dreiminutenbeitrag erteile ich Herrn Abgeordneten Johannes Callsen von der CDU-Fraktion das Wort.

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In dieser Debatte war wieder, wie immer, so viel vom **Dialog** die Rede. Ich frage: Was eigentlich - die Koalition müsste mir jetzt fast zjubeln - ist als Dialog qualifizierter als **Tarifgespräche** zwischen Arbeitgeberverbänden und Arbeitnehmern beziehungsweise Gewerkschaften? Welche Ergebnisse gibt es, die am Ende qualifizierter sind als Tarifabschlüsse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst? Wenn der Dialog von Ihnen ernst genommen wird, frage ich mich ernsthaft, warum Sie hier rumeiern, Nebelkerzen werfen und bisher kein klares Bekenntnis dazu abgelegt haben, warum Sie am Ende dieses Ergebnis eines Dialoges für die Beamten in Schleswig-Holstein nicht übernehmen wollen. Dazu haben wir Sie aufgefordert, und dazu haben Sie bei der jetzt folgenden Abstimmung die klare Chance, sich zu positionieren. - Dankeschön.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag erteile ich das Wort der Frau Kollegin Anita Klahn von der Fraktion der FDP.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage mich, wieso Sie jetzt vortragen, die Opposition solle sagen, wie es gehen soll. Ich hätte mir von Ihnen in der letzten Legislaturperiode auch die Einsicht gewünscht, seriöse Vorschläge zu machen. Ich verstehe einfach nicht, warum Sie heute nicht in der Lage sind, zu sagen: Wir werden die Abschlüsse entsprechend übernehmen, um den Beamten eine Sicherheit beziehungsweise etwas zu geben, mit dem sie rechnen können.

Sie lassen völlig außer Acht, dass es dabei nicht um die B-Besoldung geht. Vielmehr vergessen Sie ganz schlicht und einfach, wie viele **Beamte im einfachen und mittleren Dienst** ein niedriges Einkommen haben. Sie haben Familien zu ernähren. Allein wegen der Energiekosten, die um ein Vielfaches angestiegen sind, haben sie **steigende Lebenshaltungskosten**. Schauen Sie sich die Krankenversicherungsbeiträge an, die locker um 24 % gestiegen sind.

All diesen Menschen sagen Sie: Ihr werdet vom Dialog satt; wartet mal ab, was noch kommt. Das, was Sie in den Haushalt eingestellt haben, meine Damen und Herren, reicht nicht. Sie gehen heute

(Anita Klahn)

davon aus, dass es 1,5 % werden. Bitteschön, was geschieht denn, wenn es mehr werden? Das kann es doch einfach nicht sein.

Im Koalitionsvertrag steht - daran möchte ich Sie erinnern - auf Seite 8:

Unser Ziel ist, Lasten gerecht zu verteilen und schwachen Schultern nur das aufzubürden, was sie tragen können, starken dagegen, was sie tragen müssen. Einkommensschwache Familien müssen entlastet, und für alle muss eine kinderfreundliche Gesellschaft geschaffen werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, wo tun Sie das denn mit dem, was Sie hier heute abliefern? Ich bitte Sie, bei dem Votum zu unserem Antrag gleich zu berücksichtigen, dass Sie der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung zustimmen sollten; denn ansonsten entfernen Sie sich aus meiner Sicht von den Versprechen Ihres Koalitionsvertrages und demontieren Ihre eigenen historischen Ideale.

(Widerspruch SPD)

Willy Brandt hat einmal gesagt, Solidarität sei Teil des geistig-politischen Bodens, auf dem alleine Sozialdemokratie gedeihen könne. - Diesen Boden verlassen Sie gerade.

(Beifall FDP und CDU - Widerspruch SPD)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Stegner für die SPD-Fraktion.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin wirklich ein sehr, sehr nachsichtiger Mensch. Ausgerechnet Sie erzählen uns etwas über Sozialdemokratie. Fälschen Sie nicht den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, und erzählen Sie hier nicht einen solchen Unsinn über den sozialen Zusammenhalt. Das ist ja wohl wirklich nicht zu fassen!

(Beifall SPD)

Wir haben Advent, und Sie drücken auf die Tränenrüse. Ist Ihnen eigentlich klar, dass es Gespräche zwischen den **Tarifparteien** gibt, die sich auf die **Angestellten** beziehungsweise die **Arbeitnehmer** beziehen? Die werden geführt. Man schaut sich dann das Ergebnis an, ob es für den Landesdienst umsetzbar ist. Danach wird selbstverständlich mit

den Beamtinnen und Beamten gesprochen. Wir machen dann das, was im Angesicht dieser Ergebnisse verantwortbar ist. Das hätten Sie vielleicht nicht so gemacht, wir tun das.

Sie halten hier jetzt Reden über die Armen, an die wir nicht denken, und über Solidarität, die wir nicht praktizieren. Ausgerechnet Sie - bei all den Maßnahmen, die Sie getroffen haben - haben das nötig! Gegen wen haben die Menschen denn vor dem Landeshaus demonstriert? Gegen uns oder gegen Sie? Oder waren Sie nicht dabei, Frau Klahn? Ich glaube, Sie waren dabei - und die ganze andere Truppe auch. Es ist ja wohl - ich muss das, bei aller Liebe, wirklich sagen - eine Frechheit, das hier vorzutragen!

Die beiden Vertreterinnen des **Beamtenbundes** sitzen hier auf der Tribüne. Ich wende mich ausdrücklich an Sie. Ich sage Ihnen ausdrücklich zu, dass wir, wenn das Tarifergebnis vorliegt, mit Ihnen sprechen werden.

(Zurufe CDU)

- Das ist eben anders als bei Ihnen. Sie haben immer von oben herab verkündet: Wir werden mit Ihnen sprechen. Ich wundere mich über Ihre Weissagungen, dass Sie heute schon wissen, was für ein Ergebnis am Ende herauskommen wird. Ich muss Ihnen sagen: Das weiß ich nicht. Die Opposition tut so, als ob sie es wüsste. Sie tun so, als wüssten Sie mehr als das, was Sie tatsächlich wissen. Das ist leider die Erfahrung, die wir mit Ihnen gemacht haben.

Mit Ihnen werden wir sprechen. Dann wird es einen vernünftigen Vorschlag der Finanzministerin beziehungsweise der Landesregierung geben, über den wir reden werden. Wissen Sie, wer am Ende entscheidet? - Dieser Landtag entscheidet am Ende! Das ist gut und richtig so. Dabei gibt es volle Transparenz. Der Raum ist wunderbar, alle können zuschauen. Wir schauen dann einmal, wer wie abstimmt.

Heute schlagen wir übrigens vor, Ihren so interessanten Antrag - mit all den Aspekten über das soziale Gleichgewicht in unserer Gesellschaft - ausführlich zu diskutieren. Wir wollen ihn gern an die Ausschüsse überweisen. Dort kann er diskutiert werden. Wir werden uns damit - wie das so unsere Art ist - in aller Solidität beschäftigen. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf FDP: Feigling!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki von der Fraktion der FDP.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin immer begeistert, wenn ich den Kollegen Dr. Stegner reden höre, weil ich nicht genau weiß, ob das, was er so treibt, seinem Studium der Theatralik in der Politik zugutezuhalten ist, oder ob es tatsächlich um das Ausblenden von Wirklichkeiten geht. Die schlichte Frage - sie ist in den letzten Jahren vom Parlament immer beantwortet worden - ist, ob das **Ergebnis** der **Tarifverhandlungen** - dazu kann man sich bekennen - **eins zu eins** auf die **Beamten** übertragen wird. Darauf kann man mit Ja oder Nein antworten.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hängt vom Ergebnis ab! - Heiterkeit FDP und CDU)

- Es ist doch schön, dass Sie das jetzt sagen, Frau von Kalben. Ich wiederhole das, was Sie gerade dazwischengerufen haben: „Das hängt vom Ergebnis ab!“ Das heißt, die Beamtinnen und Beamten können sich - anders als in den letzten fünf Jahren - nicht darauf verlassen, dass die Ergebnisse übernommen werden. Das ist doch eine schöne Feststellung.

Herr Dr. Stegner, ich habe bei mir oben noch Videos. Vielleicht kommen Sie einmal zu mir und sehen sich an, wie viele wunderbare **Demonstrationen** es gegen die Sozialdemokratie gegeben hat, als sie in der Großen Koalition war. Die hat es aber auch schon davor gegeben. Es ist kein Novum, dass sich Menschen, die betroffen sind, äußern. Dass man sich durch Demonstrationen nicht nur Luft verschaffen, sondern auch seine Meinung artikulieren kann, halte ich übrigens für ein Recht in unserer Republik, das nicht nur wesentlich, sondern auch verteidigungswert ist. Das ist doch vernünftig. Ich kann mich noch daran erinnern, dass einmal 6.000 Polizeibeamte mit Trillerpfeifen hier vor dem Landeshaus gestanden haben.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Nein, sie standen hier vor dem Landeshaus. Sie haben sich auch geweigert, Herrn Wienholtz, der damals noch Innenminister war, reden zu lassen, weil sie es empfunden haben, dass sie von ihrem Dienstherrn nicht nur nicht ausreichend gewürdigt werden, sondern weil sie genau das, was sie jetzt

auch wieder empfinden, empfunden haben, nämlich auf den Arm genommen zu werden.

Dass man mit Gewerkschaften und mit dem Beamtenbund wie auch immer redet, ist eine Selbstverständlichkeit in diesem Land. Das gehört einfach zum guten Stil. Sie müssen das nicht neu erfinden. Trotzdem müssen doch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine gewisse Gewähr dafür haben, dass man nicht nur von der Achtung ihrer Tätigkeit redet, sondern dass man sie im Zweifel auch entsprechend honoriert.

Wenn Sie so weitermachen, wird in den Gesprächen - Frau Schwitzer, Sie sitzen dort oben - folgendes herauskommen: Es wird zwar keine Übernahme geben, dafür wird aber der Orden „Held der Arbeit“ wieder eingeführt. Der wird dann einmal im Monat verteilt. Das wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht reichen. Bekennen Sie sich zu dem, was Sie lauthals überall verkünden.

Wir haben heute über die Provinzial beziehungsweise über die Besorgnisse der Mitarbeiter bei der Provinzial geredet. Da waren Sie sehr stark. Machen Sie das Gleiche - Herr Dudda hat es auch gesagt - in Bezug auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein. Dann gewinnen Sie Glaubwürdigkeit, und dann kommen Sie, Herr Stegner, vielleicht auch einmal wieder über 27 oder 30 %.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Fraktion der PIRATEN erteile ich Herrn Abgeordneten Patrick Breyer das Wort.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen ganz klar Abstimmung in der Sache über diesen Antrag, weil wir jetzt

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

die Frage beantworten müssen, ob wir den Tarifabschluss übertragen wollen oder nicht. Wenn wir das wollen, müssen wir Vorsorge im Haushalt treffen; und der steht eben jetzt zur Debatte.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Das Wort für die Landesregierung hat die Finanzministerin Monika Heinold.

Monika Heinold, Finanzministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn betonen: Der Landesregierung ist es sehr bewusst, dass die Leistungsbereitschaft und Motivation unserer knapp 42.000 Beamtinnen und Beamten und circa 6.600 Angestellten die entscheidende Größe für den Erfolg des ganzen Landes ist.

Es geht bei der Debatte um die Tarifentwicklung darum, vier Fragen zu bedenken:

Erstens. Wann ist der richtige Zeitpunkt der Entscheidung?

Zweitens. Welche finanziellen Maßnahmen sind für die Stärkung des öffentlichen Dienstes besonders wichtig?

Drittens. Was ist im Rahmen der engen Vorgaben der Schuldenbremse strukturell und dauerhaft leistbar? - Ich betone strukturell und dauerhaft, weil die Umwandlung eines Einmalprogramms wie PROFi bei Tarifierhöhungen strukturell und dauerhaft nicht funktionieren würde.

Viertens. Welche finanziellen Auswirkungen haben Steigerungen bei Besoldung und Versorgung auf unsere Kommunen?

Werfen wir zunächst einmal einen Blick auf die **Zeitplanung**. Schleswig-Holstein ist Teil der Tarifgemeinschaft der deutschen Länder. Der aktuelle Tarifvertrag läuft bis Ende des Jahres. Der **Auftakt der Tarifverhandlungen 2013** findet am 31. Januar 2013 statt. Weitere Verhandlungsrunden mit den Gewerkschaften sind für Mitte Februar und Anfang März 2013 geplant. Angesichts der unabwiesbaren Zwänge der Schuldenbremse, die für alle Bundesländer gilt, rechne ich mit schwierigen Gesprächen.

Nach der Einigung über die Tarifierhöhung für Angestellte beginnt das Gesetzgebungsverfahren für die Erhöhung der Bezüge im Beamtenbereich. Das **Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz** - es ist hier gesagt worden - wird von diesem Landtag beschlossen werden. Mit Sicherheit wird es eine Anhörung der Gewerkschaften und Verbände dazu geben.

Wie Sie wissen, haben wir im Haushalt 2013 und in den Folgejahren unserer **Finanzplanung** Tarifsteigerungen in Höhe von 1,5 % eingeplant. 1,5 % sind die übliche Rechengröße, die auch in den letzten Jahren zugrunde gelegt wurde. Absolut beträgt die Tarifvorsorge im Haushalt 2013 rund 47,5 Millionen € für die aktiven Beamtinnen und Beamten, für

die Tarifbeschäftigten und für den Versorgungsbereich.

Ministerpräsident Albig hat bereits angekündigt, dass die Landesregierung im Frühjahr in den **Dialog** mit den **Gewerkschaften** darüber eintreten wird, mit welchen Mitteln wir den öffentlichen Dienst am besten stärken können und welche finanziellen Auswirkungen das auf den Landeshaushalt hätte. Denn wir alle wissen: Die Personalabbauvorgabe ist die eine Realität. Die andere Realität ist, dass wir bis 2020 circa 12.000 Altersabgänge in unserer Verwaltung haben und dass wir viele gute Ideen entwickeln müssen, um Nachwuchskräfte für unsere Verwaltung zu gewinnen. Der **Wettbewerb** um die **Nachwachskräfte** mit der freien Wirtschaft und den Nachbarbundesländern hat längst begonnen.

Und es gibt noch eine Wahrheit: Die Anzahl der Frühpensionierungen im öffentlichen Dienst ist noch immer viel zu hoch. Als Arbeitgeber müssen wir mit Gesundheitsinitiativen und attraktiven Arbeitsbedingungen dazu beitragen, dass unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen möglichst lange arbeitsfähig und motiviert im Landesdienst bleiben. Die Debatte um die Tarifierhöhungen ist also nur eine der vielen Aufgaben, die vor uns liegen.

Deshalb hat sich die Landesregierung vorgenommen, mit den Gewerkschaften nicht nur über die Frage der Tarifierhöhung zu sprechen, sondern über ein ganzes **Bündel möglicher Maßnahmen**: Wie kann ein tragfähiges Beförderungskonzept aussehen? Wie können wir die Werbung um Nachwuchskräfte verbessern? Hilft uns die Wiedereinführung der Übernahmegarantie für Auszubildende? Welche Modelle können wir entwickeln, um die Attraktivität einer Weiterbeschäftigung über die Altersgrenze hinaus zu steigern?

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Entschuldigen Sie, wir klären hier gerade einige Fragen, die sich aufgetan haben. Deshalb war ich unaufmerksam.

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Gern.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Dr. Breyer, bitte.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Danke schön. Sie haben hier richtig die verschiedenen Herausforderungen beschrieben, denen sich der öffentliche Dienst gegenüber sieht, allerdings recht beziehungslos. Würden Sie mir zustimmen, dass ein Zusammenhang einerseits zwischen den Schwierigkeiten bei der Nachwuchsförderung - gerade im Wettbewerb mit der Privatwirtschaft - und andererseits dem Niveau der Besoldung besteht?

Monika Heinold, Finanzministerin:

Ich beantworte die Frage gern so, dass es nicht nur einen Zusammenhang zwischen der Frage der Tarifsteigerungen und der gefühlten Arbeitsbedingungen der Beschäftigten gibt, sondern dass die Frage, ob Beschäftigte in den Landesdienst eintreten, ob sie dort gern arbeiten, ob sie bei uns bleiben, ob sie lange bei uns arbeiten, von mehr Faktoren abhängt als von der Höhe der Tarifsteigerungen und der Höhe des Gehalts. Deshalb habe ich die unterschiedlichen Maßnahmen vorgestellt, über die wir mit den Gewerkschaften reden wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Meine Damen und Herren, Sie sehen - und es ist eben noch einmal deutlich geworden -: Es gibt eine Reihe von Fragen, über die wir reden werden und reden müssen. Es geht nicht nur um die Frage der Tarifierhöhungen. Es geht um Fragen, die wir als Landesregierung in der Gesamtschau diskutieren möchten. Ich kann Ihnen aber schon heute drei Dinge versichern: Erstens. Die Entscheidung der Landesregierung über die Tarifierhöhung wird wohl abgewogen sein. Zweitens. Die Entscheidung wird nicht dazu führen, dass wir die in der Landesverfassung fest verankerte Schuldenbremse lösen. Drittens. Es wird keine Nullrunde geben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Eine 0,1-%-Runde!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Der Kollege Hans-Jörn Arp von der CDU-Fraktion hat sich zu einem Dreiminutenbeitrag gemeldet. Er hat nun das Wort.

(Christopher Vogt [FDP]: Eine reale Minusrunde!)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nachdem auch die Finanzministerin eben nur Nebelkerzen gezündet und nichts Klares zu dem Antrag gesagt hat, beantragen wir gemeinsam mit der FDP als Antragsteller namentliche Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben mitbekommen, dass wir gerade diese Frage schon einmal intensiv geprüft haben. Es ist so, dass einerseits Ausschussüberweisung beantragt wurde. Das ist ein Antrag zur Geschäftsordnung. Sie haben nun mit der notwendigen Mehrheit die namentliche Abstimmung beantragt. Ein Blick in die Geschäftsordnung zeigt, dass eine namentliche Abstimmung über einen Grundsatzantrag, einen Antrag zur Geschäftsordnung, nicht zulässig ist und der Antrag auf Ausschussüberweisung der Weitergehende ist. Deswegen würden wir jetzt zunächst über die Ausschussüberweisung abstimmen lassen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Was?)

- Ja, das ist der weitergehende Antrag, das finden Sie, wenn Sie es nachlesen wollen - wir haben es gerade geprüft, da ich mir schon dachte, dass Sie gleich das blaue Buch zücken -, in § 62 Nr. e) der Geschäftsordnung: „Anträge, die, ohne die Sache selbst zu berühren - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist ein Demokratieverständnis! - Weitere Zurufe - Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja unverschämt!)

- Herr Arp, ich lese das jetzt gerade vor. - Ich nehme es jetzt so wahr, dass Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind. Dann lasse ich jetzt abstimmen.

Wer dem Antrag auf Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW. - Wer dagegen ist, den Antrag der FDP-Fraktion in den Ausschuss zu überweisen, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der FDP, CDU und der Fraktion der PIRATEN. - Damit ist die Ausschussüberweisung mehrheitlich beschlossen.

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD] - Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist der neue politische Stil, Herr Stegner! - weitere Zurufe - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wenn ihr was lernt, ist das gut!)

Weitere Debatten zur Geschäftsordnung bitte ich, in die Mittagspause zu vertagen. Ich muss Sie darauf hinweisen, dass wir die Tagesordnungspunkte ohne Aussprache jetzt noch zügig vor der Mittagspause erledigen müssen.

Ich rufe deshalb jetzt Tagesordnungspunkt 2 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 18/259

Bericht und Beschlussempfehlung des Sozialausschusses
Drucksache 18/332

Ich erteile dem Berichterstatter des Sozialausschusses, Herrn Abgeordneten Peter Eichstädt, das Wort.

Peter Eichstädt [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es handelt sich um die Drucksache 18/259. Der Sozialausschuss hat den ihm durch Plenarbeschluss überwiesenen Gesetzentwurf der Landesregierung in seiner Sitzung am 15. November 2012 beraten und empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? - Das ist nicht der Fall. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf in der Drucksache 18/259 unverändert anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind, so, wie ich das im Moment sehe, alle, dann könnte man es auch einstimmig nennen. Ist das richtig? - Die Gegenprobe! - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 3 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/283 (neu)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/363

Ich erteile der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, Frau Abgeordneter Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Nach Überweisung durch den Landtag haben federführend der Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend der Umwelt- und Agrarausschuss den Gesetzentwurf zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein beraten und ihre Beratungen am 21. November 2012 abgeschlossen.

In Übereinstimmung mit dem beteiligten Umwelt- und Agrarausschuss empfiehlt der federführende Innen- und Rechtsausschuss dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Drucksache 18/283 (neu).

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht? Das ist nicht der Fall.

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich weise Sie darauf hin, dass die Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein eine Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder dieses Hauses erfordert.

Der Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs, Drucksache 18/283 (neu). Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist auch dies einstimmig so beschlossen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW - Zuruf SPD: Die FDP hat das gar nicht bemerkt!)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/277

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/364

Ich erteile noch einmal der Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses, der Frau Abgeordneten Barbara Ostmeier, das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Mit diesem Gesetzentwurf hat sich der Innen- und Rechtsausschuss in seiner Sitzung am 21. November 2012 befasst. Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, einer Stimme eines Mitglieds der Fraktion der PIRATEN und eines Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der CDU empfiehlt er dem Landtag die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 18/277 anzunehmen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Abgeordneten der - -

(Unruhe)

- Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um ein bisschen Konzentration, damit nicht nur Herr Koch winkt, sondern alle, die zustimmen wollen, ihre Hände heben. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, des SSW, der Piratenfraktion, der CDU und auch der FDP. - Damit ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe schließlich Tagesordnungspunkt 48 auf:

Antrag zum Schutz der Vertraulichkeit und Anonymität der Telekommunikation

Antrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/311

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
Drucksache 18/370

Ich erteile erneut der Frau Kollegin Barbara Ostmeier als Berichterstatterin des Innen- und Rechtsausschusses das Wort.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Vielen Dank. - Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich in zwei Sitzungen mit diesem Gesetzentwurf befasst und schloss seine Beratungen in der Sitzung am 10. Dezember 2012 ab. Aufgrund des Umfangs dieses Berichts und der Beschlussempfehlung verweise ich auf die Vorlage.

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herzlichen Dank, Frau Berichterstatterin. - Wortmeldungen zum Bericht sehe ich nicht. Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Der Ausschuss empfiehlt, den Antrag in der Drucksache 18/311 abzulehnen. Wer der Ausschussempfehlung folgen und so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Stimmen der Fraktionen von FDP, CDU, der Abgeordneten des SSW, der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. - Wer der Ausschussempfehlung nicht zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Kolleginnen und Kollegen der Piratenfraktion. - Wer möchte sich enthalten? -

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Umdruck!)

- Herr Kollege, ich habe hier keinen Umdruck, sondern eine Drucksache 18/311, über die nach der Ausschussempfehlung abgestimmt werden soll.

Dr. Kai Dolgner [SPD]:

Frau Präsidentin! Ich kann das klären. Der Ausschuss hat in seiner Sitzung am Montag die ursprüngliche Drucksache durch einen Umdruck geändert und mit Mehrheit von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und PIRATEN diesen Umdruck angenommen, damit die alte Drucksache ersetzt und die Annahme der geänderten Drucksache empfohlen. Das ist auch im Kurzbericht nachzulesen. Ich würde mich freuen, wenn wir darüber entsprechend abstimmen würden.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Also keine Ausschussüberweisung! - Heiterkeit - Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ich habe vergessen: bei Ablehnung der CDU!)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Kollege, ich danke für Ihren Hinweis. Leider ist das hier oben nicht angekommen.

Es geht um die Drucksache 18/370. In dieser Drucksache wird, wie Sie gerade erklärt haben, empfohlen, den Antrag in geänderter Form anzu-

(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)

nehmen. Dann bitte ich jetzt, nochmals über die Drucksache 18/370 abzustimmen. Wer dieser Empfehlung in der Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Piratenfraktion.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Ihr habt, glaube ich, zugestimmt! - Heiterkeit)

- Und der Kollege Kubicki.

(Heiterkeit)

- Und schließlich auch die übrigen Mitglieder der Fraktion der FDP. - Wer dieser Drucksache nicht zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Mitglieder der CDU-Fraktion. - Enthaltungen sehe ich nicht. Damit ist die Empfehlung mehrheitlich so angenommen.

(Beifall PIRATEN)

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr und wünsche allen eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:56 Uhr bis 15:05 Uhr)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie nach der Mittagspause hier im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Ich bitte Sie, Ihre Plätze einzunehmen, damit wir unsere Beratungen fortsetzen können. Mit Ihnen gemeinsam möchte ich auf der Tribüne Mitglieder der „AG 60plus“ aus Elmsborn begrüßen.

(Beifall)

Ebenso begrüßen wir Mitglieder des Männertreffs der Kirchengemeinde Waabs

(Beifall)

sowie Jugendliche im Freiwilligen Sozialen Jahr des Bildungszentrums Kiel.

(Beifall)

Seien Sie uns alle ganz herzlich willkommen im Kieler Landeshaus.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 37 auf:

Keine Genehmigung für Fracking in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 18/386

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 18/399

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Olaf Schulze von der SPD-Fraktion das Wort.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr verehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein Gespenst geht durchs Land, und die Menschen haben berechtigte Sorge vor **Fracking**. So haben die Kreise Herzogtum Lauenburg und Segeberg einstimmig und zügig Resolutionen verabschiedet, in denen sie das Fracking ablehnen.

(Zurufe CDU)

- Von der Größe her wäre das bei Ihnen eher so.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist jetzt diskriminierend! - Heiterkeit)

- Man kann sich das jetzt aussuchen. Es ist die Frage, wer sich angesprochen fühlte. - Was ist Fracking? - Fracking ist die **Methode der unkonventionellen Förderung von Erdgas und Erdöl**. Als unkonventionell bezeichnet man Lagerstätten außerhalb der bekannten porösen Trägergesteine. Hier handelt es sich um gering durchlässige Gesteine wie zum Beispiel Kalk- oder Tonstein. Um das Gas fördern zu können, muss das Gestein in der Regel hydraulisch, das heißt mit Druck aufgebrochen werden. Dabei werden giftige chemische Substanzen in den Boden gepresst, damit das freigesetzte Gas nach oben geleitet werden kann.

Die **Umweltauswirkungen** bei Frackingvorhaben sind vielfältig. In Betracht kommen zum Beispiel nachteilige Auswirkungen auf das Grundwasser durch die Fracking-Maßnahmen und die dabei verwendeten Flüssigkeiten, Leckagerisse, Erschütterungen und bei größeren Gewinnungsvorhaben die erhebliche Inanspruchnahme von Natur und Landschaft. Es kann zur Anreicherung von Gas im oberflächennahen Boden oder im Trinkwasser kommen. Die meisten Diskussionen betreffen den Einsatz von Chemikalien, den Umgang mit dem verunreinigten Wasser und den Verbleib des verunreinigten Wassers.

(Olaf Schulze)

Die bekannten für Fracking eingesetzten **Chemikalien** sind teilweise giftig, umweltgefährlich, gesundheitsschädlich, reizend, und ein Teil davon ist wassergefährdend. Eine Beeinträchtigung des Trinkwassers ist möglich, wenn die Chemikalien im Untergrund über natürliche geologische Störungen, über künstliche Bohrlöcher oder über die natürliche Migration durch Gesteinsschichten aufsteigen und somit in die Trinkwasservorkommen gelangen.

Weiter besteht eine Konkurrenz zu anderen Nutzungsmöglichkeiten wie der Geothermie oder der Druckluftspeicherung. Deshalb hat die Koalition bereits im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Fracking abzulehnen ist. Der Koalitionsvertrag wurde heute Morgen schon des Öfteren zitiert. Dies geschah immer mit der Maßgabe: Wir sollten auch umsetzen, was wir da geschrieben haben. Das tun wir hiermit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich freue mich, dass wir nach der Behandlung im Ausschuss einen interfraktionellen Antrag in den Landtag einbringen konnten, in dem wir uns klar dafür aussprechen, die Möglichkeiten von Fracking unter Einsatz umweltgefährdender Substanzen in Schleswig-Holstein zu verhindern. Wir freuen uns, dass das Ministerium bereits die Initiative ergriffen und zusammen mit Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat, die am Freitag behandelt werden wird. Nachdem die **Umweltministerkonferenz** in Kiel sich ebenfalls klar gegen das Fracking ausgesprochen hat, solange die Risiken nicht geklärt sind, sind wir zuversichtlich, dass unsere Initiative am Freitag Erfolg haben wird.

Der nächste Schritt muss jetzt sein, die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Umweltverträglichkeitsprüfung und Öffentlichkeitsbeteiligung zu schaffen. Danach sollten wir das **Bergrecht** in Angriff nehmen. Ich glaube, wir sind uns in diesem Hause alle einig: Wir sollten den Änderungsantrag der PIRATEN dazu im Ausschuss beraten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Für die Aufsuchung und Förderung von unkonventionell lagerndem Erdöl und Erdgas durch Fracking gibt es energiepolitisch keinen Bedarf. Wir sagen: Mit Fracking befinden wir uns auf einem energiepolitischen Irrweg.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Denjenigen, die glauben, dass man durch Fracking unabhängiger von Erdgas- oder Erdöllieferungen aus Russland wird, kann ich nur sagen: Das löst unsere **Energieprobleme** nicht. Unsere Energieprobleme werden gelöst, indem wir ganz klar auf **erneuerbare Energien** setzen. Wir können den Energiebedarf künftig allein aus erneuerbaren Energien decken. Das ist unser Ziel. Wir sind auf einem guten Weg. Lassen Sie uns auf diesem weitergehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Heiner Rickers das Wort.

Heiner Rickers [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Schulze, wir haben im Ältestenrat vereinbart, dass Sie zuerst sprechen dürfen, obwohl ich mich darauf vorbereitet hatte. Das ist natürlich gut; denn nun brauche ich nicht mehr zu erklären, was Fracking ist. Aber eine der Wirtschaft nahestehende Politik der CDU - das würden Sie jetzt von mir erwarten - würde sich natürlich auch nicht komplett gegen Fracking aussprechen, sondern auch darauf hinweisen, dass ähnlich wie bei den Amerikanern damit ein Traum gelebt wird, den wir in Schleswig-Holstein vielleicht gern träumen könnten, aber natürlich nicht umsetzen wollen.

Worum geht es? - Es geht um das Fracking. In den USA, besonders im Norden der USA, werden im Moment **Tausende von Arbeitsplätzen** geschaffen, und so wird ein riesiger Wirtschaftsapparat aufgebaut. Alle diejenigen, die dort vorher keinen Job hatten, sind begeistert. Sie schießen - das haben Sie dargestellt - unter hohem Druck mit Chemikalien belastetes Wasser tief ins Erdreich, zunächst vertikal, dann horizontal. Dann wird mit Chemie aufgebrochen, damit das, was sich im Erdreich befindet und begehrenswert ist - und das sind Erdöl und Gas -, nach oben befördert wird. Es kommt natürlich **Schmutzwasser** nach oben, das zum Teil radioaktiv belastet ist. Außerdem kommt die Chemie wieder nach oben, und es natürlich nicht klar, ob man das in irgendeiner Form säubern, speichern, entsorgen oder wegpumpen kann.

Das ist also eine Riesenmaschinerie, bei den Amerikanern aber hoch angesehen und begehrt. Aus deren Sicht ist natürlich auch erstrebenswert, dass irgendwann, spätestens im Jahr 2020, die Amerika-

(Heiner Rickers)

ner die Saudis ablösen und dadurch weltweit größter Förderer von Erdöl und Erdgas werden.

Wollen wir das hier in Schleswig-Holstein? - Klare Ansage der CDU-Fraktion: Das wollen wir nicht.

(Beifall CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum einen könnten wir es nicht erreichen, zum anderen würden wir es aus umweltpolitischen Gründen natürlich auch nicht wollen. Da beginnt das erste Problem, das uns vorliegt.

Sehr geehrter Herr Umweltminister, Ihnen liegen nicht nur im Umweltministerium Anträge vor, sondern Sie haben auch verlautbaren lassen, dass Anträge im Oberbergamt in Niedersachsen auf sogenannte **Erkundung von Lagerstätten unkonventioneller Erdgas- und Erdölvorkommen** vorliegen. Da also beginnt das große Problem. Die haben nämlich einen **Rechtsanspruch** auf bergrechtliche Ausführungserlaubnis. Das macht es schwer, nun in Schleswig-Holstein zu sagen: „Wir wollen dies nicht. Wir wollen noch nicht einmal, dass aufgesucht wird.“ Aufgesucht wird in der Regel von Unternehmen, die nachher, nachdem sie irgendetwas entdeckt und geortet haben, dieses auch heben, bergen und natürlich auch wirtschaftlich nutzen wollen. Bei steigenden Energiepreisen und bei steigendem Energiebedarf ist das wirtschaftlich verständlich. Aber wir wollen natürlich auch das nicht.

Das zweite Problem ist dieses: Es gibt bisher im Rahmen des Frackings natürlich auch keine **Umweltverträglichkeitsprüfung** und auch kein Planfeststellungsverfahren, in das dann auch die Öffentlichkeit mit eingebunden ist. Das UVP-Recht, im Moment die Umweltverträglichkeitsprüfungsverordnung Bergrecht in § 1 Nummer 2, regelt, dass nur bei gewerblicher Förderung von Öl oder Gas bei einem Fördervolumen von täglich über 500 t Erdöl oder über 500.000 m³ Erdgas - wie gesagt: täglich - dieses UVP-Verfahren angeschoben wird. Das würde in Schleswig-Holstein für ein Fracking-Verfahren natürlich überhaupt nicht infrage kommen und insofern im Moment auch keine UVP dringend und verpflichtend notwendig werden lassen.

Glücklicherweise haben wir aber nicht nur hier im Lande über unseren Umwelt- und Agrarausschuss ausgiebig darüber diskutiert und Unterstützung erfahren, sondern, von Kiel ausgehend, auch auf Bundesebene. Hier in Kiel hat es nämlich Mitte November die Umweltministerkonferenz gegeben. Dort hat man es ähnlich gesehen, wie wir es jetzt in dem fraktionsübergreifenden Antrag verabschieden

wollen. Die Umweltministerkonferenz in Kiel hat zur Kenntnis genommen, dass es nach wie vor Risiken bei der Erkundung und bei der Hebung von Erdgas mit dem sogenannten Fracking-Verfahren gibt, weil **umwelttoxische Chemikalien** in den Boden eingebracht werden. Außerdem sind nicht ausreichend wissenschaftliche Daten verfügbar, und das macht eine Ausführung und Gewinnung aus diesem Grunde im Moment nicht verantwortbar.

Die obligatorische UVP - das habe ich angesprochen - soll zukünftig auch über eine Änderung des Bergrechts verpflichtend werden, und dazu gehört natürlich auch ein **Planfeststellungsverfahren**, in das dann zwingend auch die Öffentlichkeit eingebunden wird.

Damit wir auch etwas von der CDU erleben, habe ich ein Zitat mitgebracht. Ich zitiere mit Erlaubnis der Ministerin:

(Heiterkeit)

„Die bislang vorliegenden Gutachten zeigen, dass beim Fracking durch Einbringen umwelt-toxischer Substanzen in den Untergrund erhebliche Risiken insbesondere für das Trinkwasser bestehen. Eine Genehmigung dieser Art von Erdgas- und Erdölgewinnung ist derzeit nicht unverantwortbar.“

Das ist das Zitat der hessischen Umweltministerin Frau Puttrich, das ich nur unterstützen kann.

Wir werden den Antrag der PIRATEN im Umweltausschuss diskutieren.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Fracking, das Einpressen von Flüssigkeiten zur Erzeugung von Gesteinsrissen, ist eine bergbauliche Methode zur **Gewinnung von Erdgas** aus sogenannten unkonventionellen Lagerstätten. In den USA wird diese Technologie in großem Umfang eingesetzt.

Die Förderung von Erdgas aus **unkonventionellen Lagerstätten** hat zu einem zusätzlichen Gasange-

(Detlef Matthiessen)

bot geführt und zu sinkenden Gaspreisen in den USA. Es gibt Prognosen, dass sich die USA wegen der Fracking-Technologie zum Selbstversorger mit Erdgas entwickeln könnte und sogar Exportüberschüsse zu verwirklichen wären.

Es gibt jedoch auch kritische Berichte über große **Umweltprobleme** bis hin zu starker **Verunreinigung des Grundwassers**. Für Aufregung sorgte ein Film von Umweltschützern. Aus einem häuslichen Wasserhahn in einem Fracking-Gebiet strömte Methan, das sich mit einem Feuerzeug anzünden ließ. Erdgas aus dem Wasserhahn ist natürlich ein unglaublicher Vorgang.

Das große Risiko dieser Technologie besteht genau in dem Einbringen von umwelttoxischen Chemikalien in den Untergrund. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass diese Chemikalien das **Grundwasser** erreichen und es verseuchen. Unser Grundwasser ist das wichtigste **Lebensmittel**; diesen Schatz gilt es für uns und für die künftigen Generationen zu schützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb sprechen wir Grünen uns gegen die Aufsuchungserlaubnis zur Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking aus. Wir fordern ein **bundesweites Moratorium** für den Einsatz der Fracking-Technologie, bis gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über die Risiken vorliegen und ausgewertet sind. Dazu müssen die für das Fracking verwendeten Stoffe systematisiert und hinsichtlich ihres Umweltverhaltens und ihrer Auswirkungen insbesondere auf die Wasserqualität bewertet werden.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung startet zusammen mit der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen eine **Bundesratsinitiative** gegen das Fracking. Ein entsprechender Antrag soll Mitte Dezember im Bundesrat eingebracht werden. Wir begrüßen das, Herr Minister.

Nach Aussage des Umweltministeriums liegen in Schleswig-Holstein keine Anträge auf die Genehmigung von Fracking vor. Allerdings soll es Anträge beim zuständigen Landesamt für Aufsuchung und Untersuchung von fossilen Brennstoffen und zur Gewinnung solcher Erdgas- oder Erdölvorkommen geben.

Wir haben - das haben die Kollegen schon gesagt - im Kreis Herzogtum Lauenburg einen einstimmigen Beschluss, dass dieses Fracking abgelehnt

wird. Konkret geht es um den Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 7 des Bundesberggesetzes zur **Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen** im Erlaubnisfeld Schwarzenbek. Auch in Dithmarschen gibt es Bestrebungen, Schiefergasvorkommen aufzusuchen. Hier ist ein Tochterunternehmen einer kanadischen Öl- und Gasfirma vorstellig geworden. Wie in Lauenburg hat der zuständige Umwelt- und Agrarausschuss des Kreistages einstimmig beschlossen, dem Kreistag zu empfehlen, das Landesbergamt aufzufordern, die vorliegenden Erlaubnis-anträge auf Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen abzulehnen.

Diese Vorgänge zeigen, dass wir hier im Hohen Hause auf ein akutes Problem im Lande reagieren. Ich freue mich sehr, dass es zu einem fraktionsübergreifenden Landtagsantrag gekommen ist. Die Diskussion um CCS, die Verpressung von CO₂ in den Untergrund oder in den Meeresboden vor der Nordseeküste, hat Politiker aller Fraktionen sensibilisiert. Wir begrüßen daher, dass wir uns beim Thema Fracking jetzt so schnell einigen konnten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, das Bundesbergrecht muss dringend überarbeitet werden. Es muss eine zwingend vorgelagerte **Umweltverträglichkeitsprüfung** für bergrechtliche Genehmigungen eingeführt werden. Dazu gehört auch eine intensive **Bürgerbeteiligung** schon vom Beginn der Planungen an.

Gas ist der sinnvolle Energieträger für den Übergang von der Versorgung mit atomar-fossilen Energien hin zu einer vollständigen Versorgung mit erneuerbaren Energien im Strom-, Wärme- und Verkehrssektor. Allerdings darf eine zusätzliche Förderung von Erdgas nicht zur Schädigung des Grundwassers führen. Der dauerhafte, nachhaltige **Schutz des Wassers** hat immer Vorrang.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, zum Verfahren. Wir würden dem Antrag in der Sache hier zustimmen, weil alle Fraktionen ihn mittragen. Der Änderungsantrag der PIRATEN ist nach meiner Wahrnehmung nur in einem zugefügten Punkt 5 anders gefasst. Wenn wir den im Ausschuss behandeln wollen, was wir unterstützen, müssten wir Punkt 5 dann zu einem selbstständigen Antrag erklären und in den Ausschuss überweisen. Dieses Verfahren wollte ich hier insoweit empfehlen. - Meine PGF runzelt noch die Stirn, aber so hatten

(Detlef Matthiessen)

wir es beschlossen. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Oliver Kumbartzky das Wort.

Oliver Kumbartzky [FDP]:

Sehr geehrte, liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es außerordentlich gut, dass wir einen gemeinsamen Antrag eingebracht haben und diesen heute auch beschließen. Deswegen auch diese freundliche Einleitung. Es ist ja richtig: Schon mehrere Kreistage haben ähnliche Anträge beziehungsweise Resolutionen verfasst und abgestimmt. Herr Schulze, ich war ein bisschen erschüttert, dass Sie Dithmarschen nicht erwähnt haben. Dort gab es letzte Woche Donnerstag den einstimmigen Beschluss. Aber es sei Ihnen verziehen. Diese Resolutionen und die Berichterstattung zeigen, mit welchen Sorgen und Problemen dieses Thema wirklich behaftet ist. Die zuständigen Gesetzgeber und Behörden müssen deswegen aktiv werden.

Ich will jetzt nicht, um die Redezeit vollzubekommen, das Fracking-Verfahren erläutern. Außerdem haben wir schon viel Richtiges gehört, dem ich mich gerne anschließe. Ich will nur ein paar Punkte nennen. Fracking ist ein **umstrittenes geologisches Verfahren**. Es besteht eine nicht unerhebliche Anzahl potenzieller Risiken, die vor allem ökologische Fragen betreffen. Daher fordern wir dazu auf, **Rechtsklarheit** im Bergrecht und im Verwaltungsverfahrenrecht dahin gehend herzustellen, dass auch schon Erkundungsvorhaben einer eingehenden **Umweltverträglichkeitsprüfung** zuzuführen sind, die auch zur Versagung von Erkundigungsgenehmigungen führen kann.

Durch die Förderung von unkonventionellem Erdgas kann außerdem Methan freigesetzt werden; das haben wir eben auch schon gehört. Höchst bedenklich ist auch, was mit dem Flowback passiert. Wenn es **Dichtigkeitsprobleme** gibt, kann das wirklich fatale Auswirkungen haben. Keiner kann nämlich genau sagen, was mit dem Zeug passiert. Wenn es erst einmal in der Erde ist, ist es nicht mehr zu kontrollieren. Es kann wirklich schlimme Folgen haben.

Doch nicht nur das Fracking an sich ist problematisch, sondern auch ein weiterer Punkt ist nicht außer Acht zu lassen, und zwar der **Flächenverbrauch**. Durch die Förderfläche, die Leitungstrassen, den Versenkbrunnen und die Bohrplätze ergibt sich ein riesiger Flächenbedarf. Wir haben da wirklich Flächenkonkurrenzen sowohl überirdisch als auch unterirdisch. Deswegen brauchen wir - unabhängig von Fragen wie CO₂-Speicherung oder Fracking - wirklich zeitnah ein **Bodenkataster**, um die langfristigen Ziele für Energiespeicherung, Geothermie und Trinkwasserversorgung festzuschreiben.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das war eine künstlerische Pause. Danke, Detlef. Von dir bekomme ich am liebsten Applaus, das weißt du.

Der Antrag, den wir heute beschließen, ist natürlich Verpflichtung und Auftrag für die Landesregierung zugleich. Wir erwarten auch von der Landesregierung, dass die Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig und umfassend über die **Gefahren des Fracking** aufgeklärt und über konkrete Aufsuchungs- und Erkundungsvorhaben informiert werden. Natürlich soll die Landesregierung auch alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um Fracking in Schleswig-Holstein zu verhindern.

Ich will noch einen Punkt ansprechen. Der Ministerpräsident sagte in seiner Regierungserklärung am 13. Juni dieses Jahres zum Thema Energiewende:

„Meine - wie jede verantwortungsbewusste - Regierung wird sich daran messen lassen, ob wir dieser historischen Aufgabe gerecht werden. Auch deshalb lehnen wir im Land CCS und Fracking unmissverständlich ab. Bis zu einem bundeseinheitlichen Verbot wird ein Landesgesetz beides verhindern.“

Ich frage mich in diesem Zusammenhang, was daraus geworden ist. Wie ist der Stand beim **CCS-Gesetz**? Das Kabinett hat ja am 17. Juli 2012 beschlossen, **CCS-Speicherung** im gesamten Landesgebiet gesetzlich auszuschließen. Das ist auch gut und richtig, weil eben auch schon die Bekundung allein eine blockierende Wirkung hat. Dennoch verkündete der Umweltminister dann per Pressemitteilung am 17. Juli, dass der Gesetzentwurf voraussichtlich im Spätsommer ins Kabinett und im November in den Landtag eingebracht werden soll. Nun haben wir Dezember. Ich würde mich freuen, Herr Minister, wenn Sie dazu gleich noch etwas sagen.

(Oliver Kumbartzky)

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Land und die Bevölkerung warten natürlich auf ein solches Gesetz, Gleiches gilt für das von Herrn Albig angekündigte Frackingverbot-Gesetz. Die Regierung wird sich daran messen lassen müssen.

Es ist klar, wir stimmen heute diesem Antrag zu und stimmen auch dem Verfahren zu, das Herr Matthiessen für den Antrag der PIRATEN vorgeschlagen hat. - Vielen Dank.

(Beifall)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, lieber Herr Abgeordneter. - Ich darf jetzt für die PIRATEN-Fraktion das Wort dem Kollegen Dr. Patrick Breyer erteilen.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat, die Menschen in Segeberg, im Herzogtum Lauenburg, in Nordfriesland, in Dithmarschen, in Schleswig-Flensburg sind wirklich in Aufruhr und fürchten um ihr Grundwasser und ihren Boden, wenn das **Fracking-Verfahren** dort zum Einsatz käme. In der Tat, aus Niedersachsen, wo dieses Verfahren eingesetzt wird, ist bereits bekannt, dass an Förderstätten **Bodenverseuchungen** aufgetreten sind, die leider in der Regel geheim gehalten werden, sodass wir quasi nur die Spitze des Eisberges der Nachteile dieser Verfahren mitbekommen.

Es freut mich, dass wir uns alle in der Zielrichtung einig sind, dass wir dieses Verfahren nicht einsetzen wollen und, wenn man den Antrag genau liest, dass wir auch die **Aufsuchung** mit dem Ziel des Einsatzes dieses Verfahrens nicht wollen. Wir wollen dies nicht nur aus Umweltschutzgründen, vielmehr - dies möchte ich an dieser Stelle sagen - müssen wir es auch aus klimaschutzpolitischen Gründen schaffen, aus den **fossilen Energieträgern** auszusteigen und auf **erneuerbare Energien** umzusteigen. Da schadet alles, was diesen Umstieg verzögert.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich begrüße es, dass Sie, Herr Umweltminister, zusammen mit Nordrhein-Westfalen eine Bundesratsinitiative ergreifen, und freue mich auch darüber, dass Sie da einen Schwerpunkt auf **Transparenz** bei der **Evaluierung der Risiken**, die vorgenommen werden soll, gelegt haben. Nichtsdestotrotz

müssen wir uns im Klaren sein: Eine rein politische Ablehnung des Verfahrens reicht nicht aus, solange die Rechtsgrundlage dafür fehlt, entsprechende Anträge auch tatsächlich ablehnen zu können. Da fehlt mir eben noch eine klare Aussage.

Insbesondere würde ich Sie bitten, Herr Umweltminister, dass Sie den Unternehmen klar und öffentlich sagen, dass spätestens bei der Stufe, wo das Verfahren eingesetzt werden soll, wo die Bohrung begonnen wird, solche Anträge nicht genehmigt werden. Wir haben beim Kohlekraftwerk schon einmal gesehen, dass es Wunder tun kann, wenn man eine klare Ansage macht.

Eine solche fehlt mir allerdings zum Fracking. Wenn die Unternehmen wüssten, dass sie nicht fördern können, dann würden sie auch keine Aufsuchungsanträge stellen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass dem eine klare Absage vonseiten derjenigen erteilt wird, die für die Bewilligung der Anträge zuständig sind.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Das Problem, dass dies bisher nicht geschehen ist, liegt im Bergrecht. Das **Bergrecht** ermöglicht es nämlich nicht, dass wir eine Bedarfsanalyse durchführen und prüfen, ob wir diese Rohstoffe überhaupt brauchen. Das Bergrecht stammt aus Kriegzeiten und gewährt der **Förderung von Rohstoffen** absoluten Vorrang vor anderen Interessen. Das ist einfach nicht mehr zeitgemäß. Aus diesem Grund haben wir über den interfraktionellen Antrag hinaus einen Änderungsantrag gestellt, der genau auf dieses Problem eingeht und für den ich um Unterstützung werbe.

An dieser Stelle möchte ich die Worte von Herrn Karstens, Mitglied im Dithmarscher Kreistag für die CDU, wiedergeben, der vor zwei Wochen das veraltete Bergrecht kritisiert hat, weil dieses seinem Demokratieverständnis widerspreche. Dieser sagte: Da wird einfach ein Antrag über die Köpfe der Bürger hinweg gestellt, die in dem betroffenen Gebiet leben. - Genau darum geht es uns.

Wir fordern eine Ablösung des Bergrechts durch ein Umweltgesetzbuch, in dem ein **Mitentscheidungsrecht** der betroffenen Kreise verankert werden soll. Dabei soll es nicht nur um Prüfungsverfahren gehen. Eine Ausbeutung kann nur im Einklang mit den betroffenen Menschen vor Ort oder gar nicht vollzogen werden.

(Beifall PIRATEN)

Neben diesem Mitentscheidungsrecht der Bürger wollen wir eine vollständige Information über ein-

(Dr. Patrick Breyer)

gehende Anträge und erteilte Bewilligungen. Das ist bisher überhaupt nicht gewährleistet. Nach unserer Überzeugung muss das **öffentliche Informationsinteresse** an Fracking Vorrang vor wirtschaftlichen Geschäftsinteressen haben.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde mich deswegen freuen, wenn diese Vorschläge, die darauf abzielen, das Genehmigungsverfahren transparent zu gestalten und Fracking zuverlässig zu verhindern, Ihre Zustimmung finden würden. Hierzu habe ich bereits sehr positive Signale gehört. Deswegen bin ich gern damit einverstanden, dass wir heute zunächst einmal über den interfraktionellen Antrag abstimmen. Dadurch erledigen sich die Punkte eins bis vier unseres Antrags. Dann können wir Punkt fünf unseres Antrags, bei dem es um die Ablösung des Bergrechts geht, abtrennen und als selbstständigen Antrag dem Ausschuss überweisen. - Danke.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank. - Für die Abgeordneten des SSW hat nun der Kollege Flemming Meyer das Wort.

Flemming Meyer [SSW]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit einer neuen **Fördertechnik** strebt die Industrie an, Gas aus Gestein zu pressen. Durch das hydraulische Frakturieren - kurz Fracking - wird ein Mix aus Sand, Wasser und giftigen Chemikalien in den Boden gepresst, um Schiefergas freizusetzen. Das Umweltbundesamt schätzt, dass rund 1,3 Billionen m³ Gas in deutschem Schiefergestein eingeschlossen sind. Diese Menge würde den Bedarf für 13 Jahre decken.

Was auf der einen Seite als technisches Know-how anerkannt wird, um damit auch die letzten Gasvorkommen auszubeuten, wird auf der anderen Seite wegen der großen **Risiken für Natur und Mensch** abgelehnt. Niemand kann exakt sagen, was im Untergrund passiert, wenn diese Fördermethode Anwendung findet.

So ist auch die Aussage des Chefökonom der Internationalen Energiebehörde, Fatih Birol, zu verstehen, der Fracking als das Tor zu einem goldenen Zeitalter der Erdgasgewinnung sieht, jedoch gleichzeitig berechtigte Bedenken gegenüber dieser Technik zum Ausdruck bringt.

Es ist unbestritten: Die Förderung von Rohstoffen wird technisch immer aufwendiger und riskanter. Die Frage ist jedoch, welchen Preis wir dafür zahlen wollen. Die Gefahren, die von Fracking für Mensch und Umwelt ausgehen, sind unvorhersehbar. Durch das Verpressen kann es ungewollt zu Rissen in Gesteinsschichten kommen, wodurch die hochgiftigen und zum Teil radioaktiven Stoffe in den Boden und in das **Grundwasser** gelangen. Eine hundertprozentige Sicherheit wird nicht gewährt. Niemand kann vorhersagen, wie sich dieses Gemisch im Untergrund ausbreitet, wenn es unter hohem Druck in den Boden gepresst wird.

Daher birgt bereits die Anwendung dieser Technologie als Forschungsvorhaben oder der Einsatz nur in ausgewählten Arealen eine Gefahr in sich. Deshalb lehnt der SSW auch diese Türöffner für das Fracking ab.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gut, dass wir im Landtag einen klaren Beschluss zu diesem Thema fassen werden; denn das politische Signal nach außen muss eindeutig sein. Das haben uns die Erfahrungen mit der **CCS-Technologie** gelehrt.

Erst als die Bürgerinitiativen seinerzeit im Land aktiv wurden, hat auch die Politik hier im Land verstanden, dass die Menschen diese Technologie nicht wollen. Es war keine Handvoll Außenseiter, die sich gegen die CCS-Technologie gewehrt hat. Es war ein breiter gesellschaftlicher Zusammenschluss von Bürgern, Verbänden, Vereinen, Kirche und Politik vor Ort, der mobilgemacht hat. So wie seinerzeit gegen CCS mobilgemacht wurde, stehen die **Bürgerinitiativen** dieses Mal wieder auf und protestieren gegen das Fracking.

Wir müssen den Bürgerinitiativen im Land dankbar sein; denn erst durch ihr großes ehrenamtliches Engagement sind die Bevölkerung und letztendlich auch die Landespolitik für diese Themen sensibilisiert worden.

(Beifall SSW und PIRATEN)

Dies scheint die Industrie leider nicht zu interessieren. Anders sind die Äußerungen des Vorsitzenden des Industrie- und Handelsverbandes Hamburg, Michael Westhagemann, nicht zu interpretieren, wenn dieser sagt, dass unter anderem die Warnungen zum Fracking aus dem Umweltbundesamt zu einer Deindustrialisierung des Landes führten. Es ist bemerkenswert, wenn ein Vertreter der Industrie die wirt-

(Flemming Meyer)

schaftlichen Interessen höher ansiedelt als die Interessen ganzer Bevölkerungsteile.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Hier möchte ich deutlich sagen: Der Beschluss, Fracking in Schleswig-Holstein nicht zuzulassen, ist eine politische Entscheidung und hat nichts mit Deindustrialisierung zu tun.

(Beifall Lars Harms [SSW] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Es ist eine politische Abwägung, wobei wir die **Risiken des Frackings** viel höher einstufen als den Nutzen. Nur weil es derartige technische Möglichkeiten gibt, sind sie nicht unbedingt auch ein technischer Fortschritt.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume das Wort.

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Namens der Landesregierung danke ich für diesen fraktionsübergreifenden Antrag. Ich besonders darf dafür danken, dass Olaf Schulze vorgeschlagen hat - ich war dabei, als er dies vorgeschlagen hat -, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu stellen. Das fand ich ein starkes Signal, das aus dem Umweltausschuss gesendet wurde. Es ist nicht selbstverständlich, dass man versucht, eine gemeinsame Position schon vor der Plenardebatte herzustellen. Ich fand, das war ein großes Zeichen. - Insofern danke dafür, Olaf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW, vereinzelt CDU, FDP und PIRATEN)

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein ist bisher **kein Antrag auf Fracking** gestellt worden, wohl aber - in der vergangenen Sitzung des Umweltausschusses habe ich das noch nicht öffentlich gesagt, weil ich noch nicht sicher war, ob ich damit Betriebsgeheimnisse verletze; das ist inzwischen überprüft, sodass ich wenigstens die Zahlen nennen kann - **Anträge auf Aufsuchungserlaubnis** und auf Bewilligung. Das unterscheidet sich dadurch, dass die Bewilligungen auf Gebiete abzielen, bei denen man weiß, dass es dort Kohlenwasser-

stoffe gibt. Es sind derer elf für Aufsuchungserlaubnisse in Schleswig-Holstein und acht für Bewilligungen. Es liegen also insgesamt 19 Anträge für Schleswig-Holstein vor, jeweils zur **Gebietsabsteckung**, aber noch keine Anträge auf Fracking und noch keine Anträge, die die Förderungsmaßnahmen bezeichnen.

Ich kann heute auch die Firmen benennen. Es sind die Firmen Blue Mountain Energy, Pacific Roder Energy, ExxonMobil, Max Streicher, Central Anglia und RWE Dea, die diese Anträge gestellt haben. Manchmal haben diese Firmen auch Anträge in Konkurrenz zueinander gestellt, und dann beginnt das Betriebsgeheimnis.

Richtig ist auch, dass die Erteilung der Aufsuchungserlaubnisse durch das **Bergrecht** geregelt wird. Deshalb bewegen wir uns in einem Rahmen des gebundenen Rechts. Das heißt, es gibt an dieser Stelle keinen politischen Handlungsspielraum. Als Politiker, zumal als Minister, kann man versuchen, das Recht zu ändern. Man kann aber nicht das Recht brechen. Das heißt, wir können in eine Situation geraten, in der der politische Wille, den ich eindeutig teile und der wahrscheinlich gleich einstimmig zum Ausdruck gebracht wird, nicht dem entspricht, wie sich die Behörden und wie sich das Ministerium verhalten müssen.

Patrick Breyer hat bereits darauf hingewiesen, dass das historisch zu erklären, aber in keiner Weise politisch zu akzeptieren ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD, PIRATEN und SSW)

Ich stimme auch Flemming Meyer zu, dass die Diskussion über **CCS** in Schleswig-Holstein zu einer anderen Tonalität in dieser Debatte geführt hat, das heißt, die Politik und die Gesellschaft haben gelernt. Dass wir heute **Mitbestimmungsrechte, Transparenz** und Offenlegung fordern, heißt, das Umweltbewusstsein ist in den letzten Jahrzehnten gewachsen. Es heißt, dass es bei der Bevölkerung den Willen gibt, bei dieser Frage mitzureden. Das erklärte Ziel der Politik, diese Fragen jetzt politisch zu behandeln, ist ein gesellschaftlicher Fortschritt, für den ich nur dankbar sein kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Es ist dann so, dass, falls Betriebspläne eingereicht werden, also konkrete Bohrungen beantragt werden, diese nach dem bestehenden Recht, sofern sich das nicht ändern wird, untersucht werden. Dieses wird so erfolgen, dass das LBEG, das Landesamt

(Minister Dr. Robert Habeck)

für Bergbau, auch noch einmal die Träger öffentlicher Belange zu **Stellungnahmen** einlädt. Gemeinden, Kreise, Wasser- und Bodenverbände werden dann informiert werden. Ich hoffe aber, dass wir nicht so weit kommen. Wie gesagt, es ist noch kein Antrag auf Fracking eingegangen.

Für mich stellt sich die Frage: Was kann man jetzt tun, bis sich das Recht ändert? Eine Reihe von Maßnahmen will ich kurz aufzählen, die - und das unterstreiche ich noch einmal - unter dem liegen, was ich mir wünschen würde. Sehr geehrter Herr Kollege Breyer, wenn die Welt so wäre, dass alle nur das tun würden, was ich will, indem ich sie anschreibe, dann kann ich Ihnen sagen, wäre mein Leben erheblich einfacher

(Serpil Midyatli [SPD]: Meins auch!)

und Sandra Redmanns Leben auch - oder wessen war das?

(Serpil Midyatli [SPD]: Meins! - Weitere Zuerufe)

- Deins war das. Okay.

Das Erste, was ich tun werde und auch schon im Begriff bin zu tun, ist, die Unternehmen anzuschreiben und sie rechtsverbindlich zu bitten, auf Fracking zu verzichten, sie somit bitten, sich selbst zu erklären.

(Beifall PIRATEN)

Zweitens. Wir werden die Landräte und die betroffenen Landkreise einladen. Die Einladung ist ausgesprochen. Wir werden mit ihnen erörtern, wie man **Informationen in die Öffentlichkeit** bringen kann. Das findet jetzt erst einmal vor Weihnachten bei mir im Haus statt. Sofern die Kreise aber ein Informationsbedürfnis haben und eine Veranstaltung durchführen wollen, sind die genehmigenden Behörden LLUR und LBEG und selbstverständlich auch mein Ministerium bereit, solche Veranstaltungen immer mit durchzuführen und unterstützend zu helfen.

Die Bundesratsinitiative ist benannt worden. Ich hatte ehrlich gesagt ein schlechtes Gewissen, schon vor dem Landtagsbeschluss diese **Bundesratsinitiative** auf den Weg zu bringen. Er ist ja eigentlich hier der Souverän. Dann habe ich es aber doch getan, weil das Eisen eben heiß war und weil ich ahnen konnte, nachdem der Antrag von allen Fraktionen eingebracht wurde, wie sich das Haus positioniert, dass Sie mir das nicht vorhalten, sondern sagen, dass Sie das in Ordnung finden. Das freut mich wiederum.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Rickers?

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Ja, gern.

Heiner Rickers [CDU]: Herr Minister, Sie würden die Unternehmen, die einen Antrag auf Erkundung stellen, schriftlich bitten, dies rechtsverbindlich zurückzuziehen? Was würden Sie machen, wenn die Unternehmen dies nicht machten?

- Nein, nicht zurückzuziehen. Sie stellen ja einen Antrag auf Aufsuchungserlaubnis. Das heißt, sie stellen einen Antrag, in dem Gebiet Kohlenwasserstoffe zu explorieren. Die Technik ist damit aber noch nicht benannt. In dieser Stunde reden wir aber davon - und das ist ja auch der Moment der Kritik, wenn ich die Klimadebatte einmal kurz beiseiteschiebe -, dass sie beim Fracking **umwelttoxische Chemikalien** zur Gewinnung von unkonventionellem Gas einbringen wollen. Ich fordere sie auf, rechtsverbindlich zu erklären, das nicht tun zu wollen. Sie können dann immer noch bohren. Sie können dann immer noch **andere Techniken** anwenden, aber wir hätten in Bezug auf diese Unternehmen eine gewisse Sicherheit, dass sie nicht umwelttoxische Materialien in das Erdreich einbringen wollen.

Heiner Rickers [CDU]: Das heißt, mit Wasser und hohem Druck zu bohren, wäre quasi genehmigungsfähig, das andere aber nicht?

- Das Problem ist, dass ich noch nicht einmal sicher ausschließen kann, dass das andere nicht auch genehmigungsfähig ist. Ich komme gleich dazu.

Ich habe die Zahlen bereits genannt: Es sind 19 Anträge, die sozusagen in der Pipeline sind - wenn ich im Bild bleiben darf. Wenn wir die auf drei bis vier Unternehmen reduzieren könnten, die sich nicht im Sinne des Landtags verhalten, wären wir in der politischen Debatte vielleicht schon einen gewissen Schritt weiter, immer eingeräumt, dass ich auf einer Rechtsbasis operiere, die ich an der Stelle für ungenügend halte.

Der UMK-Beschluss wurde genannt. Er wurde einstimmig gefällt. Richtig ist auch - Herr Rickers, Sie

(Minister Dr. Robert Habeck)

haben es vorgelesen -, dass Frau Puttrich aus Hessen und Bayern dabei eine hervorragende Rolle gespielt haben. Mein Eindruck ist, dass die Debatte nicht zwischen schwarz-gelben oder rot-grünen Ländern erfolgt, sondern eher zwischen den Umweltministerien und anderen Ministerien. Es kann auch gut sein, dass rot-grün regierte Länder demnächst Aufsuchungserlaubnisse erteilen müssen - hoffentlich nicht Schleswig-Holstein. Insofern kann ich nur sagen: Die Front gegen Fracking wird in dem Maße besser stehen, in dem das Gewicht von Umweltministern in den Kabinetten gestärkt wird.

Drittens. Die Fachaufsicht für das LBEG ist in meinem Haus. Letztlich bin ich für die **Fachaufsicht** verantwortlich. Insofern habe ich Sorge getragen, dass die Aufsuchungserlaubnisse noch einmal bei mir vorgelegt werden, sodass man sich nicht herausstellen und sagen kann, dass das die Behörde wohl schon machen werde, wissend, dass im Zweifelsfall auch ich dann in der politischen Debatte stehen werde. Wenn wir hierbei gemeinsam vorangehen, ist man zu diesem Schritt geradezu gezwungen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Der entscheidendste Moment ist vielleicht das **Wasserhaushaltsgesetz**. Das ist das Gesetz, welches wir haben. Bohrungen, die das Grundwasser berühren - und es sind große Gebiete in Schleswig-Holstein, in denen das Grundwasser eine erhebliche Rolle spielt -, sind eine Gewässerbenutzung und brauchen dann eine **wasserrechtliche Erlaubnis**. Die ist zu versagen, wenn schädliche Gewässeränderungen vorliegen oder zu befürchten sind. Dass sie zu befürchten sind, haben wir hier mehrfach beschrieben. Insofern ist das Wasserhaushaltsgesetz in diesem Fall vielleicht das schärfste Schwert, das wir gegen Fracking im Moment haben. Ich hoffe, es kommen weitere dazu.

Des Weiteren ist es richtig, dass eine **Umweltverträglichkeitsprüfung** erst ab den genannten Mengen - 500 t Erdöl und 500.000 m³ Erdgas - erfolgen muss. Wir haben aber herausgefunden, dass eine UVP-Vorprüfung nach den Umweltverträglichkeitsrichtlinien der EU schon jetzt immer erfolgen kann. Das führt im positiven Fall dazu, dass in 80 % der Fälle, in denen diese Vorprüfung erfolgt, keine UVP mehr notwendig ist. Umgekehrt könnte man vielleicht sagen, dass in einer gewissen Anzahl von Fällen die europäische Umweltverträglichkeitsvorprüfung dazu führen wird, dass man auch Ausschlusskriterien definieren kann. Auch das ist jetzt schon möglich.

Ein weiterer Punkt ist - und der wurde schon erwähnt -, ob wir uns mit der Frage der Kenntnisse über unseren Grund ein bisschen intensiver beschäftigen wollen. Die stelle ich einmal anonym in den Raum. Herr Kumbartzky hat es ein **Bodenkataster** genannt. Ich würde von einer **Landesuntergrundplanung** sprechen. Ich würde es befürworten, wenn wir uns da einmal heranwagen würden. Ich befürworte das. Damit einhergeht - das ist in der Bundesratsinitiative mit genannt - die Frage, ob man die Stoffe, die beim Fracking potenziell geeignet sind, eingeleitet zu werden, systematisieren kann, das heißt, ob man umwelttoxische Stoffe clustern und dementsprechend noch ausschließen kann. Im Moment wissen wir ja gar nicht, worüber wir reden. Wir können lange Listen von Chemikalien vorlegen, die eingepresst wurden, aber wir wissen nicht, welche Chemikalien in der Planung sind. Ein Kataster aufzulegen könnte sozusagen ein halber Schritt auf dem Weg zum Ziel sein.

All das sind Möglichkeiten, die man jetzt schon nutzen kann und die wir nutzen werden, bis sich die Gesetzeslage ändert. Das CCS-Gesetz ist in der Ressortmitzeichnung. Es wird das Kabinett im Januar erreichen. Als die Diskussion im Bundesrat im Sommer war und ich ganz neu im Amt war, habe ich gesagt, dass wir das jetzt schnell durchziehen müssen, bis wir dann herausgefunden haben, dass die Willenserklärung des Kabinetts, die wir dann unverzüglich - ich glaube, eine Woche, nachdem der Bundesrat entschieden hat - bekundet hatten, reicht, um eine Art **Moratorium** für Schleswig-Holstein zu verhängen. Es ist im Moment nicht möglich, gäbe es die Idee, CCS-Anträge in Schleswig-Holstein einzubringen, geschweige denn zu bearbeiten, weil eben kein Gesetz da ist. Wir sind somit im Moment auf der sichersten Seite, die wir überhaupt haben können. Gleichwohl - dann haben wir uns ein bisschen mehr Zeit genommen, auch mit anderen Ressorts länger zu reden - ist es eine nicht triviale Aufgabe, so ein sicheres Gesetz zu schmieden. Dennoch wird es nach Weihnachten das Kabinett erreichen und unmittelbar danach den Landtag.

Für Fracking ist kein Landesgesetz geplant, und es gibt auch keine rechtliche Grundlage, ein Landesgesetz zu planen, jedenfalls noch nicht. Das ist auch eine bittere Wahrheit. Denn sonst könnte man es in einem Abwasch mit erledigen.

Es bleibt noch der politische Schlusstrich: Getrieben durch die **hohen Erdöl- und Erdgaspreise** gibt es einen neuen Run auf jetzt auch unkonventionelles Erdöl oder - in diesem Fall vor allem - Erd-

(Minister Dr. Robert Habeck)

gas. Wenn wir die **Klimaschutzziele**, die wir uns selbst gesteckt haben, deutschlandweit und europaweit einhalten wollen - und vor allem in Schleswig-Holstein, wo wir ja stolz darauf sind, Vorreiter zu sein, das heißt, bis 2050 bis zu 95 % der CO₂-Emissionen einzusparen -, dann verbietet es sich, eine auslaufende Infrastruktur am Leben zu erhalten. Fracking ist der Herzschrümmacher für eine falsche Infrastruktur. Wir sollten dieses Leben nicht verlängern. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Herr Minister. - Der Minister hat die vereinbarte Redezeit um gut 5 Minuten überzogen. Diese Zeit würde jetzt auch allen anderen Fraktionen zur Verfügung stehen. Ich sehe im Moment nicht, dass Sie davon Gebrauch machen wollen.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Es ist im Verlauf der Debatte deutlich geworden, dass zunächst beide Anträge als eigenständig erklärt werden sollen, bevor wir in ein Abstimmungsverfahren eintreten können. Ich möchte Sie bitten, diesem so zuzustimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Weiter ist vom Kollegen Dr. Breyer beantragt worden, die Ziffern 1 bis 4 in dem Antrag der PIRATEN in der Drucksache 18/399 für erledigt zu erklären. Es soll lediglich über Ziffer 5 abgestimmt werden. Diese Ziffer 5 soll dem Ausschuss überwiesen werden. Wer dem so zustimmen will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist die Ziffer 5 der Drucksache 18/399 dem Umweltausschuss überwiesen worden.

Ich lasse dann über den Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW in Drucksache 18/386 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. - Entschuldigung! Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine Enthaltung des Abgeordneten Magnusen. Damit ist dieser Antrag bei einer Enthaltung mehrheitlich angenommen worden.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 17 auf:

Elternwillen in der Schulpolitik beachten**Antrag der Fraktionen von FDP und CDU
Drucksache 18/349 (neu)**

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der Abgeordneten Heike Franzen von der CDU-Fraktion das Wort. - Ich habe die Kollegin Franzen versehentlich nach vorn gebeten. Formal wäre es richtig gewesen - wahrscheinlich macht es Frau Klahn -, die FDP zu bitten. Entschuldigung, das war mein Fehler. Wollen Sie - Sie hätten das Recht - als Erste reden?

(Anita Klahn [FDP]: Immer!)

- Sie möchten immer reden? Jetzt dürfen Sie es, und zwar 5 Minuten lang.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Präsidentin, vielen Dank, dass ich das Wort erteilt bekommen habe. - Meine Damen und Herren, unser Land war einmal Vorreiter im Bereich der Wahlfreiheit sowie bei den **Mitstimmungs- und Mitwirkungsrechten von Eltern und Schülern**. Der Elternwille und damit auch die Entscheidungsverantwortung der Eltern standen an erster Stelle. Ein vielfältiges Bildungssystem bot die Freiheit, das persönlich geeignete Schulangebot anhand individueller Interessen, Begabungen und Zielsetzungen zu finden.

Offensichtlich hat die amtierende Regierung kein Vertrauen mehr in die Entscheidung vor Ort. Der Dialog wird zwar als Mantra vor sich hergetragen, die Bildungspolitik aber soll wieder direkt aus Kiel vorgegeben werden - am besten auch bis direkt in den Unterricht hinein.

Eltern, Lehrer und Schüler sehen die Notwendigkeit einer erneuten **Schulgesetzänderung** nicht. Mir ist keine Umfrage bekannt, in der sich nicht eine Mehrheit der Eltern für **G 9 an Gymnasien** ausspricht. Der Landeselternbeirat der Grundschulen weist explizit darauf hin, dass über zwei Drittel aller Grundschullehrer G 9 als gymnasiales Angebot wünschen. Landesjugendring, Kinderschutzbund, Feuerwehren sowie viele weitere Vereine und Verbände kritisieren G 8 und damit das mangelnde Zeitfenster für Schülerinnen und Schüler. Auch wenn Sie die Initiative G 9 jetzt immer gern infrage stellen, kommen Sie nicht umhin anzuerkennen, dass die Initiative in beeindruckender Art und Weise über 27.000 Unterschriften von Schleswig-Holsteinern für die Rückkehr zu G 9 an Gymnasien gesammelt hat.

(Anita Klahn)

Meine Damen und Herren, Politik muss sich doch daran ausrichten, was das Beste für unsere Kinder ist. Elternwillen und Wahlfreiheit müssen beachtet werden. Unsere bildungspolitischen Forderungen sind deshalb ganz klar:

Erstens. Gemeinschaftsschulen müssen auch künftig selbst entscheiden dürfen, ob sie den **Neigungen der Schüler** entsprechenden Unterricht in differenzierten Lerngruppen - bis hin zu abschlussbezogenen Klassenverbänden - anbieten wollen.

Zweitens. Wir wollen, dass Gymnasien darüber entscheiden können, ob sie das Abitur in acht oder neun Jahren oder alternativ das Y-Modell anbieten wollen. Ein Beispiel: Das Carl-Friedrich-von-Weizsäcker-Gymnasium in Barmstedt bietet seit mehreren Jahren das **Y-Modell** an. Wissen Sie, wie das Ergebnis vor Ort ist? Sowohl die Schüler im achtjährigen Zweig als auch die im neunjährigen Zweig konnten durch die homogeneren Lerngruppen ihre Leistungen verbessern. Erklären Sie mir und den Menschen vor Ort, warum dieses in Zukunft nicht mehr möglich sein soll!

Meine Damen und Herren auf der linken Seite, werfen Sie Ihren ideologischen Ballast ab!

(Beifall FDP)

Kommen Sie zu den Fakten! Wenn der Anteil an G-8-Schülern, die sitzenbleiben, doppelt so hoch ist wie der Anteil bei G-9-Schülern, dann können wir das doch nicht einfach ignorieren. Ich kann Ihre Planungen über das Ende der Wahlfreiheit, die Missachtung des Elternwillens sowie die Beschränkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen nur als **Schulunfreiheitsgesetz** bezeichnen.

Viele Bundesländer nehmen sich unsere Reform zum Vorbild und führen G 9 in den Gymnasien wieder ein. NRW, Bayern, Baden-Württemberg und Hessen machen sich auf diesen Weg. In Hessen fordert übrigens sogar die SPD, dass man wieder ganz zu G 9 an Gymnasien zurückkehren soll. Kollege Habersaat, unterhalten Sie sich einmal mit Ihrer Kollegin Habermann aus Hessen! Rheinland-Pfalz - leider auch eher links registert - hat sich im Übrigen nie von G 9 verabschiedet.

Wir Liberalen verstehen auch nicht, wovor die linke Seite des Hauses Angst hat, wenn die Schulen selbst entscheiden dürfen. Die Grünen hatten 2009 noch die Themen Eigenverantwortung und Wahlfreiheit in ihrem Programm. Ich frage mich: Gilt das 2012 nicht mehr? Ich appelliere an die verantwortlichen Regierungsparteien: Führen Sie nicht nur einen Pseudodialog mit den Bürgerinnen und

Bürgern! Geben Sie den Bürgerinnen und Bürgern echte **Wahlfreiheit** und echte Entscheidungsmöglichkeiten!

Auch wenn Sie gerne etwas anderes behaupten: Die schwarz-gelbe Schulreform hat die Gemeinschaftsschulen nicht benachteiligt. Uns war es wichtig, dass sich alle Schulen nach ihren Vorstellungen weiterentwickeln und ihr pädagogisches Konzept umsetzen können. Mit unserer Gesetzgebung haben wir für einen gerechten Ausgleich der Rahmenbedingungen gesorgt und damit die Voraussetzung für einen lang anhaltenden Schulfrieden geschaffen. Unser Antrag stellt klar, dass sich dieser Landtag zur **Wahlfreiheit und Beachtung des Elternwillens** bekennt - so wie es seit vielen Jahren im Schulgesetz verankert ist. Ich bitte daher um Zustimmung zu unserem Antrag und beantrage Abstimmung in der Sache. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Marlies Fritzen:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Jetzt hat die Kollegin Heike Franzen von der CDU-Fraktion das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion ist in der letzten Legislaturperiode sehr bewusst den Weg der selbstständigen und eigenverantwortlichen Schule gegangen. Schulen brauchen die Freiheit, ihre **pädagogischen Entscheidungen zur Unterrichtsgestaltung** und zur **individuellen Förderung** ihrer Kinder eigenständig zu fällen. Dabei sollen die Rahmenbedingungen vor Ort ausschlaggebend sein. Es geht um die Fragen: Wie setzt sich eine Klasse zusammen? Welche Lehrkräfte unterrichten dort? Welche schulischen und außerschulischen Hilfsmittel stehen zur Verfügung? Können die Schulkonferenzen unter Beteiligung von Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern und Schulträgern entscheiden? - Dabei können diese Entscheidungen in den Schulen durchaus unterschiedlich aussehen. Das sollten wir ertragen können, wenn sich am Ende herausstellt, dass die Schulen gute Arbeit leisten und unsere Kinder erfolgreich zu ihren Bildungsabschlüssen führen.

Keine Studie der Welt kann belegen, dass ausschließlich gemeinsames Lernen unserer Kinder zu besseren Bildungsabschlüssen führt. Selbstständige Schule lebt also von den gemeinsamen Entscheidungen im Rahmen eines Bildungskonzeptes vor Ort. Der **Elternwille** ist dabei ein wichtiges Ele-

(Heike Franzen)

ment. Die Belange und die Wünsche von Eltern sind uns wichtig. Wir müssen aber natürlich auch die Anliegen aller Beteiligten an der Schule - insbesondere die von Lehrkräften sowie von Schülerinnen und Schülern - berücksichtigen.

Um Bildungsqualität in einer eigenverantwortlichen Schule sichern und weiterentwickeln zu können, bedarf es allerdings auch einer internen und **externen Evaluation** durch unabhängige Beraterinnen und Berater. EVIT ist zu Recht abgeschafft worden. Wir brauchen aber ein System der externen Evaluation an unseren Schulen. Wenn Schulen eigenverantwortlich handeln, müssen sie auch Experten zur Seite haben, die sie bei der **Qualitätsentwicklung** beraten.

Wir haben in der letzten Wahlperiode auch den Gymnasien die Wahlfreiheit zwischen dem Abitur nach acht und nach neun Jahren zugestanden. Nach wie vor ist die CDU-Fraktion ein ausdrücklicher Befürworter des Abiturs nach acht Jahren. Wir sind der Auffassung, dass das der richtige Weg zum Abitur ist, aber wir stehen zu der Entscheidung der letzten Wahlperiode und bleiben bei der **Wahlfreiheit** für die **Gymnasien**. Es gehört zu einer verlässlichen Politik, zu einmal getroffenen Entscheidungen zu stehen.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Das erwarte ich auch von der SPD, die die **Regionalschule** in Schleswig-Holstein mit eingeführt hat. Jetzt soll diese neue Schularart nicht mehr weiterentwickelt werden, sie soll schlicht abgeschafft werden. Dabei nimmt die Koalition auch **Schulschließungen** in Kauf. Das hat die Ministerin in der letzten Sitzung des Bildungsausschusses erläutert. Neun Regionalschulen sind in ihrer Existenz bedroht. Die Ministerin hat keine Absenkung der Mindestgrößen für Gemeinschaftsschulen in Aussicht gestellt. Stattdessen soll es eine Ausnahme genehmigung für zwölf Schulen geben, die die Mindestgröße nicht erreichen.

Meine Damen und Herren, Ihre Politik gefährdet nicht nur die **Standorte** von Regionalschulen, sondern natürlich auch die der **Gemeinschaftsschulen**, die ebenfalls nicht über die notwendige Mindestgröße von 300 Schülerinnen und Schülern verfügen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Habersaat?

Heike Franzen [CDU]:

Nein, ich möchte in meinen Ausführungen gern fortfahren. - Aber vermutlich wird uns Herr Dr. Stegner gleich wieder erklären, dass wir die Aussage der Ministerin im Ausschuss falsch interpretiert haben.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, die **bildungspolitische Bilanz** dieser **Landesregierung** ist gleich null. Was war nicht alles im Koalitionsvertrag zu lesen und für dieses Jahr versprochen worden? Eine Änderung des **Kindertagesstättengesetzes** zur Sozialstaffel sollte auf den Weg gebracht werden, die zum nächsten Kindergartenjahr greift. Nichts ist passiert. Stattdessen hört man, dass man von der Sozialstaffel gar nichts mehr wissen will.

Ein Maßnahmenpaket zur **Minimierung von Unterrichtsausfall** sollte 2012 vorgelegt werden. Nichts ist passiert. Stattdessen ist der Vertretungsfonds im November bereits mit 2 Millionen € überzeichnet.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Eine Tu-nichts-Regierung!)

Ein **Lehrerbildungsgesetz** sollte 2012 eingebracht werden. Nicht dass Sie mich falsch verstehen, ich bin keine Befürworterin Ihres Lehrerbildungsgesetzes. Aber Sie haben es nicht gemacht. Es ist nichts passiert außer der ungeheuerlichen Ankündigung, dass Sie die Gymnasiallehrausbildung abschaffen wollen.

Von dieser Landesregierung hat es bisher keine einzige bildungspolitische Initiative in diesem Landtag gegeben. Die Initiativen kommen ausschließlich aus den Regierungsfractionen. Die Regierungsfractionen müssen die Bildungsministerin zum Jagen tragen. Bestes Beispiel dafür war die letzte Bildungsausschusssitzung.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie hat aber einen neuen Bodenbelag in ihrem Dienstzimmer!)

- Das ist doch auch etwas Schönes.

Bestes Beispiel dafür war die letzte Bildungsausschusssitzung: Die Ministerin kommt mit der **Genehmigung** von **Oberstufen an Gemeinschaftsschulen** nicht so in die Socken, wie sich die Koalitionsfractionen das vorstellen. Jetzt müssen die Fractionen über Anträge eine gesetzliche Grundlage schaffen. Ein Armutszeugnis für diese Landesregierung und ihre Bildungspolitik! Lassen Sie die Schulen lieber über ihre Angelegenheiten eigenverantwortlich entscheiden! Im Gegensatz zu Ihnen wissen die, was sie tun.

(Heike Franzen)

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende, Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Zurufe)

Wenn man die Anträge von FDP und CDU liest, fühlt man sich in den Deutschunterricht der Oberstufe zurückversetzt. Wenn wir Gedichte von Ernst Jandl oder Helmut Heißenbüttel hatten, begann das mit der Leitfrage: Was will uns der Dichter damit sagen? Allerdings wollten die Dichter im Unterschied zu Ihren Anträgen in der Tat etwas sagen, wohingegen es bei Ihnen mit „Es war einmal“ beginnt und ein Märchen ist, was Sie uns hier erzählen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn Sie über bundesweiten Vorreiterstatus bei Wahlfreiheit und Eigenverantwortlichkeit reden, haben Sie recht, wenn Sie damit die sozialdemokratischen Bildungsministerinnen der Vergangenheit meinen. Das war in der Tat so.

(Lachen FDP)

Alles, was danach kam, war die Endlosschleife der Bildungsdiskussion Marke FDP. Gleich viermal kommt in Ihrem Text der **Elternwille** vor. Wenn Sie den Elternwillen in Ihrer Regierungszeit ebenso hochgehalten und die Ergebnisse der Anhörung zu Ihrer komplett missratenen Schulgesetznovelle ernsthaft betrachtet hätten, statt sie in die Rundablage zu befördern, könnte man Ihnen das auch glauben, was Sie hier vortragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

So ist das eben so, wie es ist: Sie reden leider ohne Substanz.

Wir dagegen nehmen den Elternwillen ernst. Die Koalition und insbesondere unsere Ministerin mussten ihn dafür allerdings erst einmal wieder aus dem Papierkorb herausholen. Wir beteiligen nicht nur die Eltern, sondern auch Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler und die kommunalen Schulträger. Wir haben das umfangreichste **Beteiligungsverfahren** in Gang gesetzt, das es gibt, den **Bildungsdialog**. Ihre Leute stehen in der Ecke und

maulen und werden dafür von den Verbänden zu Recht kritisiert. Herr de Jager schreibt mir einen schönen Brief, er wolle lieber separat Verhandlungen führen. Nein, wir wollen keine Separatverhandlungen. Kommen Sie, diskutieren Sie mit, und die Fraktionen diskutieren hier im Landtag, wie sich das gehört.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Bei den Lösungen, um die es geht, laufen wir nicht den lautesten Interessengruppen hinterher, sondern wir machen einen Dialog und einen Politikwechsel. Diese **Koalition** steht für ein **Schulsystem**, in dem möglichst viele Kinder den möglichst besten Schulabschluss erreichen, in dem viel mehr Kinder Abitur machen. Das geht mit drei starken Säulen: Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und berufliche Schulen.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Ines Strehlau [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie konzentrieren sich nur auf die Gymnasien. Ich weiß gar nicht, was Sie dagegen haben, dass Gymnasium und Gemeinschaftsschule ein anderes Profil haben. Wenn Sie jetzt Krokodilstränen über G 8 weinen, erinnere ich Sie daran, dass Sie es gewesen sind, die uns, die rot-grüne Landesregierung, in der letzten Legislaturperiode immer wieder aufgefordert haben, ohne Modellversuche sofort von G 9 auf G 8 überzugehen.

(Christopher Vogt [FDP]: In der letzten Legislaturperiode? - Unruhe)

- In der vorletzten. Entschuldigung.

Das war der Bildungsexperte Dr. Klug, der uns das immer vorgehalten hat, und wir haben das nicht so gemacht.

Wenn Sie darauf hinweisen, dass sich die SPD in anderen Bundesländern anders positioniert, muss ich Ihnen sagen, dass das Länder sind, in denen es eine Wahlalternative zwischen Gymnasium und Gemeinschaftsschule nicht gibt, schon gar nicht flächendeckend. Das kann man gar nicht vergleichen.

Natürlich gibt es **Probleme bei G 8**; das wissen auch wir. Es gibt Belastungsspitzen, die gerade Jugendliche in der Pubertät treffen. Deswegen muss man an tatsächlichen Entlastungen arbeiten, das tun wir auch. Allerdings kann das nicht bedeuten, dass unsere Schülerinnen und Schüler systematisch ein Jahr älter sein sollen als ihre Schülerkollegen in Europa.

Wenn wir wollen, dass es ein qualitativ gutes Angebot gibt, heißen **Elternwille** und **Wahlfreiheit** für

(Dr. Ralf Stegner)

uns, dass die Eltern in Schleswig-Holstein flächen-deckend die Wahl zwischen G 8 und G 9 haben: G 8 an Gymnasien, G 9 an Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen. Deshalb brauchen wir auch so viele Oberstufen wie irgend möglich. Das ist unsere Politik.

Sie kritisieren, dass wir Schikanen aufbauen - Sie haben doch den Gemeinschaftsschulen die **Differenzierungsstunden** weggenommen! Das korrigieren wir jetzt.

Auch die **Regionalschulen** sichern wir, weil wir gesagt haben: Wenn ihr euch zu Gemeinschaftsschulen weiterentwickelt, müsst ihr nicht um eure Existenz bangen. Genau das tun wir. Die Schulen, die ohnehin unter der Mindestzahl sind, können auch wir nicht schützen. Die hätten auch Sie mit dem, was Sie gemacht haben, nicht schützen können. Wir halten unser Wort.

Es ist mit der Zukunft unseres Landes verbunden, dass die Priorität Nummer eins wirklich heißt, jedem Kind und jedem Jugendlichen in Schleswig-Holstein die besten **Bildungschancen** zu geben. Das lassen wir uns etwas kosten. Deswegen kommen die 300 Lehrerstellen wieder ins System, die Sie herausgenommen haben, obwohl Ihr eigener Bildungsminister das nicht richtig gefunden hat. Da hatten Sie keinen Mut.

(Zuruf Anita Klahn [FDP])

Im Antrag von Qualitätssicherung zu reden, aber EVIT abzuschaffen, ist so konsequent wie Ihre Reden in diesem Haus. Auch das taugt nichts.

Elternwille ist keine Monstranz, die wir vor uns hertragen, sondern wir sagen es mit den Worten von Hermann Hesse: Die Praxis sollte das Ergebnis des Nachdenkens sein, nicht umgekehrt. - Denken Sie einmal darüber nach!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Anke Erdmann.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Land war Vorreiter bei **Wahlfreiheit** und **Eigenverantwortung**, und das bleibt auch so. Das muss man ganz klar sagen. Schulpolitische Entscheidungen werden auf unterschiedlichen Ebenen getroffen, von Schulkonferenzen bis zur KMK, und der

Elternwille spielt dabei eine sehr unterschiedliche Rolle.

Das ist eine Abwägungsfrage zwischen **individuellen Freiheitsrechten** und **gesellschaftlichen Ansätzen**. Das ist ganz klar. Die beiden Pole kann man vielleicht daran festmachen: Ob ein Kind eingeschult wird, entscheiden die Eltern überhaupt nicht. Wir haben eine allgemeine Schulpflicht, und das ist auch gut so. Aber welche Schule für das Kind richtig ist, da haben wir im Prinzip freie Elternwahl. Das ist nicht selbstverständlich. Das sind die beiden Pole.

Bei der Verbesserung der **Unterrichtsversorgung** - eine Sache, die Schulen und Eltern angeht - haben wir keinen unmittelbaren Elternwillen. Das entscheiden wir aus guten Gründen hier im Parlament insgesamt.

„Elternwillen in der Schulpolitik beachten“, so lautete der Ursprungsantrag der FDP, der kommt sehr grundsätzlich daher, ist aber extrem verkürzt auf Ihre beiden Lieblingsfragen. Durch die Änderung der CDU gewinnt der Antrag zwar - das muss ich wirklich sagen -, aber er ändert sich im Kern nicht und wird dadurch nicht zustimmungsfähig.

(Zurufe)

Sie wollen die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 an Gymnasien. Die Konsequenz daraus könnte sein, dass eine Schule jedes Jahr wieder in eine gleiche lähmende Debatte kommt: **G 8/G 9**. Frau Klahn, Sie haben auf NRW verwiesen. Da gab es die Option für ein Jahr, und dann wurde die Option wieder zugemacht. Sie sollten gucken, auf welche Beispiele Sie sich beziehen.

Was sagen unsere Landeselternvertretungen dazu? Ihre Wahrnehmung ist sehr einseitig. Das finde ich erstaunlich. Wir haben Voten von vier gewählten Landeselternvertretungen, und Sie suchen sich immer nur die eine heraus, die Ihnen in den Kram passt. Sie finden Elternwillen dann sinnvoll, wenn er Ihrer Meinung entspricht. Ich finde das sehr schwierig bei dem Anspruch, den Sie hier formuliert haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

Der Elternwille ist nicht eindeutig. Insbesondere der Landeselternbeirat der Gymnasien lehnt diese Wahlfreiheit ausdrücklich ab, genauso der der Regionalschulen und der Gemeinschaftsschulen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Klahn?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, bitte gern.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Ja, bitte.

Anita Klahn [FDP]: Liebe Frau Kollegin Erdmann, ist Ihnen denn auch bekannt, dass die Vorsitzende der Landeselternvertretung Gymnasien gesagt hat, dass ihre Meinung ihre persönliche Meinung sei und sie nicht unbedingt für die Eltern der gesamten Gymnasien spreche?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Deswegen ist ja möglicherweise auch die Stellungnahme nicht von der Vorsitzenden, von der Sie sprechen, unterschrieben worden, sondern vom Stellvertreter. Wenn Sie auf den Elternwillen nur ein bisschen so sehr achten würden, wie Sie hier behaupten, wäre Ihnen klar gewesen, dass der LEB-Beschluss bei ihrer Gesetzesänderung 2010 mit breiter Zustimmung im LEB Gymnasien gefällt worden ist. Da gab es nur ein Gegenvotum. Es gab eine breite Mehrheit bei den gewählten Elternvertretungen, die Sie wirklich so sehr ignorieren, dass es den Landeselternbeiräten schon wirklich unangenehm ist. Da bitte Sie, sich das einmal vernünftig durchzulesen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine weitere Frage?

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gerne, falls Sie noch einen Bumerang werfen wollen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ein richtiges Eigentor gewesen! - Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, ist doch so!

Anita Klahn [FDP]: Ich kann mit Bumerangs gut und gerne umgehen, da bin ich durchaus gestählt. Mit solchen Angriffen wie

von Herrn Habersaat kann ich auch gut umgehen.

Wie bezeichnen Sie denn 27.000 Unterschriften von der Elterninitiative „G 9 jetzt“, die ich eben erwähnt habe?

- Super!

Genau, das hätte ich gern.

- Das ist eine Steilvorlage, Frau Klahn, weil ich in der Plenardebatte zu Ihrem Schulgesetz immer erwähnt habe, welche Voten es auch für Ihren Gesetzentwurf gegeben hat. Herr Kubicki hat damals gesprochen und nicht mit einem Wort gewürdigt, dass es eine Volksinitiative gegen Ihr Gesetz gab. Die haben genauso viele Unterschriften gesammelt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Es passt Ihnen nicht in den Kram, Sie ignorieren es. Auch damals war es so. Es gab bei den Anhörungsergebnissen eine ganz klare Votenlage. Man kann ja in der Frage anderer Meinung sein. Sich aber auf den Elternwillen zu beziehen und nur den Elternwillen zu akzeptieren, der einem gerade in den Kram passt, ist echt total daneben. Das macht mich sauer.

(Zuruf)

- Nein, Herr Garg, der Unterschied zwischen uns beiden ist, dass ich hier nicht sage, ich sei die Hüterin des Elternwillens. Das sage ich eben nicht. Sie sagen das.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ein Unterschied!)

Ich bin im Gespräch mit den Landeselternbeiräten.

(Anita Klahn [FDP]: Ich auch!)

Ich bin nicht eingeladen worden. Also fassen Sie sich an Ihre eigene Nase!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW - Anita Klahn [FDP]: Das ist ja wohl zynisch!)

Die FDP gibt sich im Ursprungsantrag der Illusion hin, 2010 wäre der Schulfriedensengel Herr Dr. Klug herniedergeschwebt. Das ist im Advent ja auch verständlich. Aber erinnern wir uns einmal an seine Amtszeit: **Schulfrieden** war das nicht. Wir hatten Lehrerstreiks, Disziplinarverfahren, Volksinitiativen, Unterschriftenaktionen. Egal wie man inhaltlich dazu steht, Schulfrieden war das nicht. Ich bin froh, dass die Union das offensichtlich auch so

(Anke Erdmann)

sieht. Sie haben nämlich diese Passage in dem neuen Antrag glücklicherweise gestrichen.

Durch viele **Gymnasien** ist mit der **Wahlfreiheit** zwischen G 8 und G 9 wirklich ein Riss gegangen.

(Zuruf)

- Ja, nicht durch alle, das ist klar, aber durch viele. Gerade weil wir wissen, wie intensiv die Beratungen vor Ort gewesen sind, geben wir den G-9-Gymnasien Bestandsschutz.

Unsere grüne Fraktion hat anders als die FDP damals und auch ganz anders als die CDU die **Einführung von G 8** sehr kritisch begleitet. Wir haben damals einen Super-Alternativvorschlag gemacht, womit es eine individuelle Wahlfreiheit für Schülerinnen und Schüler gegeben hätte. Die Große Koalition hat damals die Weichen anders gestellt. Die Schulen haben sich auf den Weg gemacht. Ich akzeptiere, dass unser guter Vorschlag nicht mehr zu realisieren ist. Das ist manchmal so. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Wir sind gegen die Wahlfreiheit. Sie kostet Schulen ganz viel Energie, und die Bildungsqualität steigt dadurch nicht automatisch. G 8 besser machen? - Immer! Es gibt genug Schulen, die das vormachen. Da war auch in Ihrer Regierungszeit noch ein bisschen etwas zu tun.

Was ist mit der **Wahlfreiheit** bei **abschlussbezogenen Klassen**? - Sie haben das eingeführt, die Eltern sind dagegen Sturm gelaufen. Das hat Sie überhaupt nicht interessiert. Drei von 137 Gemeinschaftsschulen haben diese großartige Wahloption gewählt. Das sagt schon alles.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Allerdings!)

Wie hält es die FDP mit dem Elternwillen? 2008 wollten die Wentorfer Eltern ausdrücklich eine Gemeinschaftsschule haben. Es gab eine Bürgerinitiative aus dem Schulelternbeirat. Der FDP war das egal, der CDU übrigens auch. Damals stimmte man gegen den Elternwillen für eine Regionalschule, weil es besser ins Konzept passte.

Gerade will die Regionalschule Flintbek sich zum nächsten Schuljahr zur Gemeinschaftsschule wandeln. Der Schulelternbeirat ist ausdrücklich dafür - ich kann Ihnen die Vorlage geben, Frau Klahn -, und in der Gemeindevertretung gab es 17 Jastimmen für diesen Vorschlag.

(Christopher Vogt [FDP]: Und jetzt?)

Es gab zwei Neinstimmen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Von der FDP!)

- Herr Stegner, Sie haben es erfasst: von der FDP.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Die FDP interessiert der Elternwille eben nur, wenn er ihr gerade in den Kram passt. Deswegen passen die Antragslyrik und Ihr Verhalten überhaupt nicht zusammen.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich freue mich auf weitere Beratungen zu diesen und anderen Fragen

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist peinlich!)

in der Bildungskonferenz zusammen mit den Eltern. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bevor ich Herrn Abgeordneten Sven Krumbeck das Wort erteile, bitte ich Sie, mit mir auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher von der Evangelischen Familienbildungsstätte Schleswig zu begrüßen. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zur Diskussion steht heute ein Antrag zum Thema „**Elternwille** in der **Schulpolitik** beachten“. Frau Klahn, es ist ja bemerkenswert, dass Sie sich wenige Minuten vor der Debatte dazu entscheiden, mit der CDU dazu einen neuen Antrag aufzulegen. Das macht die Sache aber leider nicht besser.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Liebe Kollegin Klahn, liebe Kollegin Franzen, ich bin ganz fest davon überzeugt, dass ich einer der Guten hier im Plenum bin. Ich schreie wirklich nicht aus Prinzip hü, wenn ein anderer hott brüllt. Ich bemühe mich ganz aufrichtig darum, in jeder Äußerung und in jedem Antrag einen berechtigten Sinn zu erkennen.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darum dachte ich zunächst, dass der absurde FDP-Antrag durch den Beisprung der CDU vielleicht inhaltlich verbessert werden würde, wurde er aber leider nicht wirklich.

(Sven Krumbeck)

Zwei Fragen drängen sich mir hier auf: An wen richtet sich der Antrag? Und warum wird überhaupt daran erinnert, dass man den Elternwillen zu beachten habe?

Das **Schulgesetz**, auf das Sie sich in anderen Fragen immer sehr gern berufen, regelt die Frage des **Elternwillens** klar und eindeutig. Schulleiterinnen und Schulleiter haben bisher immer nach § 44 Abs. 3 im Einvernehmen mit der Schulkonferenz und dem Schulträger beschlossen, ob an der jeweiligen Schule der acht- oder neunjährige Bildungsgang angeboten werden soll. Damit bleibt die Entscheidung an der Schule.

In 91 von 99 Gymnasien wurde dazu ein einvernehmlicher Beschluss gefasst. Lediglich in acht Fällen konnte das Einvernehmen nicht hergestellt werden, sodass das Ministerium die Pflicht hatte zu entscheiden. Ich war da skeptisch, aber meine Kleine Anfrage hat Klarheit gebracht.

Liebe Frau Franzen und liebe Frau Klahn, **Elternwille** ist stets sichtbar, weil die **Schulkonferenz** drittelparitätisch besetzt ist. Hier zählt jede Stimme. Das ist demokratisch. Kollegin Klahn, das kann Ihnen Ihr Fraktionsvorsitzender gern noch einmal erklären. Das tut er auch gern uns gegenüber im Plenum.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN, SPD und SSW)

Ich habe da schon sehr genau zugehört und gelernt, wie bedeutsam es ist, sich Mehrheiten zu organisieren. Wenn das nicht klappt, wird man überstimmt, oder man macht es wie die Eltern in den Schulkonferenzen das ganz überwiegend tun: Man ringt um Mehrheiten und findet einvernehmliche Lösungen.

Was mich an Ihrem Antrag ganz besonders irritiert, ist, für welche Interessengruppe Sie zu sprechen glauben: Eltern. Das sind Menschen, die sich aus sehr ernsthaftem Interesse an der Schule beteiligen.

(Christopher Vogt [FDP]: Und die Kinder haben!)

Sie werden als solche in diesem Land sehr ernst genommen. Das ist keine versprengte Gruppe, sondern ein Zusammenschluss legitimer Elternvertreter. Gerade die Elternvertreter des **Landeselternbeirats Gymnasien** lehnen Ihren Vorstoß komplett ab. Die verstehen die Welt nicht mehr. Hätten Sie mit diesen Eltern auch gesprochen und nicht nur mit Ihrer G-9-Initiative, wüssten Sie das.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die verfasste Elternschaft des LEB Gymnasien hat sich zugunsten der ausschließlichen Einrichtung von G-8-Gymnasien ausgesprochen. Diese Eltern wollen das, um ihrer Schulform im gesunden Wettbewerbsprofil damit ein Alleinstellungsmerkmal zu geben, das sie stärkt, während ich den LEB Gymnasien tatsächlich als ein Gremium wahrnehme, das willens ist, sachlich zu arbeiten. Da wird nicht wild gegen die vermeintliche Konkurrenz durch die Gemeinschaftsschulen geschossen. Frei von Polemik und unter dem Verzicht, Schulen gegeneinander auszuspielen, hat sich der LEB Gymnasien für die verfasste Elternschaft positioniert.

Fragt man diese Eltern, ist die Frage nach G 8 oder G 9 in Gymnasien längst vom Tisch. Dort weiß man, dass man ausschließlich G 8 haben und G 9 den Gemeinschaftsschulen überlassen will. Mit den Vertretern dieses Gremiums hatten Sie offenbar überhaupt keinen Gedankenaustausch. Da frage ich mich tatsächlich, welchen Eltern Sie heute Ihre Stimme geben wollen.

(Beifall PIRATEN, SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das schließt aber nicht aus, dass es vor Ort Eltern gibt, die unzufrieden sind und etwas anderes wollen. Dann müssen diese Eltern in den Schulkonferenzen für ihre Position streiten. An dieser Stelle müssen wir uns über ein Verfahren unterhalten. Ich glaube nicht daran, dass man Meinungsbildung und Entscheidungen vor Ort durch Vorschaltgesetze einerseits oder Showanträge andererseits ersetzen kann.

(Beifall PIRATEN)

Das hier ist vom Verfahren her reiner Populismus. Dabei bleibe ich auch nach der Änderung Ihres Antrags. Über Einzelheiten - dazu bin ich bereit - können wir im Ausschuss noch einmal reden. Dann haben Sie Gelegenheit, den populistischen Eindruck zu verwischen.

Wollen Sie das, Frau Klahn? Ist das wirklich Ihre politische Auffassung? Dann formulieren Sie doch einmal einen ehrlichen Antrag zur Änderung des Schulgesetzes! Wir beraten hier immer wieder irgendwelche mehr oder weniger **ideologisch motivierten Anträge** außerhalb des großen Bildungsdialogs.

(Beifall PIRATEN, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da kommt fast täglich etwas Neues hinzu. Das hat hier im Landtag offenbar Tradition. Das können Sie so machen. Aber dann machen Sie es handwerklich

(Sven Krumbeck)

richtig und stellen sich nach der Debatte heute nicht hin und verbreiten erneut das immer wieder falsche Gerücht, der Elternwille finde in der Frage G 8/G 9 in diesem Land keine Berücksichtigung. Überraschen Sie uns nicht in letzter Minute mit neuen Anträgen, die man erst gründlich studieren muss, bevor man ihnen zustimmen kann.

(Zuruf: Oder auch nicht! - Anita Klahn [FDP]: Also nicht verstanden!)

Elternwille, Frau Klahn, ist ein hohes Gut. Sie holen es immer dann aus Ihrem bildungspolitischen Bauchladen heraus, wenn es Ihnen passt.

Wenn es zum Beispiel um die Einrichtung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen geht, ist Ihnen der Elternwille schnurzipiegal.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter Krumbeck, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Bemerkung der Frau Abgeordneten Klahn?

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Anita Klahn [FDP]: Lieber Herr Kollege Krumbeck, Ihre Rede hat wirklich Unterhaltungswert.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Wie betrachten Sie meine Aussage von vorhin, dass sich zwei Drittel der Grundschulleitern G 9 als Angebot wünschen?

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Geben Sie doch einmal eine Antwort dazu, ohne von Herrn Dr. Stegner souffliert zu werden!

(Heiterkeit - Zuruf von der SPD: Hochnotpeinliche Frage!)

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sie müssen das, was zwischen diesen beiden Gruppen an Austausch, an Dialog stattfindet, in ein Verhältnis zu den Beschlüssen des Landeselternbeirats

der Gymnasien setzen, der die gesamte Elternschaft der Gymnasien repräsentiert. Sie können sich nicht einfach für die eine Gruppe das Recht nehmen, die andere Gruppe zu überschreien. Es muss immer einen Dialog und einen Austausch geben, wie das zum Beispiel gerade in der Bildungskonferenz stattfindet.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Ergänzungsfrage? - Ihre fünf Minuten sind ohnehin zu Ende. Sie können jetzt eigentlich nur noch Fragen beantworten.

(Heiterkeit)

Erlauben Sie eine Zwischenfrage oder eine Bemerkung der Frau Abgeordneten Klahn?

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Ich lasse die Zwischenfrage zu, und Sie erlauben mir, meine letzten beiden Sätze vorzulesen.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Sie dürfen dann noch einen Schlusssatz sagen.

Anita Klahn [FDP]: Ich würde gern die letzten beiden Sätze Ihrer Rede hören. Ich bitte Sie ausdrücklich darum, sie vorzutragen. Den Raum gebe ich Ihnen gern.

Ich möchte nachhaken: Wo ist die Antwort auf die Frage, wie Sie das bewerten, dass die Grundschulleitern zu einem erheblichen Maß das Gymnasium wollen? Da ist mir der Verweis auf die Stellungnahme der Eltern der Gymnasien nicht ausreichend. Was - klipp und klar - sagen Sie den Grundschulleitern? Ja oder nein?

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Was ich den **Grundschulleitern** raten würde, wäre, einen Vertreter in die Bildungskonferenz zu bestellen, sich dort mit den Vertretern der Eltern der Gymnasien zusammzusetzen und das Problem in einem allgemeinen Dialog zu diskutieren und eine Lösung zu finden, mit der beide Seiten leben können.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Ja.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön, Herr Dr. Breyer.

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Lieber Sven Krumbeck, ich wollte dich fragen, wie die letzten beiden Sätze deiner Rede lauten.

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Lieber Herr Kollege Breyer, die letzten beiden Sätze meiner Rede lauten: Auch darüber sollten wir noch einmal reden. Am besten machen wir das im Ausschuss. Ich habe aber schon gehört, dass wir wahrscheinlich keine Ausschussüberweisung bekommen werden. Deswegen können wir dem leider nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Anita Klahn [FDP]: Ihr habt doch die Mehrheit!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort. - Bitte, Frau Abgeordnete.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Eins muss ich ehrlich zugeben: Der vorliegende Antrag verwundert mich doch sehr. In letzter Minute kommt auch noch die CDU dazu. Im Vorwege hatte die FDP uns schon gemahnt, den **Elternwillen** in der **Schulpolitik** ernst zu nehmen. Die Wahlfreiheit an Gymnasien mit Blick auf G 8 und G 9 und die Art der Differenzierung an Regional- und Gemeinschaftsschulen sollen von uns beachtet werden. Garniert ist dieser Antrag noch mit dem fast drohenden Hinweis, dass nur dieser Weg den bestehenden Schulfrieden erhalten kann. Dabei fällt doch jedem sofort ins Auge, dass nicht etwa grundsätzlich, sondern nur dort der Wil-

len der Eltern beachtet werden soll, wo es der FDP in den Kram passt. Da machen es sich die Kollegen aus Sicht des SSW dann doch ein wenig zu einfach. Noch dazu kann der Zustand, in dem wir die Schullandschaft nach der Wahl vorgefunden haben, ganz sicher nicht als friedlich bezeichnet werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sollte es der FDP mangels ernsthafter Teilnahme entgangen sein, dann möchte ich hier gerne daran erinnern: SSW, Grüne und SPD sind als Basis für ihre Schulpolitik in einen umfassenden Dialog mit den Betroffenen getreten. Mit der **Bildungskonferenz** und den **Folgeveranstaltungen** wurden und werden nicht zuletzt die Elternvertreter hier im Land ganz konkret in die Weiterentwicklung unserer Schullandschaft einbezogen. Anders als bei der Vorgängerregierung werden Eltern von Rot-Grün-Blau wirklich ernst genommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen ausdrücklich, dass sie mitreden und sich im Interesse ihrer Kinder aktiv einbringen. Genau dieser Prozess ist bereits in vollem Gange. So sieht aus Sicht des SSW eine ernsthafte und vor allem umfassende Beachtung des Elternwillens aus.

Ob wir nun an Differenzierungsstunden oder an den allgemeinen Wunsch nach längerem gemeinsamen Lernen denken - ich frage mich ernsthaft, welche Rolle der Elternwille bei diesen wichtigen Punkten gespielt hat. Ich habe hier keine besondere Beachtung der Wünsche der Eltern erkennen können. Ja, mit der Halbierung der Differenzierungsstunden an Gemeinschaftsschulen und der Streichung von 300 Lehrerstellen wurde der Elternwille sogar klar ignoriert.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD - Anita Klahn [FDP]: Wie haben Sie die Gymnasien ausgestattet?)

Vor diesem Hintergrund mutet der Antrag der FDP schon recht komisch an. Ich kann für diese Koalition nur sagen, dass wir keine mahnenden Worte brauchen, um den Willen der Eltern ernst zu nehmen und bei unseren Entscheidungen zu berücksichtigen. Auch wenn es um echte Wahlfreiheit für Eltern und ihre Kinder geht, scheint sich die FDP an wesentliche Tatsachen nicht erinnern zu können.

Doch wir wollen nicht vergessen, dass sie es war, die die Einrichtung weiterer **Oberstufen an Gemeinschaftsschulen** verhindert hat. Damit wurde

(Jette Waldinger-Thiering)

doch keine Wahlfreiheit geschaffen, sondern den Eltern wurde eine Wahlmöglichkeit genommen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anita Klahn [FDP]: Was meinen Sie jetzt?)

In diesem Punkt muss ich also festhalten, dass wir diese Freiheit erst wieder herstellen mussten.

Auch mit Blick auf **G 8 und G 9** kann keine Rede davon sein, dass diese Koalition Wahlmöglichkeiten beschneidet. Wir haben immer gesagt - und stehen dazu -, dass es auch in Zukunft Gymnasien geben soll, die in acht Jahren zum Abitur führen, und solche, in denen wir den Kindern dafür neun Jahre Zeit geben. Alle G-9-Gymnasien im Land sollen weiter bestehen. Doch man sollte auch so langsam zur Kenntnis nehmen, dass hier kein nennenswerter weiterer Bedarf besteht.

Ich habe den Bildungsdialo g angesprochen. Was auch hier aus meiner Sicht besonders deutlich wird, ist der übergeordnete Wunsch der Eltern nach einer bestmöglichen Bildung und Förderung ihrer Kinder. Dies ist natürlich für alle Schularten und alle Fächer erkennbar. Wir haben den Anspruch, diesem Wunsch der Eltern so gut wie irgend möglich nachzukommen. Wir wollen ihre Kritik und Anregungen grundsätzlich ernst nehmen. Im Gegensatz zu unseren Vorgängern gilt das ausdrücklich für alle Bereiche unseres Schulsystems. Wir verbinden damit auch den Anspruch, in Zukunft mehr Kinder zu höheren Bildungsabschlüssen zu führen. Wir wissen, dass dies nur in engem Austausch mit den Betroffenen gelingen kann.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für einen Dreiminutenbeitrag hat jetzt die Frau Abgeordnete Heike Franzen von der CDU-Fraktion das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es um den Elternwillen geht, dann kann man nicht einen Landeselternbeirat gegen den anderen ausspielen, das will ich deutlich sagen. Das sage ich auch aus meiner ehemaligen Tätigkeit als Landeselternbeiratsvorsitzende für damalige Grund-, Haupt- und Förderschulen heraus.

(Beifall CDU und PIRATEN - Zuruf Lars Harms [SSW])

- Herr Harms, ich bin noch nicht fertig. - Wir müssen einige Aspekte der Struktur der Landeselternbeiräte zur Kenntnis nehmen. Der Landeselternbeirat für Grundschulen und Förderschulen hat sich damals, als wir das Schulgesetz im Jahr 2009 auf den Weg gebracht haben, deutlich für G 9 ausgesprochen. Das muss man anerkennen. Darin vertreten sind die Eltern, die ihre Kinder zukünftig auf die Gymnasien schicken. Ehrlicher Weise muss man auch sagen, dass der Landeselternbeirat der Gymnasien aus Eltern gebildet wird, die ihre Kinder bereits an den Gymnasien haben und zum großen Teil weder von G 8 noch von G 9 betroffen waren. Hier muss eine entsprechende Abwägung stattfinden. Es ist unser Wunsch, und wir haben uns deshalb auch darauf verständigt zu sagen: Wir wollen bei dieser Wahlfreiheit für die Gymnasien bleiben.

Ich würde gern darauf hinweisen, was uns die Schülervvertretungen der Gymnasien in ihrer Stellungnahme zum Vorschaltgesetz gesagt haben. Wir wollen ja nicht nur den Elternwillen berücksichtigen. Das habe ich in meiner Rede auch deutlich gemacht. Wir wollen alle Beteiligten an Schule anhören. Auch die Beteiligten wollen die **Wahlfreiheit für G 8 und G 9 den Gymnasien** überlassen.

Sie reden Ihre Bildungskonferenz immer wieder schön, und Sie stellen uns hier immer wieder in die Ecke, weil wir das erste Mal nicht so mitgearbeitet haben, wie Sie sich das vorgestellt haben. Ich will das gar nicht mehr erläutern. Ich will aber sagen: Lesen Sie sich einmal die letzte Pressemitteilung der Schülervvertretungen zu den Werkstattgesprächen durch! Lesen Sie sich die Pressemitteilungen des Philologenverbandes durch, aus denen hervorgeht, wie man die Bildungskonferenzen inzwischen einschätzt! Sie werfen uns vor, wir hätten uns an der Diskussion nicht beteiligt. Frau Ministerin, ich habe Sie bei den letzten Werkstattgesprächen nicht in der Diskussion gesehen. Ich habe Sie sehr wohl in Einzelgesprächen gesehen, nicht aber bei der Diskussion mit den Beteiligten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja empörend!)

Wir sollten an dieser Stelle ein bisschen mehr Ruhe einkehren lassen. Bei den Entscheidungen, **Gemeinschaftsschulen** einzurichten, hat niemand ein Problem damit gehabt, dass diese Entscheidungen vor Ort getroffen worden sind. Jetzt gibt es ein Problem, wenn es heißt, dass sich die Schulen vor Ort nicht mehr entscheiden dürfen, wie sie ihren Unterricht anbieten wollen, nämlich binnendifferenziert oder äußerlich differenziert. Trauen Sie den

(Heike Franzen)

Schulen diese Entscheidung zu! Lassen Sie sie doch in Ruhe!

(Beifall CDU und vereinzelt PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner für einen Dreiminutenbeitrag das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer sich auf die Elternmeinung an den Grundschulen bezieht, der muss doch zur Kenntnis nehmen, wenn die Grundschulleitern sagen: Wir wollen G 9. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass diese Eltern das vor der momentanen Situation sagen, dass wir die Alternative an den **Gemeinschaftsschulen** noch nicht flächendeckend entwickelt haben. Wenn an den Gemeinschaftsschulen flächendeckend G 9 als Alternative angeboten wird, was genau das ist, was wir an den beruflichen Schulen voranbringen wollen, dann werden Sie erleben, dass sich der Elternwillen so darstellt, dass die Kinder der einen auf **Gymnasien** in acht Jahren zum Abitur kommen und dass die anderen das Gleiche in neun Jahren tun werden.

Liebe Frau Kollegin Franzen, Sie sagen: Lassen Sie die Schulen doch in Ruhe. Sie hatten doch gar nichts gegen die Gemeinschaftsschulen. Ich würde von Ihnen gern wissen, warum Sie den Gemeinschaftsschulen die Differenzierungsstunden entwendet haben. Die wahre Wende kommt jetzt, weil wir die Differenzierungsstunde zurückgeben. Warum haben Sie diese weggenommen? Das hat nichts damit zu tun, die Schulen in Ruhe zu lassen, sondern das heißt, den Eltern die Wahlfreiheit zu nehmen, weil auf dem Etikett Gemeinschaftsschule draufsteht, wobei jedoch keine Gemeinschaftsschule drin ist.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist das, was Sie immer wollten. Bei diesem Punkt haben Sie immer nur so getan, als seien Sie für das, was wir miteinander vereinbart haben. Ich glaube, wahre Wahlfreiheit ist, wenn die Eltern, die der Meinung sind, dass ihre Kinder ein Jahr länger brauchen und dass neun Jahre besser für ihre Kinder sind, eine Chance haben, dieses Angebot flächendeckend im Land zu nutzen; an den beruflichen Schulen, an den Gemeinschaftsschulen oder an den wenigen Gymnasien, die auch künftig G 9

anbieten dürfen, weil wir vereinbart haben, dass das so bleiben soll. Die anderen Schüler gehen an G-8-Schulen. Dann haben wir ein wunderbares System der Wahlfreiheit, für das wir gesorgt haben, und zwar mit der nötigen Ausstattung und nicht nur mit dem Etikett auf der Flasche, in der nichts drin ist. Das, was auf unserem Etikett steht, wird auch praktiziert. Das ist das, was wir wollen, und das setzt diese Koalition auch durch.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Zu einem weiteren Dreiminutenbeitrag hat für die SPD-Fraktion Herr Abgeordneter Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben von Frau Klahn mal wieder gehört, wie das bundesweit aussieht. Frau Klahn, Sie haben recht. Bundesweit gibt es Initiativen, an **Gymnasien** wieder **G 9** einzuführen. Ich finde es nicht redlich, dass Sie immer wieder das Beispiel Rheinland-Pfalz ins Feld führen. In Rheinland-Pfalz wurde das Abitur schon immer nach dem ersten Halbjahr im 13. Jahrgang vergeben. Das ist quasi G 8,5. Dort hat man schon immer gesagt, dass man in Richtung G 8 oder 9 nichts ändern wolle, sondern so weitermachen wolle. Man hat dort aber Schulversuche zugelassen. Wissen Sie, was dort passiert ist? - Einzelne Gymnasien in Rheinland-Pfalz bieten im Rahmen eines Schulversuchs G 8 an.

Meine Bitte an Sie lautet: Streichen Sie zumindest dieses Beispiel. Wenn Sie schon dabei sind, dann nehmen Sie bitte zur Kenntnis, dass andere Bundesländer auch nicht über eine Struktur verfügen, die es ermöglichen würde, flächendeckend G 9 an Gemeinschaftsschulen/Gesamtschulen/Oberstufen oder Oberschulen, wie immer man das nennen mag, anzubieten. Das ist eine Diskussion, die man differenziert führen sollte. Dann können wir uns darüber unterhalten, ob es Sinn macht, den Prozess an den Gymnasien wieder zu öffnen. Wir glauben: nein. Wir haben gesagt, wir wollen den Dialog ein Jahr lang führen. Wir wollen darüber diskutieren und in dieser Phase diese Änderungen nicht zulassen.

Frau Franzen habe ich auf der letzten Bildungskonferenz mit diskutieren sehen. Frau Franzen, ich fand es gut, dass Sie da waren. Ich fand es auch gut, dass Sie wirklich mit dabei waren. Ich finde es nicht ganz in Ordnung, Frau Wende jetzt vorzuwerfen,

(Martin Habersaat)

dass sie nicht an den einzelnen Arbeitsgruppen teilgenommen hat, zumal fast alle Arbeitsgruppen, die zu Beginn vorgestellt wurden, von stattgefundenen Auftaktgesprächen sprachen. Fast alle Arbeitsgruppen haben sich lobend darüber geäußert, dass sich die Ministerin die Zeit genommen hat, um bei diesen Auftaktgesprächen dabei zu sein. Das müsste man zumindest auch sagen.

(Beifall SPD und SSW)

Wir haben es beim Elternwillen in Schleswig-Holstein nicht mit einer einheitlichen Meinung zu tun. Ich glaube, das ist Konsens hier im Saal. Es ist Aufgabe der Politik, einen Interessenausgleich herbeizuführen, wenn es unterschiedliche Interessen gibt. Unser Weg ist momentan, mit möglichst vielen Menschen zu sprechen. Wenn Sie einen besseren Weg haben, dann nehmen wir den gern zur Kenntnis. Frau Klahn, die eine Seite zu ignorieren und die andere zur allein seligmachenden zu erklären, ist nichts, was wir für redlich hielten. Wie sehen Sie den Elternwillen bei den Oberstufen an den **Gemeinschaftsschulen**? - Sie müssen doch zustimmen, dass dort Eltern sind, die gern eine Oberstufe für ihre Gemeinschaftsschule haben wollen. Das ist der **Elternwille**, oder sehen Sie das anders?

Eine letzte Bemerkung in die Richtung der CDU: Ich bitte Sie, nicht so zu tun, als hätten Sie für **Regionalschulen**, die weniger als 240 Schülerinnen und Schüler haben, eine Lösung in der Schublade gehabt. Regionalschulen, die unter diese Marke der Schülerzahlen gefallen sind, mussten schon immer individuelle Lösungen finden. Sie mussten schon immer darüber nachdenken, sich mit anderen Standorten zusammenzufinden oder andere Alternativen zu finden. An dieser Regelung hat sich nichts geändert. Insofern verstehe ich nicht, warum hier immer etwas skandalisiert werden muss. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament sehe ich nicht. Wir kommen jetzt zur Landesregierung. Das Wort hat Frau Bildungsministerin Prof. Dr. Waltraud Wende.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Den **Elternwillen** und die **Eigenver-**

antwortlichkeit der Schulen beachten und stärken; dieser Satz gefällt mir sehr gut. Gute Bildungspolitik nimmt Eltern und Schulen mit, sie hört Eltern und Schulen zu und lässt sie mitentscheiden. Gute Schulpolitik lässt den Schulen Raum, individuelle Alleinstellungsmerkmale zu entwickeln.

Dass der Dialog für beide Seiten ein lohnenswerter Austausch ist, zeigen auch die zahlreichen Gespräche, die wir mit den Landeselternvertretungen und den Lehrerverbänden im Rahmen des Bildungsdialogs führen und führen werden. Eltern und Lehrkräfte wollen, dass man sie ernst nimmt. Sie wollen, dass unsere Kinder die bestmögliche Bildung erhalten. Sie wollen, dass unsere Kinder individuell gefördert werden, in allen Schularten und über alle Fächer hinweg. Genau das ist das Ziel der Landesregierung. Mit Blick auf den Antrag von CDU und FDP sage ich Ihnen: Wir sollten den Elternwillen grundsätzlich ernst nehmen und nicht nur dann, wenn er zufällig mit unseren eigenen schulpolitischen Vorstellungen übereinstimmt.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Letzteres aber tut der Antrag von CDU und FDP. Er fokussiert nämlich nur da auf den Elternwillen, wo er mit CDU- und FDP-Positionen kompatibel ist.

Der Antrag betont die G 8- und G 9-Wahlfreiheit der Gymnasien und die schulartbezogene Differenzierung an Regional- und Gemeinschaftsschulen. Dabei wird jedoch übersehen, dass die Regierungskoalition die **Wahlfreiheit** der Eltern nicht nur nicht abschafft, sondern in wichtigen Punkten erhält.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Beispiel Gymnasien. Es bleibt bei dem Nebeneinander von **Gymnasien** mit achtjährigem und neunjährigem Bildungsgang. Die bestehenden elf G 9-Gymnasien müssen sich nicht ändern; sie alle bleiben auch zukünftig so bestehen. Alle Gymnasien hatten zum Schuljahr 2011/2012 und zum Schuljahr 2012/2013 die Möglichkeit, einen Wechsel von G 8 zu G 9 zu beantragen. Nachdem sich im ersten Jahr elf Schulen für G 9 entschieden haben, gab es im Folgejahr keine weiteren Anträge. Ich folgere daraus, dass der Bedarf gesättigt ist. Der Elternwille ist erfüllt.

Beispiel **Gemeinschaftsschulen**. Wir ermöglichen den Eltern Wahlfreiheit, wenn wir bereits zum kommenden Schuljahr 2013/2014 die Möglichkeit schaffen, dass Gemeinschaftsschulen eigene **Ober-**

(Ministerin Dr. Waltraud Wende)

stufen einrichten können. Die Vorgängerregierung hat diesen Weg blockiert. Wir korrigieren das,

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

weil wir wollen und ebenso viele Eltern wollen, dass künftig erstens Bildungsbiografien nicht bereits im Alter von neun oder zehn Jahren entschieden werden und dass zweitens mehr Kinder zu höheren Bildungsabschlüssen geführt werden, als dies aktuell der Fall ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das ist gut für die Eltern und für ihre Kinder, vor allem aber für unser Land.

Das, meine Damen und Herren, ist die Wahlfreiheit, die sich Eltern für ihre Kinder wünschen. Eltern wollen und sollen zwischen starken Gymnasien und starken Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe wählen können und eben nicht politisch vorgegeben bekommen, auf welche Art und Weise und in welcher Schulart ihr Kind das Abitur zu erwerben hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, den Elternwillen zu beachten und den Schulen Entwicklungsmöglichkeiten zu geben, dazu bedarf es keiner Aufforderung der Opposition, zumal keiner Aufforderung durch die FDP und die CDU, die in der vergangenen Legislaturperiode in ihrer Regierungsverantwortung die Differenzierungsstunden für die Gemeinschafts- und Regionalschulen halbiert und 300 Stellen gestrichen haben. Hier wurde der Elternwille nicht nur nicht ernst genommen, sondern mit Füßen getreten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben das korrigiert, wir machen es besser. Wir achten den Elternwillen, indem wir starke Gymnasien und starke Gemeinschaftsschulen ermöglichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Heiner Garg [FDP]: Starke Gymnasien!)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Uns liegt ein Antrag der Fraktion der FDP in der Sache vor. Jetzt muss ich den Herrn Abgeordneten Krumbeck noch fragen, ob er die Diskussion im Ausschuss als Antrag verstanden wissen will. Wenn ja, wäre es ein Überweisungsantrag. Das war nicht eindeutig.

(Zuruf Sven Krumbeck [PIRATEN])

- Das ist also als Antrag gemeint. Dann ist dies der weiter gehende Antrag.

Wir kommen jetzt in der Abstimmung zunächst zu dem Antrag, den Antrag in der Drucksache 18/349 (neu) an den Bildungsausschuss zu überweisen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist nur die Fraktion der PIRATEN.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung in der Sache. Da das nicht ganz gereicht hat, müssen wir es jetzt noch einmal versuchen.

(Heiterkeit)

Wer dem Antrag also seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CDU und der FDP sowie der Abgeordnete Dr. Breyer von den PIRATEN.

Wer diesem Antrag in der Gegenprobe nicht seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion der SPD, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SSW und die restlichen PIRATEN.

Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag mit der Mehrheit des Hauses abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Tagesordnungspunkten 25 und 39:

Gemeinsame Beratung**a) Bericht zur Zukunft der Lehrerausbildung**

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 18/371

b) Schularthbezogene Lehrerausbildung erhalten

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/388

Der erste Antrag ist von der Fraktion der FDP. Deswegen gebe ich jetzt in der Aussprache, die ich hiermit eröffne, das Wort Herrn Abgeordneten Christopher Vogt von der FDP-Fraktion.

(Widerspruch)

Ist das falsch? - Ja, das ist ein Berichtsantrag. Alles klar. Ich danke für den Hinweis. Das habe ich in der Schnelle nicht gleich erkannt.

(Vizepräsident Bernd Heinemann)

Nun beantragen Sie sicherlich, diesen Bericht hier mündlich vorzutragen. Ist das richtig, Herr Abgeordneter?

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident, ich möchte kurz auf Folgendes hinweisen. Wir hatten den Antrag schon in der vergangenen Plenartagung gestellt und hatten beschlossen, in dieser Sitzung zunächst den Bericht der Ministerin zu hören, damit ich nachher auf den Bericht antworten kann. Vorher ist das immer schlecht.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das habe ich übersehen. Vielen Dank für den Hinweis. Dann bitte ich jetzt die Frau Ministerin, ihren mündlichen Bericht abzugeben.

Dr. Waltraud Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! In den vergangenen Tagen habe ich wiederholt betont, dass wir bei der Reform der universitären **Lehrerbildung** eine Lösung verfolgen, die keinen der beiden Hochschulstandorte als Verlierer dastehen lässt.

In ersten Gesprächen mit den Präsidien beider Universitäten haben wir ausgelotet, welche Art der Ausbildung an welchem Standort aufgrund der faktischen Gegebenheiten möglich und sinnvoll ist. Dabei geht es nicht nur um Standort- und Strukturfragen, auch inhaltliche Qualitätsanforderungen sind zu bedenken. Darüber hinaus sind weitere Aspekte im Auge zu behalten, wenn es um die Zukunft unserer Lehrerinnen- und Lehrerbildung geht.

Erstens sind dies die Ausbildungsdauer und der Ausbildungsumfang. Nach KMK-Vorgaben darf ein Masterabschluss nur vergeben werden, wenn im gesamten Studium 300 ECTS erreicht werden. Das entspricht einer Ausbildungsdauer von fünf Jahren.

Zweitens sind das Fragen der Besoldung. Welche besoldungsrechtliche Ausbildung der 300er-Master haben wird, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Dabei zeigt ein Blick in andere Bundesländer, dass die Umstrukturierung in Bachelor- und Masterabschlüsse bisher nicht zu Überlegungen geführt hat, Lehrkräfte mit Masterabschluss generell nach A 13 zu besolden.

Wenn es nach mir geht, wird es in Schleswig-Holstein künftig zwei verschiedene Ausbildungsprofile geben: einen **Primarstudiengang**, der für die Unterrichtstätigkeit an Grundschulen qualifiziert, und

einen **Sekundarstudiengang**, der sowohl für Unterrichtstätigkeit an den Gymnasien als auch für Unterrichtstätigkeit an den Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe qualifiziert.

Mit einer solchen Neujustierung der Lehrämter orientiert sich die Qualifizierung unserer heutigen und zukünftigen Lehrkräfte an den tatsächlichen Bedarfen der bestehenden Schullandschaft. Die Studieninhalte des Primarstudiengangs richten sich an den fachwissenschaftlichen und den fachdidaktischen Anforderungen aus, die an die Tätigkeit im Grundschulbereich gestellt werden.

Die Studieninhalte im Sekundarstudiengang entsprechen den hohen fachwissenschaftlichen Anforderungen der ehemaligen Gymnasiallehrrausbildung, wobei das Studienangebot zukünftig mehr pädagogische, praktische und didaktische Anteile haben wird. Da wissenschaftliche Studien belegt haben, dass die fachwissenschaftliche Kompetenz der Lehrkräfte der Schlüssel zu erfolgreicher Unterrichtstätigkeit ist, wird das hohe fachwissenschaftliche Niveau der ehemaligen Gymnasiallehrrausbildung für die Neuausrichtung der Studienangebote richtungsgebend sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Reform der Lehramtsstudiengänge wird zur Sicherung beider Schulstandorte beitragen. Die Reform der Lehramtsstudiengänge wird bei den Studierenden aller Lehramtsstudiengänge die berufliche Qualifizierung für den Arbeitsplatz Schule verbessern. Die Reform der Lehramtsstudiengänge wird die Qualität unserer schulischen Bildung verbessern. Und die Reform der Lehramtsstudiengänge wird in ihrer Ausgestaltung von den Anregungen aus dem Bildungsdialo g entscheidend profitieren können. - Sehr geehrte Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat Herr Kollege Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Ich danke der Ministerin für ihren Bericht. Frau Ministerin, die von Ihnen geplante Einführung des von Ihnen sogenannten Sekundarstufenlehrermodells - einige nennen es Einheitslehrer; da ich ein sachlicher Typ bin, liegt mir ein solcher Kampfbegriff fern - sorgt seit Monaten für

(Christopher Vogt)

große Unruhe nicht nur an den Gymnasien, sondern auch an den Universitäten in Kiel und Flensburg. Sie versuchen zu beschwichtigen. Das Modell des **Stufenlehrers** ist, das ist unsere Befürchtung, eine so offensichtliche Schwächung der erfolgreichen Schulform Gymnasium, dass Ihnen das wahrscheinlich nicht gelingen wird. Wir nehmen zur Kenntnis, dass Sie sich mit Ihrem Modell noch einige Zeit nehmen müssen, bis es ein mit den Hochschulen abgestimmtes Modell gibt, das Sie uns präsentieren können.

Die finanziellen Auswirkungen - dazu haben Sie eben schon etwas gesagt - müssen angesichts der finanziellen Lage des Landes von vornherein mit bedacht werden. Insofern sind wir auch dort der Auffassung, dass es nicht so einfach wird, wie Sie es sich vorstellen. Aber wir werden es sehen. Für uns steht auf jeden Fall fest, dass die Besoldung der Lehrer auch in Zukunft fair geregelt sein muss. Wer die gleiche Ausbildung erhält, wer angeblich auch die gleiche Aufgabe hat, muss in Zukunft auch gleich besoldet werden. Insofern sind wir gespannt, wie das funktionieren soll. Eine Lösung, die sich an einer niedrigeren Besoldungsstufe orientiert, kann aus unserer Sicht nicht die Lösung des Problems sein.

Meine Damen und Herren, ich glaube Ihnen gern, wenn Sie sagen, kein Universitätsstandort werde bei der Neuregelung geschwächt. Sie haben eben noch einmal ausdrücklich gesagt, dass das das Ziel ist. Auch da sind wir sehr gespannt. Es gibt an der Uni Flensburg, aber auch in Kiel große Befürchtungen. Insofern hoffen wir, dass wir Ihnen dort Glauben schenken dürfen.

Eine Neuordnung der Lehramtsstudiengänge ist unbestritten notwendig. Die Vorgängerregierung hatte sie angepackt. Die neue Landesregierung möchte aus unserer Sicht einen leider politisch motivierten Weg gehen, den wir nicht gutheißen können. Man hört von vielen Gesprächsterminen. Auch Sie haben gerade bestätigt, es laufen derzeit sehr viele Gesprächstermine mit den Universitäten in Kiel und Flensburg. Die Frage der Neuordnung der **Lehrerausbildung** ist, glaube ich, keine Frage, die nur mit den Universitäten besprochen werden muss, sondern die auch mit den Lehrerverbänden besprochen werden muss. Die großen Bedenken der Lehrerverbände müssen Sie zur Kenntnis nehmen. Da wäre wirklich ein Dialog gefragt.

Die Argumente, die Sie auch heute hier wieder für das geplante Modell genannt haben, rechtfertigen aus unserer Sicht diese doch sehr umfassende Reform nicht, weil die negativen Auswirkungen auf

das **Gymnasien** aus unserer Sicht zu groß sind. Wir können uns gern über die Inhalte der einzelnen **schulartbezogenen Studiengänge** unterhalten. Den Wunsch nach mehr Praxisbezug können wir nachvollziehen. Auch die stärkere pädagogische Komponente finden wir richtig. Manchmal habe ich das Gefühl, da wird Pädagogik mit Didaktik verwechselt.

Wenn sich die Schulformen in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren so deutlich verändert haben, wie sie es haben, muss natürlich auch das bei der Lehrerausbildung stärker berücksichtigt werden. Das teilen wir. Wir sind aber der Auffassung, dass das schulartbezogen erfolgen muss. Denn es macht natürlich einen großen Unterschied, ob man Lernstoff an einer Gemeinschaftsschule oder an einem Gymnasium vermitteln soll. Insofern, glaube ich, muss das stärker in die Ausbildung einbezogen werden.

Das Grundproblem bleibt bestehen, und die Befürchtungen werden Sie auch heute nicht ausgeräumt haben. Sie machen an dieser Stelle Schulstrukturpolitik auf sehr subtile Weise. Dieses Problem werden Sie auch mit Ihrem Bericht nicht gelöst haben. Die Lehrerausbildung muss sich an den bestehenden Schulformen orientieren und nicht andersherum, Frau Ministerin.

(Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, es wird immer deutlicher, die Gymnasien werden von dieser Landesregierung bestenfalls geduldet, aber leider nicht fair behandelt.

Es gibt schon jetzt zahlreiche Beispiele, an denen man das ablesen kann. Sie sorgen leider für große **Unruhe** an den **Schulen**. Wir haben uns in den letzten drei Jahren teilweise hoch emotionale Redebeiträge anhören müssen. Da wurden sehr viele Krokodilstränen vergossen, da wurde dem Kollegen Ekkehard Klug vorgeworfen, er würde für große Unruhe an den Schulen sorgen. Das mögen Sie so sehen. Die Frage ist nur, das scheint Ihnen bei Ihrer Schulpolitik doch nicht so wichtig zu sein. Auch jetzt haben wir große Unruhe an den Schulen. Dieses Problem haben Sie mit Ihrer Politik leider nicht gelöst.

(Wortmeldung Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Frau Erdmann, ich lasse keine Zwischenfrage zu. Ich habe keine Lust, mich wie schon eben wieder für das Abstimmungsverhalten von FDP-Mitgliedern in Gemeindevertretungen entschuldigen zu

(Christopher Vogt)

müssen. Insofern möchte ich das an dieser Stelle nicht machen.

(Zuruf Peter Eichstädt [SPD])

- Herr Eichstädt, ich glaube, dass Sie das interessiert. Sie sind ein immer interessierter Typ. Kollege Eichstädt, vielleicht interessiert Sie auch, dass Sie sonst immer vor Alleingängen Schleswig-Holsteins warnen. An dieser Stelle machen Sie einen Alleingang. Ich glaube, das wird das Lehramtsstudium in Schleswig-Holstein nicht attraktiver machen.

Dem CDU-Antrag werden wir zustimmen. Wir haben zwar unsere Bauchschmerzen mit dem letzten Satz, Kollege Günther, aber wir werden diesem Antrag zustimmen, nicht aus alter Verbundenheit, sondern weil wir konstruktiv mit Anträgen von den Fraktionen umgehen und weil wir der Auffassung sind, dass die Lehrerausbildung auch in Zukunft schulartbezogen sein muss. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die CDU-Fraktion hat das Wort der Herr Abgeordnete Daniel Günther.

Daniel Günther [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will, bevor ich der Ministerin für ihren Bericht danke, der FDP ganz herzlich dafür danken, dass sie diesen Berichts Antrag gestellt hat. Wenn ich ehrlich bin, wir haben uns im August über dieses Thema im Landtag unterhalten, und da haben die regierungstragenden Fraktionen einen Antrag gestellt, der auch eine Mehrheit gefunden hatte, mit dem die Ministerin darum gebeten wurde, ein entsprechendes Gesamtkonzept vorzulegen. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in diesem Antrag gestanden hat, dass die Ministerin dieses Konzept am Rande des Buffets in der Mittagspause des Hochschulkongresses vorstellt, sondern ich hätte mir schon gewünscht, dass sie dieses Konzept dort präsentiert, wo es hingehört, nämlich hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Beifall CDU und FDP)

Die Wahrheit ist - ich war beim Hochschulkongress dabei -: Es war mitnichten so, dass das, was die Ministerin da vorgestellt hat, irgendwie Ergebnis dieses Kongresses gewesen ist. Da ist mit keinem Wort darüber gesprochen worden. Vielmehr kam es ihr so in den Sinn, etwas zu diesem Thema zu sa-

gen. Das kennzeichnet, finde ich, Ihre Politik, die Sie in Schleswig-Holstein machen. Dialog findet immer nur dort statt, wo Sie es wichtig finden, wo vielleicht die Menschen es in unserem Lande wichtig finden, dass sie beteiligt werden, setzt die Landesregierung überhaupt nicht auf Dialog.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Daniel Günther [CDU]:

Selbstverständlich. Mit dem größten Vergnügen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Bitte schön.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sehr verehrter Herr Kollege Günther, können Sie sich vorstellen, wie ein Wissenschaftsminister Klug, der netterweise wieder im Raum ist, reagiert hätte, wenn es Zeitungsberichte über Befürchtungen an einzelnen Standorten gegeben hätte, mit denen der Regierung alles Mögliche unterstellt worden wäre? Wäre dann die Antwort Ihrer Meinung nach gewesen, dazu zu schweigen und gar nichts zu sagen? Hat die Ministerin nicht das Recht, falschen Vorhaltungen etwas entgegenzusetzen und ihre Überlegungen öffentlich darzustellen?

Daniel Günther [CDU]:

Herr Stegner, ich kann mir das nicht vorstellen. Herr Klug kann sich das sicher auch nicht vorstellen, weil er nie Wissenschaftsminister in diesem Land war.

(Beifall CDU und FDP)

Trotzdem vielen Dank für die Zwischenfrage.

Frau Ministerin, Sie haben unglaublich viel Vertrauen verspielt und **Misstrauen** gesät, insbesondere an der **Universität in Flensburg**. Es ist nicht anders zu deuten, dass im Senat der Universität Flensburg ein Antrag vorliegt, den Herr Professor Reinhardt, der Ihr Nachfolger dort ist, gestellt hat. Dabei geht es genau um den letzten Punkt, bei dem die FDP ein bisschen Bauchschmerzen hat zuzustimmen. In diesem Antrag wird die Landesregierung explizit aufgefordert, das Akkreditierungsverfahren fortzusetzen. Das schreiben sie doch deshalb dort hinein, weil sie Bedenken haben, dass das fortgesetzt wird. Sonst würde die Universität das doch gar

(Daniel Günther)

nicht schreiben. Nicht einmal das trauen sie Ihnen im Moment zu.

Schuld daran ist das von Ihnen angerichtete Chaos in diesem Bereich. Frau Wende, zu dem im Koalitionsvertrag erwähnten Stufenlehrermodell sagen Sie öffentlich, dass es vorne und hinten nicht funktioniert. Umgekehrt kanzelt der Kollege Habersaat Ihren Vorschlag, den Sie jetzt gemacht haben, öffentlich als ein erstes Rohmodell ab.

(Heiterkeit Tobias Koch [CDU])

Das Problem ist, dass beides leider richtig ist; denn beide Modelle sind vollkommener Quatsch.

(Beifall CDU und FDP)

Der Herr Innenminister und der Herr Wirtschaftsminister, die ich im Grundsatz für vernünftige Menschen halte - ich habe nicht von guten Ministern, sondern von vernünftigen Menschen gesprochen -, haben in den Bereichen, in denen im **Koalitionsvertrag Murks** vereinbart worden ist, ihre Schlüsse daraus gezogen und Veränderungen herbeigeführt.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was denn?)

- Kommunales Haushaltskonsolidierungsgesetz. Ich könnte noch andere Sachen auch aus dem Verkehrsbereich nennen. Ich traue Ihnen die Einsichtsfähigkeit in diesem Bereich allerdings nicht zu. Der Landtag muss Sie in diesem Augenblick stoppen, weil Sie in diesem Bereich nicht die erforderliche Einsichtsfähigkeit haben. Sie werden sich nicht nur eine blutige Nase holen, sondern Sie geben im Moment auch noch Vollgas.

Frau Ministerin, Ihr **Ziel des Einheitslehrers** - lieber Kollege Vogt, ich nenne ihn auch so, weil er nämlich einer ist - ist falsch, weil ein Land, das zukünftig noch Gymnasien haben wird, wenn wir Ihnen Glauben schenken dürfen, selbstverständlich auch ausgebildete Gymnasiallehrer braucht. Kaum ein anderes Bundesland macht das anders. Warum sollen wir dann in Schleswig-Holstein diesen Weg gehen?

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Erdmann?

Daniel Günther [CDU]:

Ja. Wenn diese Frage fachlich richtig liegt, beantworte ich sie dann auch.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist zauberhaft.

Ich halte Sie übrigens auch für einen vernünftigen Menschen. Ihre Ausführungen kann ich an vielen Stellen inhaltlich aber nicht teilen.

Wenn Sie sagen, dass es weiterhin Gymnasien gebe und es deswegen auch weiterhin Gymnasiallehrer geben müsse, wie ist dann zu erklären, dass die Große Koalition damals Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen eingeführt hat, die entsprechende Lehrerbildung aber nicht reformiert hat?

- Diese Frage hätten Sie Frau Ute Erdsiek-Rave stellen sollen, die zu diesem Zeitpunkt Ministerin war und in der Verantwortung stand.

(Beifall CDU und FDP)

Ich will allerdings nicht schönreden, dass wir dieses Thema zu lange vor uns hergeschoben haben, Frau Kollegin Erdmann. Ich will das nicht schönreden. Das hat viel zu lange gedauert. Die Konsequenz daraus, dass wir das damals nicht gemacht haben, kann aber doch nicht sein, dass wir heute nicht das umsetzen, was wir beschlossen haben, nämlich dass wir die Lehrerbildung an den Schulen orientieren, die wir bei uns im Lande haben. Das muss doch die richtige Konsequenz sein.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Ergänzung?

Daniel Günther [CDU]:

Na klar.

Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist jetzt nur eine Bemerkung.

Ich möchte nur noch einmal sagen, dass das Parlament das Recht hat, Gesetze zu ändern. Ich weiß, dass Frau Franzen das zum Teil anders sieht. Sobald das Parlament eine Initiative startet, sagen Sie, wir müssen die Ministerin treiben.

Ich sehe meine Aufgabe als Abgeordnete aber so - ich glaube, das geht allen hier so -, dass wir auch schauen, ob wir die Gesetzestexte so verändern können, wie es sinnvoll ist. Dabei sind wir also auch als Abgeordnete in der Pflicht. - Das aber nur zur Ergänzung.

(Daniel Günther)

- Ich kann das nachvollziehen. Wir würden das auch gerne im Parlament beschließen. Wir haben uns aber darauf verlassen, dass Sie das, was Sie in Ihren Koalitionsvertrag geschrieben haben, nämlich dass Sie ein Lehrerbildungsgesetz im Jahr 2012 einbringen wollen, auch in die Tat umsetzen, damit wir genau diese Handlungsspielräume für die Regierung schaffen können. Das haben Sie aber versäumt. Ich weiß auch nicht, wann Sie diesen Gesetzentwurf überhaupt einbringen wollen.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Franzen von der CDU-Fraktion?

Daniel Günther [CDU]:

Meine Redezeit ist laut dieser Uhr um 6 Sekunden reduziert worden. Das war unfair.

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Diese 6 Sekunden gibt es obendrauf.

Daniel Günther [CDU]:

Danke.

Heike Franzen [CDU]: Herr Kollege Günther, wären Sie so nett, dem Plenum mitzuteilen, wer die Reform der Lehrerausbildung in der vergangenen Legislaturperiode auf den Weg gebracht hat?

- Es waren CDU und FDP, die das auf den Weg gebracht haben. Wir haben zur Kenntnis nehmen dürfen, dass die Landesregierung im Moment sogar plant, diese Reform in Flensburg auch umzusetzen. Das haben wir neu gelernt. Deswegen ist unser zweiter Antrag an dieser Stelle hoffentlich überflüssig.

Ich darf vielleicht aber noch ein Zitat anbringen. Sie müssen keine Angst haben, dass dies wieder ein Zitat eines schlimmen konservativen Lehrerverbandes ist. Vielmehr ist das der Antrag von Herrn Professor Reinhart.

(Zuruf SPD: Wen meinen Sie da?)

- Ich meine die von Ihnen immer so Bezeichneten. Herr Professor Reinhart und Herr Professor Danker wollen gemeinsam im Senat Folgendes beschließen:

„Der Senat geht für die absehbare Zukunft von einem zweigliedrigen weiterführenden allgemeinbildenden Schulsystem mit den tra-

genden Institutionen Gymnasium und Gemeinschaftsschule aus. Er präferiert ergänzend zum Primarstufenlehrerstudium **getrennte Lehramtsstudiengänge** für das Gymnasium und die Gemeinschaftsschule, weil die Schularten und die Biografien ihrer Schülerinnen und Schüler unterschiedlich sind.“

Das sagen die Experten, mit denen Sie doch immer Dialoge führen wollen. Dann hören Sie doch einmal darauf, was Ihnen die Experten sagen.

(Beifall CDU und FDP)

Wir brauchen diese **Doppelstrukturen** in Schleswig-Holstein nicht. Wir brauchen sie nicht nur inhaltlich nicht, sondern das funktioniert auch organisatorisch nicht. Deshalb hat man in Flensburg auch solch eine Angst bekommen. Ich habe befürchtet, dass Kiel durch diese Reform belastet wird.

In der Praxis zeigt sich jedoch, dass genau das Gegenteil der Fall sein wird. Es wird sich ein dramatischer Schwund an Studierenden in Flensburg zeigen, weil Ihr Modell nicht funktionieren wird. Es wird doch kein Mensch nach Flensburg gehen, weil dort nur ganz wenige Lehramtskombinationen möglich sein werden, während in Kiel alles möglich ist. Dann studiert doch kein Mensch mehr in Flensburg. Davor haben die Menschen im Moment Angst.

(Beifall CDU und FDP)

Was Sie in Ihrem Antrag beim letzten Mal geschrieben haben, dass Sie mehr **Mobilität zwischen Flensburg und Kiel** ermöglichen wollen, ist doch ein Hohn. Sie können doch nicht von Studierenden, die zum Beispiel Deutsch und Biologie studieren, erwarten, dass sie den ganzen Tag zwischen Flensburg und Kiel pendeln. Das sind die Sorgen, die die Menschen im Moment haben.

Es ist nicht nur inhaltlich falsch, was Sie machen, sondern es ist auch organisatorisch absoluter Murks. Sie können das heute stoppen, indem Sie unserem Antrag zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

Martin Habersaat [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist unstrittig, dass in der vergangenen Legislaturperi-

(Martin Habersaat)

ode in **Flensburg** neue **Initiativen zur Lehrerausbildung** auf den Weg gebracht worden sind. Darunter waren viele tolle Ansätze. Wir könnten jetzt noch einmal genau schauen, welche dieser tollen Ansätze wir der damaligen Universitätspräsidentin in Flensburg zu verdanken haben und welche der CDU und der FDP, die sich zur gleichen Zeit wie die Kesselflicker darüber gestritten haben, ob man zum Staatsexamen zurückkehren soll.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind nicht das einzige Bundesland in dieser Republik. Wir sind auch nicht das einzige Bundesland, das sich mit der Frage der Lehrerausbildung befasst. Ich empfehle interessierten Menschen einen Blick in die Broschüre „Ausbildung von Lehrkräften in Berlin“. In **Berlin** regiert momentan eine Große Koalition, die unverdächtig ist, ideologisch in eine Richtung zu tendieren. Dort ist eine hochkarätig besetzte **Expertenkommission** zusammengekommen, die unter anderem sagt, wichtig sei es, im Lehramtsstudium viel Polyvalenz bei gleichzeitig zu sichernder Professionalität zu ermöglichen.

Diese Kommission empfiehlt auch, die **Lehrämter** an der **Schulstruktur** zu orientieren. Hört, hört! Die CDU bekommt große Ohren. Diese Kommission empfiehlt außerdem, ein Lehramt an Grundschulen einzurichten. Außerdem empfiehlt diese Kommission, ein Lehramt an integrierten Sekundarschulen und Gymnasien als gemeinsamen Lehramtsstudiengang einzurichten. Dies entspräche quasi einem gemeinsamen Studium für Gemeinschaftsschul- und Gymnasiallehrern.

Dies wird folgendermaßen begründet: In Berlin hat sich ein Zweisäulenmodell realisiert, in dem zwei zeitlich unterschiedlich getaktete und curricular unterschiedlich akzentuierte, aber gleichwertige Bildungsgänge zu allen Abschlüssen einschließlich der Hochschulreife führen. Hört, hört!

Weiter empfiehlt diese Kommission, das Lehramt an beruflichen Schulen beizubehalten. Das steht hier zum Glück nicht zur Debatte.

Der Konsens, den wir hier vielleicht auch festhalten können, besteht darin, dass es Länder in dieser Republik gibt, die keine reinen Gymnasiallehrer ausbilden. Das müssen wir möglicherweise entsetzt zur Kenntnis nehmen. Aber wir können beruhigt sein: Kein einziges der Länder in dieser Republik hat die Gymnasien abgeschafft. Alles wird gut.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Oh! - Anita Klahn [FDP]: Und ich glaube an den Weihnachtsmann!)

Der zweite Konsens, den wir hier möglicherweise haben, ist, dass beide **Universitäten** im Land Schleswig-Holstein **Stärken** haben. Die Stärken beider Universitäten sollte man bei einer Reform der Lehrerbildung berücksichtigen.

Von Herrn Günther haben wir gehört, dass wir im August einen Antrag beschlossen haben, in dem wir gesagt haben, dass die Landesregierung eine neue Lehrerausbildung entwerfen und einen neuen Gesetzentwurf vorlegen soll. Auf dem Weg dahin haben wir jetzt einen ersten **Zwischenstand** gehört. Ich hatte nicht das Gefühl, dass Frau Wende das als unmöglich empfunden hätte, dass ich das als Rohmodell bezeichnet habe. Mein Eindruck war eher, dass alle Beteiligten das als einen ersten Schritt betrachten, über den jetzt vor Ort weiter gesprochen werden muss. Was denn sonst? Dafür haben wir doch den **Dialogprozess**. Dafür haben wir Arbeitsgruppen, und dafür haben wir auch unsere Gremien.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sie kennen die nur nicht! - Christopher Vogt [FDP]: Herr Stegner, bleiben Sie versöhnlich!)

Wo wir in diesem Hause auch einen Konsens haben, ist, dass die **Schulstruktur** in unserem Land mit der alten **Lehrerausbildung** nicht mehr übereinstimmt.

Danach hören die einheitlichen Punkte auch auf.

Unser Ziel ist es, möglichst viele Schülerinnen und Schüler zum Abitur zu bringen, aber auch den bestmöglichen Abschluss für alle Schülerinnen und Schüler sicherzustellen, die das Abitur nicht erreichen. Unser Anspruch ist es auch, die **bestmögliche Förderung** für jeden einzelnen **Schüler** und für jede einzelne Schülerin zu erreichen. Wenn Sie jetzt nicken und sagen, das finden Sie auch, dann müssten Sie auch den nächsten Schritt mit mir gehen und sagen: Genau das sind doch die Aufgaben von allen Lehrerinnen und Lehrern im Land, sowohl von Gemeinschaftsschullehrern als auch von Gymnasiallehrern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das kann doch im Jahre 2012 nicht mehr ernsthaft so sein, dass Sie glauben, es gibt da zwei unterschiedliche Sorten Menschen, und darum muss es zwei unterschiedliche Sorten Lehrer geben, die diese dann ausbilden sollen.

(Martin Habersaat)

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich komme zum Fazit, das haben wir im letzten Punkt auch schon einmal gehört: Wir wollen in Schleswig-Holstein starke Gymnasien, starke Gemeinschaftsschulen, starke berufliche Schulen - übrigens auch starke Grundschulen vorneweg, ergänzt durch starke Förderzentren -, und dafür brauchen wir starke Lehrerinnen und Lehrer. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie zum Schluss noch eine Frage? - Das ist nicht der Fall. Dann machen wir in der Rednerliste weiter.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Abgeordneten Rasmus Andresen das Wort.

Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zu dem komme, was ich eigentlich sagen will, will ich noch kurz auf Sie, Herr Günther, reagieren. Ich fand es schon ziemlich dreist. Sie waren derjenige, der treu an der Seite des ehemaligen Wissenschaftsministers bei jeder Maßnahme stand, die immer weiter zu immer tieferem Misstrauen gegenüber der Hochschullandschaft geführt hat und dazu geführt hat, dass jetzt in der **Hochschullandschaft** ein Misstrauen gegenüber der Politik entsteht. Dass Sie sich jetzt hier hinstellen und uns vorwerfen, dass es an Standorten zu Unruhe in der Hochschullandschaft kommt und Sie sich sozusagen als Retter präsentieren und Senatsbeschlüsse beziehungsweise Entwürfe zu Beschlüssen, die eventuell ja auch noch anders getroffen werden können, zitieren, ist doch schon extrem interessant und spricht nicht gerade für Sie.

Die **Akteure** in den **Lehramtsstudiengängen** sind in den letzten Jahren alleingelassen worden. Statt gemeinsam langfristige Konzepte zu entwickeln, geschah vonseiten der Politik immer nur das Nötigste. Das, was an positiven Aspekten passiert ist, ist von den Hochschulen allein in die Hand genommen worden. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass nun, wo sich eine Landesregierung vornimmt, einen Dialog zu organisieren und gemeinsam ein zukunftsfähiges **Konzept** für die Lehramtsstudiengänge zu entwickeln, auch ein bisschen Irritation

und Unruhe über den Weg entsteht. Das ist etwas ganz Normales. Das ist überhaupt kein großes Problem und überhaupt nicht skandalisierungsfähig, wie Sie es hier gerade probiert haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Unser Ziel ist es, gemeinsam ein modernes, **zukunftsfähiges Lehrerbildungsgesetz** zu machen. Deshalb nehmen wir auch gerade bildungswissenschaftliche Studien, unter anderem von dem bekannten Professor Schulmeister, sehr ernst, in denen es darum geht, dass an den Schulen viel wichtiger geworden ist, Zusammenhänge zu erklären, soziale Kompetenz zu stärken und Teamfähigkeit auszubilden, statt altes Faktenwissen zu pauken. Die Vielfalt im Klassenzimmer ist eine ganz andere, als sie das vielleicht noch vor einigen Jahren war. Didaktik muss eine viel größere Rolle als bisher spielen. Die Gymnasien müssen sich auch verändern. Denn auch die Gymnasien haben eine viel pluralere Zusammensetzung, als es noch vor einigen Jahren der Fall gewesen ist. Auch wenn hier einige einen anderen Eindruck vermitteln, haben wir - Gott sei Dank - nicht mehr die Bildungslandschaft der 60er-Jahre.

(Zuruf)

- Herr Vogt, wir sind deshalb auch nicht nur besonders politisch motiviert, was an ein Parlament auch ein lustiger Vorwurf ist, sondern wir sind vor allem pädagogisch motiviert, die Lehramtsstudiengänge zukunftsfähig zu gestalten.

Als Koalition wollen wir mehr jungen Menschen die Möglichkeit zum **Bildungsaufstieg** geben. Auch das haben andere schon gesagt. Wenn wir das wollen, dann muss man die Gemeinschaftsschulen stärken, dann muss man mehr Oberstufen einrichten, und dann muss man in der Folge auch dafür sorgen, dass Lehrkräfte dafür zielgerichtet ausgebildet werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die Universitäten in Kiel und Flensburg bilden beide sehr wichtige Säulen in der Lehrerbildung. Es gibt auch noch weitere, wie die Muthesius Kunsthochschule oder auch die Musikhochschule Lübeck. Sie ergänzen sich jetzt schon ganz gut, aber nichts ist so gut, dass es nicht auch noch besser werden könnte. Der an der CAU begonnene Reformprozess ist absolut zu unterstützen und darf durch unsere Diskussionsprozesse nicht abgeschwächt werden, sondern muss im Gegenteil noch

(Rasmus Andresen)

deutlich gestärkt werden. Wir wollen nicht, dass Professoren ihre Arbeitsplätze in die eine oder andere Stadt verlegen müssen. Wir müssen aber auch sagen, dass es zu Veränderungen an den Hochschulen kommen kann, so wie es auch an Schulen und überall in der Bildungslandschaft zu Veränderungen kommt.

Wir wollen die Mobilität stärken. Herr Vogt oder Herr Günther, Sie haben es, glaube ich, auch gesagt - mit **Mobilitätsförderung** ist nicht gemeint, dass Studierende mit einem Zelt durch das Land ziehen, sondern dass zum Beispiel Prüfungsleistungen besser anerkannt werden. Auch da hat die alte Landesregierung versagt. Sie hat es einfach laufen lassen. Es kann nicht sein, dass es an Eitelkeiten von einzelnen Akteuren an den Hochschulen liegt, ob Prüfungsleistungen von der einen Universität anerkannt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Die **Universität Flensburg** soll weiter gestärkt werden. Das könnte beispielsweise im Berufsschullehramt passieren. Das kann vor allem aber auch in den Bildungswissenschaften passieren. Denn es gibt einen Aspekt, der in den letzten Wochen in der Diskussion noch ein bisschen zu kurz gekommen ist. Das ist der ganze Bereich **Bildungsforschung**. Hier haben beide Hochschulen - auch wieder gemeinsam im Verbund -, das IPN in Kiel und die Bildungswissenschaften in Flensburg viele Möglichkeiten und Potenziale, zukünftig Führungsrollen in der bundesweiten Bildungsforschung zu übernehmen. Auch da müssen die Universitäten nichts befürchten, sondern sie können froh darüber sein, dass wir jetzt gemeinsam den Dialog beginnen.

Bevor ich jetzt zum Schluss komme, noch ein Satz in Richtung Oppositionsfractionen: Es wurde gerade eben schon gesagt, auch wenn Frau Franzen das durch eine Zwischenfrage ein bisschen kaschieren wollte, dass von Ihnen in der Lehrerbildung wenig getan wurde. Zu dem Zeitpunkt, als Sie regiert haben, waren Sie immer Getriebene. Der ehemalige Minister Klug und der ehemalige Minister de Jager waren sich selten einig und haben sich gegenseitig blockiert. Ich wünsche mir, dass Sie die Zeit nutzen, während wir den Dialog einleiten, dass Sie nicht nur sagen, es soll alles so bleiben, wie es ist, sondern dass Sie endlich einmal anfangen, zukunftsfähige Konzepte zu entwickeln. Ich bin gespannt, wie die Beratungen dazu im nächsten Jahr im Ausschuss laufen werden. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König das Wort.

Uli König [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Hallo Besucher! Dieser Antrag ist eine reflexartige Reaktion der CDU auf die **Veränderung in der Lehrerausbildung** durch Ministerin Wende. Damit sprechen wir nicht nur über Veränderungen der Strukturen, sondern auch über die Standortfrage zwischen Kiel und Flensburg. Der Vorstoß wird nicht nur von der Opposition, sondern auch von den Universitäten und sämtlichen Lehrerverbänden kritisiert.

Wir PIRATEN wollen eine ideologiefreie, demokratische Schule, haben aber Präferenzen für langes gemeinsames Lernen. Das **Vorschaltgesetz** nimmt hier Ergebnisse des Dialogs vorweg und ist kontraproduktiv.

(Beifall PIRATEN)

Im Bildungsausschuss haben wir von Herrn Köller gelernt, dass wir fachlich ausgebildete Oberstufenlehrer benötigen, um die Schülerinnen und Schüler auf unsere Hochschulen vorzubereiten. Ich habe Zweifel, ob eine allgemeine pädagogische Befähigung dies ersetzen kann; aber ich finde die Stärkung der pädagogischen Komponente, die Sie vorhin erwähnt haben, sehr gut.

Viele Menschen draußen sorgen sich um die **Fachausbildung für Gymnasiallehrer** und bängen um die Qualität der Lehrer in den Oberstufen. Das sollten wir auf jeden Fall ernst nehmen. Wir PIRATEN hängen aber ausdrücklich nicht an äußeren Strukturen. Wir wollen gute Konzepte mit guten Lehrern. Aus diesem Grund können wir dem Antrag der CDU leider nicht zustimmen.

(Beifall PIRATEN)

Frau Ministerin, lassen Sie das Thema in den **Bildungsdialog** einfließen. Simulieren sie Ihr Konzept mit belastbaren Zahlen. Legen Sie die Zahlen und die Simulation bitte vor. Zeigen Sie uns, dass Ihr Konzept funktioniert.

Zur Opposition: Der Kollege Krumbeck hat, glaube ich, Frau Klahn vorhin schon genug zerlegt. Ich erspare mir das jetzt. Ich finde den Antrag inhaltlich leider ziemlich schwach. Sie haben nicht einmal be-

(Uli König)

gründet, was der Antrag jetzt eigentlich bewirken soll. Ich wünsche mir, dass man da ein bisschen mehr Tiefe hätte.

(Zuruf CDU)

- Nein, schriftlich begründet, nicht mündlich. - Warum wenden Sie sich gegen eine gemeinsame Ausbildung von Oberstufenlehrern an unterschiedlichen Schularten? Ich möchte Sie bitten, nicht das gemeinsame Gespräch mit Verweis auf die Vergangenheit zu verweigern, weil die Meinungen damals vielleicht schon einmal anders waren, sondern ich rufe auch Sie zum Dialog auf.

(Beifall PIRATEN - Heiterkeit FDP)

- Herr Günther, auch Sie waren auf dem Hochschulkongress. Ich fand es schade, dass ich von Ihnen da so wenig gehört habe. Gesehen habe ich Sie, aber Ihre Wortmeldungen haben sich in Grenzen gehalten.

(Zuruf)

- Ich habe etwas dazu gesagt, ich habe etwas über Evaluation in der Hochschule erzählt. Vielleicht erinnern Sie sich noch.

Ich komme zum Schluss. Frau Wende, die Studierenden sind verunsichert, und ich muss sagen, dass ich es auch bin. Mir fehlen da noch einige Details. Ich bleibe aber weiterhin mit Ihnen im Dialog über den Dialog - diagonal durch alle am Dialog beteiligten Parteien in dem Versuch, diesen Dialog transparent in die richtige Richtung zu lenken.

(Beifall PIRATEN und CDU)

Ich würde das gerne im Ausschuss weiter besprechen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt die Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Hätten unsere Vorgänger sauber gearbeitet, hätten sie mit der **Novelle des Schulgesetzes** im Jahr 2007 auch eine **Reform der Lehrerausbildung** angepackt. Hierauf und auf die Tatsache, dass wir es für sehr bedauerlich halten, dass Schwarz-Gelb zwischenzeitlich sogar mit der Rückkehr zum Staatsexamen geliebäugelt hat, habe ich schon in der letzten Debatte zum Thema hingewiesen.

Fakt ist, dass CDU und FDP die Modernisierung der Lehrerbildung allzu lange vor sich hergeschoben haben. Doch es nützt natürlich nichts, verpassten Chancen nachzutruern. Wir wollen diese wichtigen Themen - wie eben auch die Ausbildung unserer Lehrkräfte - angehen; denn im Gegensatz zu unseren Vorgängern sehen wir die zwingende Notwendigkeit, veränderten Schulstrukturen auch entsprechende Veränderungen bei der Lehrerbildung folgen zu lassen. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden. Vor allem wollen wir auch hier gemeinsam mit den Betroffenen zu einer dauerhaft tragfähigen Lösung kommen.

Angesichts der großen Unruhe, die dieses Thema mit sich gebracht hat, will ich eines besonders betonen: Es ist unser ausdrückliches Ziel, und wir sind absolut davon überzeugt, dass die Reform der Lehramtsstudiengänge zur Zukunftsfähigkeit sowohl von **Kiel** als auch von **Flensburg** beitragen wird. Keiner der beiden **Uni-Standorte** soll und wird am Ende als Verlierer dastehen. Wir haben es von der Ministerin gehört: An der Uni Kiel wird die geplante Neuausrichtung dazu führen, dass eine zeitgemäße Lehramtsausbildung für den gesamten Sekundarschulbereich entsteht. Wer in Kiel studiert, wird damit am Gymnasium wie an der Gemeinschaftsschule unterrichten können.

An der Uni Flensburg - wo entgegen mancher Behauptung nicht in das Akkreditierungsverfahren eingegriffen wird - wird mit der Einrichtung eines eigenständigen zweijährigen Master-Studiengangs unter anderem eine moderne Lehramtsausbildung für den Primarbereich ins Leben gerufen. Es geht uns also ganz gewiss nicht darum, den einen Standort gegen den anderen auszuspielen. Uns geht es einzig und allein darum sicherzustellen, dass unsere Lehrkräfte in Zukunft so ausgebildet werden, wie es ihre spätere Arbeit an den Schulen verlangt.

Ich will die Debatte über die Zukunft der Lehrerausbildung gerne nutzen, um ein sehr wichtiges weiteres Thema anzusprechen. Der SSW sieht durch die Schwerpunktsetzung an der Uni Flensburg in Richtung Grundschullehrerausbildung sowie in Richtung sprachliche und geisteswissenschaftliche Fächer auch große Chancen für eine **regionale Profilierung des Universitätsstandortes**. Nach unserer Auffassung sollten wir die Neustrukturierung im Bereich Lehrerausbildung auch dafür nutzen, um eine Friesisch-Professur, die den Bereich Minderheitenpädagogik abdeckt, einzurichten.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Jette Waldinger-Thiering)

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW haben sich im Rahmen der Koalitionsverhandlungen nicht zuletzt aus minderheitenpolitischen Erwägungen heraus darauf geeinigt, die Lehrerbildung für das Fach Friesisch zu stärken. Weil wir auf diesem innovativen Weg auch eine besondere Profilierung der Hochschule erreichen, sollten wir hier schnell in die Gänge kommen.

Ich will es zum Schluss noch einmal deutlich sagen: Mit der Reform der Lehrerbildung handeln wir genau dort, wo sich CDU und FDP zu keiner tragfähigen Entscheidung durchringen konnten. Mit unserem Ansatz werden wir die klare und richtige Antwort auf stark **veränderte Schulstrukturen** geben. Dann ist endlich Schluss mit dem absurden Zustand, dass Lehrkräfte für Schularten ausgebildet werden, die schon gar nicht mehr existieren. Wir werden dabei natürlich weiter auf den Dialog mit den betroffenen Hochschulen setzen, und wir sind guter Dinge, dass wir auch diese Aufgabe meistern und unser Bildungssystem damit weiter modernisieren werden.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Zunächst einmal stelle ich fest, dass der Berichtsantrag in Drucksache 18/371 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Wir kommen dann zur Abstimmung zu b), Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/388. Die Fraktion der PIRATEN hat Ausschussüberweisung beantragt. Wer der Ausschussüberweisung seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen?

Das war zunächst einmal der Überweisungsantrag. Jetzt kommen wir zum Antrag in der Sache. Wir stimmen jetzt über den Antrag in der Drucksache 18/388 in der Sache ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Abgeordneten des SSW und der Fraktion der PIRATEN abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 49:

Bericht des Stiftungsrates für 2011 nach § 6 Abs. 4 des Gesetzes über die Errichtung der

„Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/190](#)

Ich erteile der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Seit der Errichtung der Stiftung „Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf“ 1998 hat der Stiftungsrat dem Schleswig-Holsteinischen Landtag jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit abzugeben. Der Bericht für das Geschäftsjahr 2011 liegt Ihnen seit Längerem vor. Er belegt die Veränderungen und Entwicklungen seit dem Berichtszeitraum 2010 auf der Schlossinsel, im Wikingermuseum Haithabu sowie in den sogenannten Dependancen, das heißt in dem Jüdischen Museum in Rendsburg und in dem Eisen Kunst Guss Museum in Büdelsdorf.

Die „Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen“ ist die größte und bedeutendste **Institution des kulturellen Erbes** in Schleswig-Holstein. Hier kann Schleswig-Holstein nicht nur zeigen, was es an kulturellem Erbe zu bieten hat. Hier werden wichtige Grundlagen unserer Kultur und Gesellschaft gepflegt, erforscht und weitergegeben.

Meine Damen und Herren, die Abhängigkeit von den Besucherzahlen auf der einen Seite und von den öffentlichen Zuschüssen auf der anderen Seite bedingt zwingend die **Neuaufstellung der Museen** auf der Schlossinsel einschließlich des Barockgartens mit dem Globushaus. Die erfolgreiche Neugestaltung des Wikingermuseums Haithabu setzt hier hohe Maßstäbe.

Die Auseinandersetzung mit den **Besucherzahlen** ist wichtig, und der Versuch, sie zu steigern, ist gut. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass unsere Landesmuseen keine Freizeitparks werden können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andererseits begrüße ich ausdrücklich, dass der **Stiftungsrat** mit der Verabschiedung der **Strukturanalyse 2012/2015** den Bedarf für eine Umgestaltung der Dauerausstellungen auf Schloss Gottorf anerkannt und einen vorläufigen Kostenrahmen von circa 19 Millionen € festgesetzt hat. Damit wissen

(Ministerin Anke Spoorendonk)

wir, womit wir es zu tun haben. Das **Umgestaltungsprogramm** soll bis circa 2025 umgesetzt werden. Das Verfahren um die Auslobung eines Ideenwettbewerbs läuft schon.

Konsequenterweise wurde der Vorstand der Stiftung durch den Stiftungsrat beauftragt, das im Jahr 2005 beschlossene **Stiftungskonzept** fortzuschreiben und für die Stiftung ein langfristiges Strukturentwicklungskonzept zu verfassen. Unter Berücksichtigung der sich möglicherweise ändernden Rahmenbedingungen sollen sowohl die inhaltlich-konzeptionellen als auch die finanziellen und personellen Entwicklungsperspektiven dargelegt werden. Der Fortschreibung des Entwicklungskonzepts der Stiftung kommt daher eine richtungweisende Bedeutung zu.

Vor dem Hintergrund der gesetzlich festgelegten Zweckbestimmung der Stiftung sollen die **Entwicklungsziele der Museen** für die Zeit bis 2020/2030 formuliert und Wege zur Erreichung dieser Ziele aufgezeigt werden. Im ersten Quartal des kommenden Jahres wird der Stiftungsrat zu diesem Punkt zu einer Sondersitzung zusammenkommen. Das Konzept wird nach Verabschiedung durch den Stiftungsrat und die Landesregierung dem Parlament zugeleitet und in den entsprechenden Ausschüssen - im Bildungs- und Finanzausschuss - diskutiert.

Es geht dabei mit anderen Worten auch um die grundsätzliche Frage des gesellschaftlichen Mehrwerts unserer Landesmuseen unter der Überschrift **„Kulturperspektiven 2020 für Schleswig-Holstein“**, ein Thema, mit dem ich mich als zuständige Ministerin in den kommenden Jahren intensiv befassen werde.

Das Entwicklungskonzept soll Grundlage einer Ziel- und Leistungsvereinbarung werden, anhand derer das Land und die Schleswig-Holsteinischen Landesmuseen künftig konkret und verlässlich handeln können.

Der Bericht leistet auch einen Ausblick auf die Übernahme der Trägerschaft des **Freilichtmuseums Molfsee** durch die Stiftung und die geplante Verschmelzung mit der **Volkskundensammlung** auf dem **Hesterberg** am 1. Januar 2013. Ich bin mir bewusst, dass sich die Stadt Schleswig derzeit für den Erhalt der Volkskunde auf dem Hesterberg stark macht. Daher eine Bemerkung zur Klarstellung: Der Stiftungsrat hat dem Vorstand die Aufgabe erteilt, Szenarien für die künftige Platzierung des Themas Volkskunde an unterschiedlichen **Museumsstandorten** zu entwickeln. Diese Platzierung

wird voraussichtlich auch die Gottorfer Schlossinsel betreffen. Zu überlegen wäre dabei auch, wie bei einer Konzentration der Volkskunde in Molfsee und unter dem Dach der Marke „Molfsee“ trotzdem themenspezifische Ausstellungen auf dem Hesterberg gezeigt werden können. Denn Fakt ist, dass diese Ausstellungen von den Museumsbesucherinnen und -besuchern wirklich gut angenommen worden sind und zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Besucherzahlen geführt haben.

Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen geht ohne Zweifel schwierigen Jahren entgegen. Wenn man allein die notwendigen Investitionen bis 2030/35 hochrechnet, ist realistisch betrachtet von circa 30 Millionen € bis 35 Millionen € in diesem Zeitraum zu reden.

Die Fusion mit dem Schleswig-Holsteinischen Freilichtmuseum Molfsee stellt die Stiftung vor große fachliche und administrative Herausforderungen. Auch die Tatsache, dass die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen nicht in der Lage ist, Tarifsteigerungen finanziell aufzufangen, trifft uns mit höherem Geldbedarf in den nächsten Jahren. Der angespannten finanziellen Lage der Stiftung entspricht die Landesregierung im Jahr 2013 mit einer geplanten deutlich erweiterten institutionellen Zuwendung. Ich hoffe, dass dies vom Landtag so beschlossen wird. Ich hoffe weiter, dass es uns gemeinsam gelingen wird, den Leuchtturm Schloss Gottorf und unsere Landesmuseen in eine gute Zukunft zu führen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Die Frau Ministerin hat die Redezeit um 1 Minute 19 Sekunden überzogen. Das steht auch den Fraktionen zu, zunächst der CDU-Fraktion mit dem Herrn Abgeordneten Peter Sönnichsen.

Peter Sönnichsen [CDU]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen wissen, wer wir sind und woher wir kommen. - Für diesen Satz habe ich keine Urheberrechte, aber er gefällt mir recht gut, passt zum Thema und umschreibt die Wichtigkeit der Aufgabe, über die wir hier reden. Verehrte Frau Ministerin, wir reden nicht nur über einen **Bericht**, sondern wir reden über Orte und Einrichtungen zum **Erhalt von Geschichte und Werten** unseres

(Peter Sönnichsen)

Landes, und das sollten wir hier herausstellen. Insofern herzlichen Dank an den Stiftungsrat für den Bericht und die geleistete Arbeit und ausdrücklich auch Dank an den Vorstand, alle Verantwortlichen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Museen und der inzwischen dazu gehörenden Forschungseinrichtung, dem Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie.

(Beifall Johannes Callsen [CDU])

Der Bericht zeigt gleichermaßen, dass vieles erreicht wurde und noch vieles zu tun ist. Ich nenne als Beispiel den Bau und die Bauunterhaltung. Ein vor Jahren konstatiertes erhebliches Instandsetzungsstau ist weitgehend abgebaut, auch unter Nutzung von Sonderförderungsprogrammen. Das sollten wir anerkennen. Es bleibt aber auch hier noch etwas zu tun, und es bleibt vor allem die Aufgabe, den jetzt erreichten Status zu erhalten.

Bleiben wir bei den Baustellen im wörtlichen und übertragenen Sinn, so wartet das Museum Eisen Kunst Guss in Büdelsdorf auf eine Grundinstandsetzung, und beim Jüdischen Museum in Rendsburg, wo eine sehr gute Arbeit geleistet wird, wird noch viel zu tun sein, um der Vermittlung dieses wichtigen Themas Rechnung zu tragen. Die größte Herausforderung hat die Ministerin mit der Überleitung des Freilichtmuseums Molfsee in das Gesamtkonzept genannt; der Nachholbedarf schlägt sich besonders in den Finanzplanungen nieder.

Da bleibt die Baustelle von **Wirtschaftlichkeit** und **Finanzen**. Es ist anzuerkennen, dass analog dem Landeshaushalt bei den laufenden Kosten Erfolge erzielt werden konnten. Der vorliegende Bericht zeigt aber auch, dass es keinen Gestaltungsspielraum gibt, dass Liquiditätsreserven begrenzt sind und in der Perspektive 2020 selbst bei moderaten Tarifabschlüssen Steigerungen zu erwarten sind, die nicht mehr durch Angebotseinschränkungen oder Ähnliches aufgefangen werden können.

In den weiteren Beratungen im Ausschuss sollten wir die Arbeit der Stiftung und ihrer Einrichtungen aktiv begleiten. Gegenstand der Beratungen müssen die **Besucherzahlen** sein, deren Ansatz unter denen des Wirtschaftsplans liegt. Es müssen die Unterschiede in den Besucherzahlen der einzelnen Einrichtungen - Einzelpersonen, Familien und so weiter - mit in die Betrachtung einbezogen werden. Ich möchte alle Verantwortlichen an dieser Stelle erneut ermutigen, mit der Werbung an den Schulen, bei den jungen Menschen, der kulturellen Bildung nicht nachzulassen; denn das ist einer der Schwerpunkte, die bearbeitet werden müssen.

Gegenstand der Beratungen wird selbstverständlich die unverzichtbare **Unterstützung Dritter** sein, das geht bis hin zum Extraeintritt bei Sonderausstellungen. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass ein Zugang bei den Sammlungen nur noch stattfindet, wenn sie dem Land beziehungsweise der Stiftung geschenkt werden. Das gehört bei dieser Betrachtungsweise mit dazu.

Gegenstand der Beratungen muss die **Attraktivität** sein, insbesondere der Dependancen. Es muss über Neuheitseffekte gesprochen werden. Nicht jedes Jahr können wir ein Globushaus oder einen erneuerten Barockgarten liefern, der dann besonderen Zuspruch findet. Wir müssen auch über die moderne Ausrichtung reden in Ergänzung der Ausstattung der Präsentation. Ein Punkt, über den viel diskutiert wird, ist das neue Stichwort Edutainment; das müssen wir allerdings im Spannungsverhältnis zu Seriosität diskutieren.

Letzter Punkt: **Finanzen**. Frau Ministerin, ich räume gern ein, dass der Haushaltsentwurf 2013 dem Rechnung trägt, ganz besonders in Bezug auf das Freilichtmuseum Molfsee. Aber Sie wären sicherlich enttäuscht, wenn ich das hier nicht sagen würde: Die anderen Einrichtungen und insbesondere die Investitionen dürfen nicht darunter leiden. Da sind wir natürlich ganz besonders gespannt auf das angekündigte Programm der Kulturförderung für das Frühjahr 2013. Das darf keine Einzelbetrachtung bleiben, sondern muss ganzheitlich auch diesen Bereich mit einbeziehen. - Minus eine Sekunde! - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

Beate Raudies [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der jährliche Bericht der Landesregierung zur **Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen** wird diesmal nicht von vornherein ohne Aussprache in den Bildungsausschuss überwiesen, und das ist gut so. Ich glaube, es ist nicht zu viel verlangt, wenn wir uns auch im Plenum mit einem der kulturellen Leuchttürme des Landes beschäftigen, für die das Land Jahr für Jahr rund 6 Millionen € bereitstellt. Das ist nicht wenig. Diese Summe entspricht in etwa 120 Lehrerstellen. In den schulpolitischen Debatten, die wir in jeder Landtagstagung führen, wä-

(Beate Raudies)

re das eine Größenordnung, die wir auch nicht ohne Aussprache in den Ausschuss überweisen würden.

Was die Landesregierung zu berichten hat, kann niemanden mit Freude oder Beruhigung erfüllen. Die **Besucherzahlen** sind an fast allen Einrichtungen - mit Ausnahme des Schlosses Gottorf selbst - spürbar zurückgegangen. Das Schloss Gottorf hatte im Berichtsjahr 2010 einen Einbruch bei den Besucherzahlen von über einem Drittel zu verkraften, sodass die Steigerung um 4.300 Besucher in diesem Jahr eigentlich kein großer Grund zur Freude ist.

Ich glaube - Herr Sönnichsen hat es angesprochen -, wir teilen auch alle die besondere Beunruhigung über die weiterhin zurückgehenden Besucherzahlen beim **Jüdischen Museum in Rendsburg**. Nach dem Zwischenhoch 2010 werden jetzt weniger als 5.000 Besucher gezählt. Das bedeutet, dass umgerechnet pro Öffnungstag gerade einmal 16 Besucherinnen und Besucher diese gesellschaftlich so relevante Einrichtung besuchen.

Hier muss etwas geschehen. Wenn ich mir vor Augen halte, auf wie viel Resonanz die Anne-Frank-Ausstellung gestoßen ist, die wir vor einigen Wochen im Landeshaus hatten, ist es schwer einzusehen, warum das Jüdische Museum so ein Mauerblümchen-Dasein führt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Danke. - Ich bin davon überzeugt, dass das, was die Schulen im Bereich der Anne-Frank-Ausstellung geleistet haben, mindestens auch ansatzweise auf das Jüdische Museum in Rendsburg übertragbar ist; denn das, was junge Menschen dort erfahren können, ist, dass die Geschichte der Juden in Deutschland mehr ist als Verfolgung und Massenerschießung. Sie erfahren etwas über diesen wichtigen Bestandteil unserer Kultur, der für sie aber aus den bekannten Gründen nicht selbstverständlich und nicht mehr allgemein wahrnehmbar ist.

Zurück zur Stiftung. Die Entwicklung der Stiftung war in den letzten Jahren ziemlich sprunghaft. Es ist sicher ein Fortschritt, dass zum nächsten Jahr das **Freilichtmuseum Molfsee** ein Teil der Stiftung wird. Es ist aber sicher kein Fortschritt, dass Ende letzten Jahres der Direktor des Landesmuseums für Kunst- und Kulturgeschichte seine Stelle vorzeitig aufgegeben hat und dass diese Stelle noch immer vakant ist. Das kann der Arbeit der Museen nicht zuträglich sein.

Für die Landesmuseen ebenso wie für jede andere kulturelle Einrichtung gilt, dass sie sich um ihre **Eigeneinnahmen** Gedanken machen müssen. Das darf aber künftig nicht bedeuten, einmal im Jahr an der Stellschraube der Eintrittspreise zu drehen. Es ist nichts damit gewonnen, wenn die Museen an der einzelnen Eintrittskarte 1 oder 2 € mehr verdienen, gleichzeitig aber potenzielle Besucher abgeschreckt werden, weil sich Familien einen ganztägigen Museumsbesuch mit allen Kosten, die dazugehören, wie Fahrt und Verpflegung, eben nicht mehr leisten können oder nicht leisten wollen. Denn für die Zielgruppe Familien mit Kindern ist das Angebot - mit Ausnahme des Themas Wikinger - offenbar wenig attraktiv. Das sagt uns der Bericht leider auch.

Wir müssen deshalb diesen Bericht und auch das Entwicklungskonzept, das die Frau Ministerin angekündigt hat, im Ausschuss ausführlich diskutieren und gemeinsam mit den Verantwortlichen der Museen nach Lösungsmöglichkeiten suchen, um diese Einrichtung wieder auf ein stabiles Fundament zu stellen.

Herr Sönnichsen hat viele Punkte, die ich auch auf meiner Liste hätte, im Einzelnen benannt. Ich glaube, wir sind zusammen auf einem guten Weg. Ich freue mich auf diese Diskussion im Ausschuss und denke, dass wir gemeinsam auch die Stiftung auf einen guten Weg bringen können. Letztendlich sind wir das auch dem Landeshaushalt schuldig. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Marlies Fritzen.

Marlies Fritzen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesmuseen Schloss Gottorf sind unzweifelhaft Perlen in der schleswig-holsteinischen Kulturlandschaft, und es ist - Sandra Redmann, hör zu -

(Beifall Serpil Midyatli [SPD])

wie in der Natur: Keines gleicht dem anderen. Jede für sich ist einzigartig, und jedes hat eine besondere Ausstrahlung. Zusammen sollen sie gleichwohl eine Kette bilden, die sich sehen lassen kann und mit der sich viele schmücken wollen, in erster Linie das Land Schleswig-Holstein, dessen Geschichte von der Urzeit bis zur Gegenwart in archäologischer, hi-

(Marlies Fritzen)

storischer und kunsthistorischer Sicht auf der Schlossinsel selbst präsentiert wird.

Aber auch die thematisch spezialisierten Museen, die von der Wikingerzeit, der jüdischen Geschichte und der Volkskunde erzählen, wollen glänzen. Nicht zuletzt beansprucht das Zentrum für Baltische und Skandinavische Archäologie als außeruniversitäre Forschungseinrichtung besondere Beachtung. Neu aufgenommen in den Reigen wird nun auch noch das Freilichtmuseum Molfsee.

Nun haben wir gehört, dass die Perlen neu aufgezo- gen werden sollen. Ich denke, das ist auch richtig so.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit einem zweiköpfigen Vorstand und fünf Abtei- lungen gibt es demnächst eine neue **Organisations- struktur**. Direktor und Geschäftsführer müssen die Perlen gut verknoten, damit der Strang hält, und dürfen dabei andererseits die Ästhetik nicht aus den Augen verlieren. Ich hoffe sehr, dass diese Balance zwischen Form und Inhalt gelingt.

Die Probleme sind jedenfalls riesig groß. Die Mini- sterin hat selbst gesagt: Schloss Gottorf mit seinen Museen geht schwierigen Zeiten entgegen. Die Stif- tung verfügt über ein beachtliches Vermögen, ja. Ihr fehlen allerdings die Mittel, um ihren laufenden Betrieb und den gewaltigen Investitionsstau bei der Unterhaltung der größtenteils denkmalgeschützten Gebäude zu meistern. Es ist deshalb gut und richtig, dass das Land nun **zusätzliches Geld** gibt, und es ist auch gut und richtig, dass die Förderung im Rah- men des Investitionsprogramms kulturelles Erbe flexibler gestaltet wird. Selbst das wird allerdings das strukturelle Defizit nicht beheben.

Die Landesmuseen selbst müssen sich neu aufstel- len. Die zurückgehenden Besucherzahlen sprechen eine eindeutige Sprache. Das ist beileibe nicht al- lein eine Aufgabe des Marketings.

Die **Dauerausstellung** auf **Schloss Gottorf** haben die meisten von Ihnen vermutlich schon als Schul- kind gesehen. Ihre Überarbeitung ist lange überfäl- lig und soll nun endlich in Angriff genommen wer- den. Die Zusammenführung des **Freilichtmuseums Molfsee** und der **Volkskunde** am **Hesterberg** in Schleswig muss inhaltlich und konzeptionell erst noch erarbeitet werden. Man wird sehen, wie gut dieses überhaupt gelingen kann. Schließlich bleibt die Frage, wie ein notwendiger **Neubau** von **Magazin und Ausstellungsraum in Kiel** finanziert wer- den könnte.

Die Ministerin hat von einem **Investitionsvolumen** für die gesamte Stiftung von 30 Millionen bis 35 Millionen € in den nächsten Jahren gesprochen. Ich bin mir nicht sicher, ob dies inklusive eines möglichen Neubaus oder exklusive ist. Jedenfalls sind die Anstrengungen, die zu unternehmen sind, gigantisch.

Mit dem Gottorfer Landmarkt, den Theaterauffüh- rungen im Schlosshof und Konzerten öffnet sich **Gottorf** seit einiger Zeit auch für neue Besucherin- nen und Besucher. Damit diese auch wiederkom- men, müssen allerdings immer wieder Anreize ge- schaffen werden. Von den gut 122.000 Besucherin- nen und Besuchern im Jahr 2011 kamen rund 19 % allein wegen der Sonderausstellung „Liebermanns Gegner“ ins Schloss. Das ist zum Beispiel ein be- sonderer Anreiz. Es ist aber auch nicht verwunder- lich, kann man dieselbe Beobachtung doch auch in jedem anderen Museen im Land machen.

Schließlich können wir als potenzielle Besucherin- nen und Besucher uns auch alle selbst einmal fra- gen, ob wir immer wieder zurückkämen, um uns zum x-ten Mal die berühmte Moorleiche oder den fliegenden Engel von Barlach anzuschauen. - Wohl kaum, so wertvoll sowohl als historisches Doku- ment als auch als ästhetisches diese beiden Expona- te aus meiner Sicht sind.

Perlen, die nur im Schmuckkasten liegen, haben nur einen begrenzten Reiz für den, der um ihr Vorhan- densein weiß. Ihr Anblick - aufgereiht zu immer neuen Schnüren - wird dagegen viele immer wieder neu erfreuen. Ich wünsche der Stiftung in diesem Sinne Mut zu Entscheidungen, Kreativität in der Umsetzung und das nötige Fingerspitzengefühl beim Fädeln der neuen Perlenkette. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die FDP-Fraktion hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

Anita Klahn [FDP]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Seitens der FDP-Fraktion schließe ich mich dem Dank des Kollegen Sönnichsen an, der hier im Detail ausgeführt hat, wer sich alles an dem Bericht beteiligt hat. Er ist sehr umfassend, in klarer Sprache geschrieben und zeigt deutlich auf, welche Schwierigkeiten der Stiftung bevorstehen.

(Anita Klahn)

Das Geschäftsjahr 2011 war von der Überleitung des Freilichtmuseums Molfsee sowie von notwendigen **Neugestaltungen** und **konzeptionellen Veränderungen** der Ausstellungen in den einzelnen Häusern geprägt. An dieser Stelle hebe ich als ganz besondere Leistung der Stiftung das **Einwerben von Drittmitteln** in Höhe von fast 30 % hervor. Dennoch ist und bleibt die Situation der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf nach wie vor als angespannt zu bezeichnen. Das haben alle Vorredner schon ausgeführt. Dennoch - das hebe ich hervor - ist es der Leitung gelungen, im Jahr 2011 16 Sonderausstellungen und 54 Veranstaltungen auf die Beine zu stellen. Das sollte man an dieser Stelle würdigen.

Meine Vorredner haben auch bereits dargestellt: Der **Besucherrückgang** ist beängstigend zu bemerken. Hier muss man einfach handeln und daran arbeiten, die Ausstellungen und **Angebote zielgruppenorientiert** und **interessant** zu gestalten. Insbesondere sind Ideen und Konzepte gefragt, mehr Menschen in die Museen zu bringen und dem dem einen oder anderen noch anhaftenden Gedanken, dass es in Museen verstaubt ist, entgegenzuwirken.

Ein Ansatz sind **erlebnisorientierte Gruppenangebote**. Ich denke da insbesondere an die Schulen. Ich denke an meine Schulzeit, in der es für jeden verpflichtend war, einmal in Schloss Gottorf gewesen zu sein. Wer mit seinen Kindern in Haithabu gewesen ist, weiß, wie man Kinder damit begeistern kann. Die Kollegin Fritzen hat das eben auch ausgeführt. An dieser Stelle sollten wir gucken.

Die Ministerin sagte, es sollen keine Freizeitparks werden. Ich denke aber, ein vernünftiges **museumpädagogisches Konzept** wird den goldenen Mittelweg finden. Wir müssen dem Rechnung tragen, dass wir gerade unsere Kinder erreichen müssen. Ich danke dem Kollegen Sönnichsen, der ganz klar gefragt hat: Wo komme ich her? Wer bin ich? Das muss man einfach wissen, um sich mit seiner Heimatregion identifizieren zu können. Sie, Frau Ministerin, haben sich insbesondere auf die Fahne geschrieben, mehr kulturelle Bildung in die Schulen und an unsere Kinder herantragen zu wollen. Ich würde mich sehr freuen, wenn das erfolgreich wäre.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nichtsdestotrotz - auch das ist bereits gesagt worden - könnte man jetzt natürlich versuchen, die **Einnahmesituation** zu verbessern, indem man an der Stellschraube **Eintrittspreise** dreht. Ich warne ganz dringend davor, das zu verfolgen. Wir haben ein-

fach wahrzunehmen, dass zurzeit weniger Geld in den Taschen der Menschen ist. Als Erstes wird dann leider an solchen Dingen gespart. Da hilft uns auch kein BuT-Paket et cetera. Da müssen wir uns andere Wege einfallen lassen. Gesagt worden ist, Schenkungen, Sponsorengelder et cetera sind ein möglicher Weg. Dem Einwerben von Drittmitteln ist eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Auch ganz wichtig - ich wünsche Ihnen und den Verantwortlichen eine glückliche Hand - ist die Besetzung der Stelle des neuen **Kaufmännischen Leiters**, der einen vorwiegenden kaufmännisch-rechtswissenschaftlichen Hintergrund haben sollte. Wenn man mit einer anderen Brille als der rein künstlerisch-historisch geprägten schaut, findet man andere Wege, um Synergien freizusetzen, um finanzielle Freiräume zu finden, die dringend notwendig sind.

Auch gesagt und uns allen sicherlich bewusst ist die Integration des **Freilichtmuseums Molfsee** in die Stiftung. Ich sehe das positiv. Das wird mit Sicherheit Synergien hervorrufen. Wenn der eine für den anderen wirbt, wird es gerade für die Touristen, die in unser Land kommen, interessant sein und genutzt werden. Ich sehe das als eine Chance für das Museum und nicht als Verlust der Selbstständigkeit.

Wir als FDP-Fraktion werden das Ganze gern weiterhin konstruktiv begleiten und wollen darauf achten, dass die Kultur der breiten Öffentlichkeit zu annehmbaren Kosten zur Verfügung steht.

Ich möchte noch eines zu den **Finanzen** anmerken. Vielleicht können Sie das klären. Sie haben sich bei der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs für die Erhöhung der Mittel bei der Stiftung Schloss Gottorf gelobt und das als Beispiel für den Politikwechsel genommen. Aus meiner Sicht erhöhen Sie die Mittel lediglich auf den ersten Blick. Auf den zweiten Blick kürzen Sie dort insgesamt. Bei den Mitteln für das Investitionsprogramm „Kulturelles Erbe“ fällt der Ansatz um 1,9 Millionen € geringer aus - Mittel, auf die eigentlich auch die Stiftung Schloss Gottorf zugreifen kann und konnte. Im Gegenzug werden die Mittel in der Maßnahmegruppe 02, Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf, und für das Freilichtmuseum Molfsee um 1,25 Millionen € und die Mittel für die Stiftung Schloss Eutin um 155.000 € erhöht. Nach meiner Rechnung bedeutet das ein Weniger von rund 500.000 €. Vielleicht können Sie das noch klären. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Fraktion der PIRATEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Sven Krumbeck das Wort.

Sven Krumbeck [PIRATEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute sprechen wir endlich wieder einmal über Kultur. Das finde ich schön und wichtig. Es freut mich sehr, dass es gleich um einen so wichtigen Punkt wie den Bericht des Stiftungsrats der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf geht. Ich freue mich darüber, dass dieser Bericht Gegenstand der Debatte im Landtag ist, auch wenn ich ihn aus zeitlichen Gründen lieber im Ausschuss gehört hätte.

Die Probleme, die der Stiftungsrat im vorliegenden Bericht zum Jahr 2011 beschreibt, kennen wir aus vielen anderen Bereichen auch. Ein **strukturelles Defizit** erschwert die Arbeit in den Einrichtungen. Kostensteigerungen durch Tarifierungen und eine allgemeine Inflationsrate können nicht ohne qualitative oder quantitative Einbußen ausgeglichen werden. Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich den **Beschluss der Landesregierung**, an dieser Stelle Akzente zu setzen und den Topf für **Investitionen** zu erhöhen. Das ist ein gutes Signal an die Stiftung. Das ist ein wichtiges Signal für das Kulturland Schleswig-Holstein.

Diese **Stiftung** mit den unterschiedlichen Häusern ist gut. Super, dass es gelungen ist, auch das Freilichtmuseum Molfsee unter das Stiftungsdach zu holen. Es war seinerzeit eine richtige Entscheidung, das entsprechende Gesetz so zu formulieren, dass solche Erweiterungen bei Bedarf möglich sind.

Gleichzeitig gibt es **Handlungsbedarf**, denn nicht alle Standorte sind gesund. Rückläufige Besucherzahlen zeigen auf, dass an mancher Stelle nachgesteuert werden muss. Ich würde mich freuen, wenn wir als Parlament als Ratgeber auftreten und gemeinsam Ideen finden könnten, die dem Stiftungsrat helfen können.

Zunächst reklamiere ich für mich die Notwendigkeit, selbst noch viel lernen zu müssen. Aber manchmal ist ein unverstellter Blick auf die Dinge nicht verkehrt. Als Neuling im Kulturbereich stelle ich zunächst fest, dass die **Besucherzahlen** sehr unterschiedlich ausfallen, was gegebenenfalls auch mit den **Zielgruppen** zu tun hat. Bewegt sich das Wikingermuseum auf einem annehmbaren Niveau, ist der Einbruch in Schloss Gottorf seit 2008 eher dramatisch. Mehr als die Hälfte der Besucher hat

das Schloss verloren. Ich denke, dass wir die Ursachen dafür noch näher beleuchten müssen. Der Handlungsbedarf ist aber unübersehbar und an dieser Stelle nicht allein mit einem finanziellen, strukturellen Defizit zu erklären.

Was kann anders, besser, vielleicht zielgenauer gemacht werden als bisher? Wenn ich mir den Bericht ansehe, stelle ich fest, es wird sehr viel über den spannenden Bereich der **Archäologie** dokumentiert. Da gibt es großartige Projekte. Was mir erfreulicherweise auffällt, ist, dass es insgesamt einen engen Zusammenhang zu Schleswig-Holstein gibt. Das ist gut so, denn der Stiftungszweck, der auf Seite 3 beschrieben wird, konzentriert sich auf das „Sammeln insbesondere der dinglichen Quellen kultureller Überlieferungen des Landes und der Region von den Anfängen bis zur Gegenwart“. Damit ist der gesamte Bereich natürlich nicht nur für die Schleswig-Holsteiner interessant, sondern auch für die Menschen, die zu uns kommen, um dieses Land zu erleben und seiner Geschichte nachzuspüren.

Ich möchte mit dem, was ich im Folgenden sage, nicht falsch verstanden werden, denn es ist nicht meine Absicht, Vergangenes schlechtzureden oder Arbeitsfelder gegeneinander auszuspielen. Was ich aber vermisse, ist ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen der Archäologie und der Kunst- und Kulturgeschichte. Gibt es Möglichkeiten, hier nachzusteuern? Das Schloss muss mit seiner Archäologie und **Kunst- und Kulturgeschichte** insgesamt enger an den Stiftungszweck gekoppelt werden. Mir scheint der zweite Bereich nicht ausreichend abgebildet, nicht in dem Maße, wie ich es mir für den Bereich wünschen würde, damit er das Feld der Kunst- und Kulturgeschichte zu neuem Drive führt. Das heißt ja nicht, dass es hier keine Extravaganzen geben soll. Ich belege jetzt einmal diesen Bereich, der den sehr engen Bezug zu Schleswig-Holstein nicht hat, laienhaft mit diesem Begriff. Damit möchte ich keine Ausstellung und kein Projekt bewerten, aber sehr wohl die Frage stellen, ob all das, was wir aus dem Schloss kennen, immer zwingend dort hingehört oder ob es nicht auch prominent an einem anderen Ort gezeigt werden kann.

(Beifall PIRATEN)

Ich denke in Richtung neue Kooperationen zum Beispiel mit der Kunsthalle in Kiel. Auch über Kooperationen lassen sich Synergien entwickeln, ohne zwingend an Qualität sparen zu müssen. Vielleicht gibt es Chancen, auch über Verbesserungen im Bereich Kooperation und Öffnung zu sprechen, oder ich lasse mir erklären, warum solche Modelle der Stiftung nicht helfen können.

(Sven Krumbeck)

Sehr beachtlich finde ich die vielen unterschiedlichen **Aktionen** und **Projekte** rund um die Ausstellung. Die Arbeiten, vor allem im Bildungsbereich für junge Menschen, haben mich beeindruckt. Die wissenschaftlichen Tagungen und Projekte wie der Landmarkt sind wichtige Säulen, die Besucher anziehen. Wir dürfen dennoch nicht den Kern der Museen vernachlässigen, der die schleswig-holsteinische Kulturgeschichte widerspiegeln soll. Ich verstehe den Bericht als eine Einladung zum Gespräch. Das passt gut in die Aufbruchstimmung, die die Ministerin für Kultur in den letzten Wochen sehr eindringlich vermittelt hat. Die Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen braucht diese Aufbruchstimmung, weil Qualität, guter Wille und hoher Einsatz allein nicht die Lösung für alle Probleme sind.

Ich danke für diesen ausführlichen Bericht. Er ist eine gute Grundlage dafür, an der kulturellen Zukunft des Landes in diesem Bereich zu arbeiten. Mein Dank geht an die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, die für diesen Bericht federführend tätig ist. Mein besonderer Dank richtet sich an dieser Stelle ausdrücklich an Professor Dr. Claus von Carnap-Bornheim stellvertretend für sein Team. Er hat der Stiftung in einem nicht zu unterschätzenden Maß zu Internationalität verholfen. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Für die Abgeordneten des SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

Jette Waldinger-Thiering [SSW]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! **Schloss Gottorf** ist ein kulturhistorisches Juwel. Es ist ein Juwel, das durch die Anstrengungen vieler Engagierter glänzt und funkelt. Juwelen haben auch andere Bundesländer, aber manche davon sind bis zur Unkenntlichkeit eingestaubt. Ein Museum und seine Sammlungen verkommen nämlich unglaublich schnell, verlieren an Attraktivität und können diesen Abwärtstrend dann nur noch mit größten Anstrengungen aufhalten.

Die Neugestaltung der Ausstellung in **Haithabu** belegt eindrücklich, was moderne Museumspädagogik und zeitgemäße Ausstellungsgestaltung leisten können; nämlich neue Zusammenhänge darzustellen und ohne Zeigefinger Lust auf die Entdeckung des historischen Erbes zu machen. Aber auch in Haithabu kann man sich nicht auf seinen Lorbeeren

ausruhen. Das Publikum wird nämlich anspruchsvoller. Auch hier sind also ständig Innovationen und neue Angebote gefragt. Damit entspricht das Wikingermuseum in vorbildlicher Weise der Verpflichtung gegenüber dem Stiftungsgesetz und dem Land Schleswig-Holstein.

Ohne die Pflege des historischen Erbes geht ein Teil unserer Identität verloren. Bei allen marktwirtschaftlichen Zwängen bleibt es Aufgabe eines demokratischen Staates, das **historische Erbe** in seiner ganzen Widersprüchlichkeit zu bewahren. Mit besonderem Nachdruck sage ich: Es gilt, den Bürgerinnen und Bürgern dies zu erschließen. Die Museen im Verbund sind sich dieser Bringschuld bewusst. Andere Museumsleitungen müssen das erst noch lernen.

Es ist dem Stiftungsrat hoch anzuerkennen, dass er sich auch den Problemen stellt, die sich im Verbund zeigen. Das eine Problem ist inhaltlicher Natur und wird exakt benannt und ausgelotet. In der Vorlage heißt es: Das Spannungsfeld liege zwischen **Wissenschaftlichkeit** und **populistischer Anbietung**, also zwischen marktwirtschaftlichen Prämissen und der Verpflichtung von Kunst und historischer Kulturpflege. Das eine ist das Geldverdienen, das auch im Museumsbereich nicht ehrenrührig ist, weil es Bevölkerungskreisen eine Chance des Austausches bietet, die sonst nicht unbedingt den Weg ins Museum gefunden hätten. Das andere ist die Präsentation von Kunst, die sich nicht jedem erschließt, aber gerade aus der Konfrontation heraus Sinnangebote macht.

Das eine ist allerdings nicht ohne das andere zu leisten. Die Balance hat dabei in den Rahmenbedingungen zu erfolgen, die die **Landeszuwendungen** vorgeben. Der Stiftungsrat ist dafür zu loben, dass er das klipp und klar anerkennt. Die Situation ist nicht gerade als einfach zu bezeichnen, denn es stehen erhebliche Investitionen an. Damit kommen wir zu den strukturellen Problemen, die im Stiftungsverbund liegen, vor allem im erheblichen Investitionsbedarf. Das neue Konzept bleibt abzuwarten, aber ich fürchte, dass wir nicht ohne Einschnitte auskommen werden.

In diesem Zusammenhang gibt es allerdings auch Positives zu berichten. Es ist ausdrücklich zu begrüßen, dass das **Freilichtmuseum Molfsee** in den **Verbund** aufgenommen wird und mit dem Schleswiger Volkskundemuseum verschmolzen werden soll. Demjenigen, der schon einmal auf der Kutsche auf dem Hesterberg oder in der historischen Eisdiele, die dort aufgebaut ist, gesessen hat, wird die Weiterentwicklung durch die Verschmelzung mit

(Jette Waldinger-Thiering)

dem Freilichtmuseum unmittelbar einleuchten. Das Museum in Molfsee kann im Alleingang nicht ausreichend zukunftsfest gemacht werden, weil es in den letzten Jahren völlig unterfinanziert war. Bei diesem Museum zeigen sich die Konsequenzen einer falschen Museumspolitik, die von der Substanz lebte.

Das soll anders werden. Der Nachholbedarf ist riesig, aber von einer Schließung kann keine Rede sein. Da grassieren wilde Gerüchte. Das finde ich für diesen attraktiven und zukunftssträchtigen Standort sehr bedauerlich. Gut, dass der Stiftungsrat hier eindeutige Perspektiven aufzeigt. Der Weg der Verschmelzung ist zwar schwierig, aber er ist folgerichtig. Der Verbund der Museen hat tatsächlich viele Vorteile. Gerade den kleineren Häusern tut es gut, in einem Verbund den nötigen Rückhalt zu erfahren.

Die Neustrukturierung des **Jüdischen Museums** ist dafür ein gutes Beispiel, weil in Rendsburg neue Entwicklungs- und Entstehungsmuster gemeinsam erarbeitet werden können. Der Bericht sagt deutlich, wo die Chancen einer gemeinsamen Entwicklung liegen.

Diese sollten wir alle zusammen mitgestalten; nicht zuletzt dadurch, dass wir die Museen selbst besuchen und nicht nur sagen: Die **Schüler** müssen die Museen besuchen. Es wäre schön, wenn die Erwachsenen die **Kinder** an die Hand nehmen würden, um die Museen zu besuchen. Auch wenn man nicht immer gleich den Sinn eines Bildes oder einer Skulptur erfasst, dann kann es sein, dass die Betrachtung

eines einzelnen Werkes die Sinne anregt. Ich wünsche allen einen schönen Museumsbesuch.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Bernd Heinemann:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Zur vertiefenden Fachaussprache ist von der CDU-Fraktion Ausschussüberweisung beantragt worden. Der Bericht soll dort weiter diskutiert werden. Wer der Überweisung an den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben beschlossen, dass der Tagesordnungspunkt 27, Abschaffung der Extremismusklausel, morgen Abend den Tagesordnungspunkt 53, Struktureller Abbaupfad, ersetzen soll.

Ich schließe die Beratungen des ersten Plenartags und wünsche Ihnen allen interessante Abendtermine. Kommen Sie gut nach Hause oder ins Hotel, und schlafen Sie gut. Die Beratungen werden morgen um 10 Uhr fortgesetzt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:08 Uhr